



ANDRÁSSY

NACHRICHTEN

2025 SOMMERSEMESTER

AKTUELLES

Europakonferenz 2024

IM FOKUS

Die Zukunft von Europa
in der Donauregion

PORTRÄT

Open Your Mind:
Ein Interview mit Botschafter
Dr. Robert Klinke

SEMESTERRÜCKBLICK

I.D.Botschafterin Maria-Pia
Kothbauer, Prinzessin von
und zu Liechtenstein an der AUB

AUB startet den neuen
Bachelorstudiengang
„Internationale Beziehungen“



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

ISSN 3003-9452



IMPRESSUM

28. Ausgabe der Andrassy Nachrichten
[16. Jahrgang, 1. Ausgabe], Auflage: 800 Stück,

Erscheinungsdatum: 10.02.2025

Herausgeber: Andrassy Gyula Deutschsprachige
Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3. H-1088 Budapest

Redaktion: Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger
und das Referat für Marketing und Kommunikation

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsanna Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht
zu kürzen und zu bearbeiten. Die Verantwortung für den Inhalt
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte
der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität
Budapest (im Speziellen bei Képszerkesztőség: Tuba Zoltán,
Gábor Ancsin; den jeweiligen AutorInnen), oder diese
sind gemeinfrei.

ISSN 3003-941X [Print]

ISSN 3003-9452 [Online]

Mit Unterstützung von:



Andrassy Nachrichten

INHALTSVERZEICHNIS



VORWORT 2

AKTUELLES 3

Europakonferenz 2024 3

NEUES AUS DER FORSCHUNG 7

Changing Orders Research Programme 7

Konferenz: Western Balkan's European future. 8

Die Reaktion der kleinen und mittleren Staaten der mittelosteuropäischen Region auf den Krieg in der Ukraine 9

Conceptions of the State: Between Tradition and Future 12

PERSONALIA 14

IM FOKUS 15

Das Superwahljahr 2024 15

„Die Zukunft von EUropa in der Donauregion“ 18

Lichtmans Fehlprognose zu Trump lag nicht am Modell 19

18. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium im Rahmen der Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol an der EURAC Research in Bozen 22

Demokratie am Scheideweg? 24

PORTRÄT 26

Open Your Mind 26

SEMESTERRÜCKBLICK [WISE 2024/25] 29

Die deutsche Minderheit in Ungarn: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft 29

Exkursion nach Wien zu den Vereinten Nationen, der OSZE und der OPEC 31

Mehrfache Bindungen und Verflechtungen im Königreich Ungarn im 18.-19. Jahrhundert 34

Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2024/2025 und Diplomübergabe an der Andrassy Universität Budapest 36

Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger als Rektor der Andrassy Universität Budapest für eine weitere Amtszeit bestätigt 40

Warschau – Berlin – Prag – Wien – Budapest 41

„No Stress on Cres“ und trotzdem (oder gerade deswegen) eine gelungene Summer School 42

Tag der offenen Tür und Lange Nacht der Wissenschaften an der AUB 45

„Bildung und Innovation im ländlichen Raum“ 48

Kleine Nation, große Bühne: Die Diplomatie Liechtensteins im Fokus 50

BAYHOST-Workshop an der Andrassy Universität Budapest 52

Nachrichten aus dem RRF-Projekt 54

Energiepolitik – Systemintegration für die Transition zum Netto-Null 56

Taiwan – Demokratie und Hotspot zwischen China und USA 57

Ihr sollt wissen, dass wir noch da sind: Die *Second-Generation*-Holocaustautorin Esther Safran Foer im Dialog mit Studierenden der Andrassy Universität Budapest 59

Innovation im Lehrbetrieb – AUB auf dem Weg zu einer europäischen Universität im Studiengang „Management and Leadership“ 60

Kurzzeitmobilitäten – Eine Erasmus-Möglichkeit speziell für DoktorandInnen 61

Die Andrassy Universität Budapest startet den deutschsprachigen Bachelorstudiengang „Internationale Beziehungen“ 64

VORWORT DES REKTORS

Die feierliche Jahreröffnung stellt immer einen Höhepunkt im Leben einer Universität dar. In diesem Jahr erhielt dieser Anlass eine besonders feierliche Note, da der Staatspräsident von Ungarn, Dr. Tamás Sulyok, die Festrede hielt. Er betonte die bedeutende Rolle, die die AUB nicht nur für die Beziehungen Ungarns mit den Partnerländern, sondern auch im Hinblick auf die Zukunft Europas spielt. Dabei hob er hervor, dass nicht nur die fachliche Kompetenz, sondern auch die moralische Integrität und die Orientierung am Gemeinwohl eine Richtschnur für das Handeln der Studierenden und AbsolventInnen sein sollte, die bald die zukünftige Elite Europas und ihrer Heimatländer bilden würden. Damit rief er uns unsere Verantwortung für die gemeinsame Sache in Erinnerung.

Die AUB spielt nicht nur in den Augen des ungarischen Staatspräsidenten, wie er auch an der Pressekonferenz anlässlich des 35. Jahrestages des Paneuropäischen Picknicks hervorhob, eine wichtige Rolle als Brücke nach Europa und insbesondere in den deutschsprachigen Raum. Diese internationale Dimension zeigt sich sowohl in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit und in den etablierten Doppelmaster- und Co-Tutelle-Programmen als auch in ihren innovativen Blended Intensive Programmen (BIP), in deren Rahmen mehrere Universitäten international zusammenarbeiten. 2024 wurden erstmals zwei solche Programme durchgeführt, bei denen Elemente der Präsenz- und Online-Lehre kombiniert werden. Neben dem bereits seit längerem etablierten politikwissenschaftlichen Programm „Die Zukunft von Europa in der Donauregion“ kam neu auch im Studiengang „Management und Leadership“ ein weiteres BIP hinzu. Diese Programme stellen nicht nur für die Studierenden eine attraktive Erweiterung des fachlichen Angebots dar, sondern bieten auch die Möglichkeit für den persönlichen Austausch mit KollegInnen von anderen Universitäten. Für die AUB stellen sie insgesamt eine willkommene Gelegenheit dar, ihre Internationalisierung weiter voranzutreiben und ihr internationales Beziehungsnetz zu vertiefen und zu erweitern. Die AUB ist in ihrem Kern eine Universität, die ihre Existenz der internationalen Zusammenarbeit und der europäischen Integration verdankt. Die Euphorie nach der Wende von 1989/90 ist einer gewissen Ernüchterung gewichen. Nicht nur wird das Werk der europäischen Integration zunehmend skeptisch betrachtet, sondern auch die hergebrachte Form der liberalen Demokratie sieht sich mit vermehrten Herausforderungen konfrontiert. Generell stellt sich, insbesondere auch vor dem Hintergrund der geopolitischen Umwälzungen, die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des westlichen Modells. Diese Thematik betrifft die Raison d’Être der AUB in ihrem Kern. Vor diesem Hintergrund suchte beispielsweise die 3. Europakonferenz einerseits eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der europäischen Integration in den letzten beiden Jahrzehnten zu erstellen und andererseits die Perspektiven zu erörtern, die sich für die EU nach den Europawahlen 2024 ergeben. Dabei kreisten die jeweiligen Beiträge um die zentralen Fragen der Integrations- und Erweiterungsdynamik und der geopolitischen



Handlungsfähigkeit sowie Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Modells.

Generell spielte die Frage der Demokratie allgemein und die Situation im Superwahljahr 2024 im Speziellen eine wichtige Rolle bei den Veranstaltungen der AUB und so bildet dieser Themenbereich denn auch einen wichtigen Schwerpunkt des vorliegenden Heftes. Daneben zeigt sich auch wieder die thematische Breite der AUB: Neben wissenschaftlichen Beiträgen aus den verschiedenen Fachbereichen wurden wiederum zahlreiche Veranstaltungen organisiert, die sich auch an ein breiteres Publikum richteten. Schließlich konnten auch die Studierenden von einem spannenden extracurricularen Angebot profitieren.

Aber das Beste zum Schluss: Die AUB wird im Wintersemester 2025 einen deutschsprachigen Bachelorstudiengang „Internationale Beziehungen“ starten. Damit erweitert die Universität ihr Portfolio in einen zukunftssträchtigen Bereich hinein und schließt eine entscheidende Lücke im ungarischen Bildungsangebot. Mit diesem neuen Bachelor bietet sich erstmalig die Gelegenheit zu einer vollständig deutschsprachigen akademischen Laufbahn vom Bachelor bis zur Habilitation in Ungarn an – einzigartig außerhalb des deutschen Sprachraums! Mit dem neuen Bachelorstudiengang „Internationale Beziehungen“ schlägt die AUB ein neues Kapitel auf und setzt neue Maßstäbe für ein internationales Studium in Ungarn. Das sechssemestriges Studium ist interdisziplinär ausgerichtet und legt besonderen Wert auf einen hohen Praxisbezug. Dabei bilden internationale Beziehungen in allen Facetten (Politik, Wirtschaft und Gesellschaft) mit besonderer Berücksichtigung der Politiken der Europäischen Union den Schwerpunkt des Studiums. Die Studierenden lernen, die aktuellen globalen Herausforderungen zu analysieren und sollen so in die Lage versetzt werden, eigene Lösungsstrategien für die globalen Herausforderungen zu entwickeln. Dieses neue Angebot ist Teil der strategischen Weiterentwicklung der Universität, in deren Rahmen auch die akademische Weiterbildung und die Internationalisierung weiter ausgebaut werden sollen, um die Wettbewerbsfähigkeit der AUB auch in Zukunft sicherzustellen.

Zoltán Tibor Pállinger

AKTUELLES

Europakonferenz 2024

Europäische Perspektiven:
Die EU 20 Jahre
nach der Osterweiterung

Simon Rudolf TAFLER

Zwanzig Jahre nach der im Zeichen einer „Wiedervereinigung des Europäischen Kontinents“ stehenden größten Osterweiterung der Europäischen Union um die Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, gefolgt von Bulgarien und Rumänien und später noch Kroatien, steht der Befund einer komplexen Baustelle. Anstelle der anfänglichen Euphorie hat sich ein Gefühl der Ernüchterung Raum geschaffen. Konfligierende Interessen, beispielsweise über die Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens für 2021–2027, die Reaktionen auf die Covid-Pandemie, die Krise der Rechtsstaatlichkeit aber auch ganz grundsätzliche unterschiedliche geopolitische Bedrohungsperzeptionen führen zu harten Auseinandersetzungen innerhalb der Mitgliedstaaten. Zu Beginn der Europakonferenz der Andrassy Universität Budapest unter dem Titel „Europäische Perspektiven – Die EU 20 Jahre nach der Osterweiterung“ steht der nüchterne Befund, dass der innere Zusammenhalt der Union und die gemeinsame Wertgrundlage nicht mehr als gegeben vorausgesetzt werden

können. Das Ziel einer wie auch immer sich ausformenden aber jedenfalls immer engeren Union wird zunehmend in Frage gestellt und diese Tendenz akzentuiert sich durch den imperialen Krieg Russlands gegen die Ukraine im Sinne einer strategischen Herausforderung weiter aus.

In ihrem Wesenskern ist die Union ein zivil geprägter und eher wirtschaftlicher Zusammenschluss, an den nun immer mehr der Imperativ einer angemessenen Reaktion auf die grundsätzlichen geostrategischen Herausforderungen herangezogen wird. Sie steht vor der Aufgabe, die Wirtschaft und Bevölkerung zuverlässig und erschwinglich mit Energie zu versorgen, ohne die langfristige ökologische Perspektive aus den Augen zu verlieren. Wenn sie auch künftig als ernstzunehmender globaler Akteur wahrgenommen werden will, muss die Europäische Union nicht nur ihre militärische Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit kritisch prüfen, sondern auch Antworten auf die weltpolitischen und als Unordnung wahrgenommenen Umwälzungen im internationalen System durch den Aufstieg neuer Großmächte finden.

Die dritte Veranstaltung der Konferenzreihe „Europäische Perspektiven“, welche vom Zentrum für Demokratieforschung mit Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung veranstaltet wird, steht in der Tradition, einen Beitrag zum



Botschafter Dr. Robert Klinko



Die Konferenz strukturiert sich in vier Panels zu je drei Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Das erste Panel steht unter der Überschrift „Von der EU-phorie zur Integrations- und Erweiterungsmüdigkeit“. Prof. Michael Gehler referiert hierbei über Europas Strategie-Suche nach der großen Erweiterung 2004/07 und versucht sich an einer aktuellen Zustandsanalyse. An Strategien mangelt es nach Gehler nicht, viel mehr rückt er die seit über zwanzig Jahren offene Frage nach der Finalität der inzwischen mehr als 70 existierenden Strategien ins Zentrum seiner Analysen. In welcher Zielvorstellung sollen all die Strategien denn zusammenlaufen, wie und anhand welcher Kriterien kann hier priorisiert werden? Die Ursachen dafür, warum zum Beispiel das Thema Demokratieförderung nicht [mehr] auf der von Gehler vorgeschlagenen Prioritätenliste steht, lassen sich aus Prof. Zoltán Tibor Pállingers Analysen zu diesem Gegenstand herleiten. Pállinger geht unter der Leitfrage „Das Scheitern der externen Demokratieförderung?“ den inneren Widersprüchen und Spannungsfeldern jener Politik nach. Mit Stationen bei Kant, Hegel, Fukuyama, Whitehead und Applebaum zeigt Pállinger die Komplexität einer theoretischen Verortung der externen Demokratieförderung auf. Am Ende steht der empirische Befund, dass, wenngleich angeschlagen in für Demokratien recht stürmischen Zeiten, die Modernisierungsthese, welche der externen Demokratieförderung ihr teleologisches Legitimationsnarrativ verschafft, bisher mitnichten an der Wirklichkeit gescheitert ist. Dr. Christina Griessler nimmt dann das Plenum abschließend wieder mit in die ersten Ränge der von Gehler vorgeschlagenen Prioritätenliste für die EU, namentlich den Westbalkan. Griessler zieht eine Verbindung zwischen der anfänglichen Dynamik in der Erweiterungspolitik mit dem sog. Association-Trio (Ukraine, Moldau und

besseren Verständnis des gegenwärtigen Standes und der Perspektiven der europäischen Integration zu leisten. In diesem Sinne haben die Professoren Ellen Bos und Zoltán Tibor Pállinger als Veranstalter für die aktuelle Auflage das doppelte Ziel ausgegeben, einerseits eine Bestandsaufnahme der Entwicklungen in den letzten beiden Jahrzehnten zu erstellen und andererseits die Perspektiven zu erörtern, die sich der EU nach den Europawahlen 2024 ergeben. Dabei kreisen die jeweiligen Forschungsbeiträge um die zentralen Fragen der Integrations- und Erweiterungsdynamik und der geopolitischen Handlungsfähigkeit sowie Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Modells.

Den weit mehr als nur symbolischen Aufschlag macht dabei Prof. Dr. Péter Balázs mit seinem Eröffnungsvortrag unter dem Titel „Lessons learned from the ‘big enlargement’“. Als Direktor des Center for EU Enlargement Studies der Central European University, ehemaliger Außenminister Ungarns und ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission, schöpft er dabei aus einem reichen Erfahrungsschatz. In seinen einleitenden Worten verbindet Balázs tiefe anekdotische Erinnerungen aus den Zentren der Europapolitik mit analytischem Scharfsinn und bereitet derart den folgenden akademischen Auseinandersetzungen einen exzellenten Boden.

Georgien] und deren schleppenden Fortgang mit den Staaten des Westbalkan. Am Anfang steht eine doppelgelagerte Relativierung: Zum einen ist die Dynamik hinsichtlich der neuen Kandidaten wohl mehr Rhetorik denn Semantik und andererseits ist bei den „alten“ Kandidaten aus dem Westbalkan auch keine Dynamik zu beobachten, zumindest nicht in einzelnen Bereichen. Jedoch zeigt Griessler Land für Land über den ganzen Westbalkan auf, dass diese Staaten zunehmend das Interesse an der EU verlieren und sich gezwungen sehen, ihre eigenen Probleme unabhängig zu lösen. Die EU als langfristige Perspektive hat nach Griessler spürbar an Relevanz eingebüßt. In der Frage nach der politischen Verantwortung kann hier aber niemandem der schwarze Peter nach dem Satz vom ausgeschlossenen Wider-

geopolitisch relevante Akteure zu wirken. Damit verbindet Klinke zugleich die politische Handlungsanforderung an die EU, ihre internationale Rolle als eigenständige handlungsfähige Akteurin zu vertiefen und fortzuentwickeln; tatsächlich könne sie gar nicht anders. Dabei sei die Handlungs- und Funktionsfähigkeit der Union eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg dringend anstehender Veränderungen. Barbato zielt dann unter dem Titel „Strategische Neuorientierungen? Handlungsoptionen Deutschlands in Europa“ auf ein Land im Zentrum der Europäischen Union, von dessen außen- und europapolitischen Entscheidungen viel abhängt. Deutschland, so Barbato, konnte es sich in den letzten Jahren recht gemütlich machen in seiner Doppelrolle zwischen der „Vollendung des langen Weges in den Westen“ einerseits und als „Zentralmacht in Europa“ andererseits. Dass es mit dieser Gemütlichkeit nicht nur langsam, sondern jetzt und sicher vorbei ist, weiß er dabei in theoretischer Herleitung wie empirischer Darlegung umfassend zu erörtern. Die Perspekti-



spruch zugeschoben werden, vielmehr braucht es hier eine differenzierende Analyse. Im zweiten Panel diskutieren Botschafter Dr. Robert Klinke, deutscher Inhaber des Lehrstuhls für Diplomatie II, Dr. Mariano Barbato und der österreichische Diplomat Dr. Ferdinand Trauttmansdorff unter der Überschrift: „Die EU zwischen „Supermacht“ und „Supermarkt“. Klinke fokussiert sich dabei einleitend auf die geostrategischen Beiträge Mitteleuropas in der EU. Sein Kernargument lautet, dass die EU durch die Osterweiterungen überhaupt erst die Grundlage geschaffen habe, die es mitteleuropäischen Mitgliedstaaten ermögliche, als

ven und das Dilemma eines der großen Länder der EU ergänzt Trauttmansdorff, dieses Panel abschließend, um solche Perspektiven eines kleineren Staates, namentlich Österreich. Sein rechtswissenschaftlicher Einschlag bereichert die Debatte um eine weitere Analyseperspektive auf die zur Diskussion stehende phänomenale Gemengelage. Trauttmansdorff zieht hierbei zwei zentrale Schlüsse. Zum einen stellen sich für Österreich, aber auch kleine Mitgliedstaaten im Allgemeinen, inzwischen strukturelle Herausforderungen in der Nachbarschaftspolitik ein, und zum anderen spielt der rechtspolitische Ansatz der EU, insbesondere das vielbeschworene aber oft als dysfunktional wahrgenommene Subsidiaritätsprinzip, eine zentrale Rolle. Österreich sieht sich mit der Herausforderung konfrontiert, wie



einerseits nachbarschaftliche Integration in die EU gelingen und gleichzeitig auf die spezifischen Bedürfnisse des Eigenen eingegangen werden kann.

Das dritte Panel fragt nach der Zukunft des Europäischen Modells. Dabei arbeiten Dr. Henriett Kovács, Dr. Kristina Kurze und Prof. Dietmar Meyer an einer Neukalibrierung der Suche nach der richtigen Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion. Unter dem Titel „Erinnerungspolitik – zurück in die Zukunft?“ referiert Kovács über die Frage der Deutungshoheit in der ungarischen Erinnerungs- und Identitätspolitik. Was und mit welchen Mechanismen wird erinnert und was wird vergessen? Im Fokus steht dabei die radikale Umstrukturierung der ungarischen Erinnerungspolitik seit 2010 und die so neu konstruierte und mit schon pathologisch zu Traumata überhöhten politischen Niederlagen der Vergangenheit angereicherte nationale Identität. Wer sich darin gefällt, noch heute den Schmerz von Trianon tatsächlich zu spüren, dürfte wenig übrig haben für das, was Kurze anschließend zum Gegenstand ihres Vortrages macht, den Green Deal der Europäischen Union unter dem Titel „zwischen Backlash und weiter so?“. Aber nicht, weil der Deal ein Green enthält, sondern weil sich der Blick ganz auf das Vergangene konzentriert und dort wohl auch verweilen will. Überraschenderweise kann die Blickrichtung einmal um die Achse gewendet, heute nach Kurze von einem Backlash beim Green Deal soweit keine Rede sein. Natürlich markiert der Krieg in der Ukraine eine Zäsur. Er verschärft die Energiekrise und so die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen innerhalb der Union. Nichtsdestotrotz lässt sich keine grundsätzliche Abkehr von den Klimazielen beanstanden, wenngleich ihre Umsetzung eine der größten Herausforderungen im komplexen Mehrebenensystem der EU darstellt. Als ähnlich herausfordernd dürfte dann Meyer die Dynamik interpretieren, welche er den „Fluch der Ressourcen“ nennt, welcher nicht nur Einzug in Europa zu halten scheint, sondern der sich bereits festsetzen konnte. Meyers von der Ökonomie her gespeister Beitrag schafft dabei zunächst eine grundsätzliche Klarheit über den sich keineswegs in seiner blanken Materialität erschöpfenden Ressourcenbegriff. Euro-

pa verdankt seinen historischen Aufstieg einer Vielzahl von Ressourcen. Eine wachsende Bevölkerung, technologische und wirtschaftliche Fortschritte, zunehmender Konsum und der Schutz von Eigentumsrechten durch Institutionen sind hierbei nur ein Ausschnitt. Von dieser Fülle haben nach Meyers Urteil eigentlich nur noch die beiden letztgenannten einen Anspruch auf Aktualität und das lässt ihn nach den Ressourcen fragen, auf die Europa in Zukunft bauen kann. Der Fluch der Ressourcen ist nach Meyer keine Frage der Zukunft, sondern er hat Europa längst heimgesucht. Auch Meyer weiß einen Imperativ an Europa zu stellen und er stellt den denkbar größten: Europa muss sich neu erfinden.

Das letzte Panel muss auf seinen dritten Diskutanten verzichten, umso ungeteilter geht die Aufmerksamkeit auf die beiden Vorträge von Dr. András Hettyey und Prof. Ellen Bos. Beide kreisen, wenngleich auf unterschiedlichen Ebenen, um die Frage der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft. Hettyey bemüht sich in seiner Zwischenbilanz um ein ausgewogenes Bild. Zwar sei die ungarische Ratspräsidentschaft kein totaler Reifall, aber eine Erfolgsgeschichte liegt auch nicht vor. Auf technischer Ebene wurde zwar durchaus solide zusammengearbeitet, aber das kann kaum die negativen Schlagzeilen und das insgesamt schlechte Presseecho dieses halben Jahres übertünchen. Hettyey bewertet zügig, um in einem zweiten Teil seine These vom „liberal turn“ der ungarischen Außenpolitik in Zeiten, während die EU sich um einen „realist turn“ bemüht, zur dann durchaus angeregten Debatte zu stellen. Bos geht in die analytische Metaebene und sortiert dabei ihre Argumente um das Spannungsfeld innerhalb der EU zwischen nationaler Souveränität und der Durchsetzung des Rule of Law auf supranationaler Ebene. Souveränitätskonflikte sind nach Bos längst kein isoliertes Phänomen mehr, das nur Ungarn betrifft. Der Vorwurf, die EU untergrabe mit ihrer Politik die nationale Autonomie der Mitgliedstaaten ist eine in Mittelosteuropa wohlbekanntes Vokabel, welche Bos um den Begriff der geteilten Souveränität und ein ganz grundsätzliches Nachdenken über den hier relevanten Kernbegriff abschließend wesentlich erhellt. Die Konferenz wurde in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt.

NEUES AUS DER FORSCHUNG

Changing Orders Research Programme

Ein Projekt im Rahmen des zweiten schweizerisch-ungarischen Kooperationsprogramms

Zoltán Tibor PÁLLINGER 

Eine chinesische Weisheit besagt, dass man Menschen, denen man etwas Gutes wünschen will, ein langweiliges Leben wünschen sollte. Hintergrund dieses Gedankens ist, dass für die meisten Menschen ein einigermaßen berechenbarer Alltag, der in gewohnten Bahnen verläuft, mit einem angenehmen Leben gleichzusetzen ist. Das scheint uns im Moment nicht vergönnt zu sein; wir erleben gerade «interessante» Zeiten. Nach dem Ende der Pandemie sind sofort wieder andere Herausforderungen in den Vordergrund gerückt: Die sich verschärfende machtpolitische Konfrontation zwischen den USA und China stellt die alt hergebrachten Strukturen der Weltpolitik zunehmend in Frage, die Schwerpunkte der Globalisierung verschieben sich vom globalen Norden zusehends in den Globalen Süden, insbesondere in den asiatischen Raum. Der wirtschaftliche Wandel beschleunigt sich aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung und des vermehrten Einsatzes Künstlicher Intelligenz. Auch hat weltweit die Zahl und Intensität bewaffneter Konflikte zugenommen. Der Nahe Osten gleicht einem Pulverfass, Russland führt seit Februar 2022 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine und überdies wirken sich zahlreiche innerstaatliche Konflikte wie etwa in Darfur und Syrien destabilisierend auf das globale System aus. Selbst in den USA und in Europa erscheint die Demokratie nicht mehr so stabil wie noch vor wenigen Jahren. Diese Entwicklungen entfalten sich vor dem Hintergrund der immer akuter werdenden Klimakrise. Während die Probleme zunehmen, scheint die Lösungskapazität westlicher Demokratien nicht Schritt halten zu können.

Kurzum, die hergebrachte Weltordnung der Pax Americana wird immer stärker herausgefordert und es zeichnen sich immer mehr die Konturen einer neuen, multipolaren Ordnung ab. Der Niedergang und die Herausbildung von neuen Ordnungssystemen in der Weltpolitik wird in der Regel von Konflikten und sogar Kriegen begleitet.

Vor diesem Hintergrund untersucht das [Projekt](#) „Changing Orders Research Programme“ in drei Schwerpunktbereichen die Herausforderungen, welche sich aus der Veränderung der globalen Ordnung für Ungarn, die Schweiz, Europa und die Region Mittel- und Osteuropa ergeben.

Schwerpunktbereich 1:

Strategische Herausforderungen für kleine und mittelgroße Staaten

Schwerpunktbereich 2:

Demokratische Innovationen

Schwerpunktbereich 3:

Europäische Perspektiven für die Region des Westbalkans

Die Ergebnisse der Forschungsprojekte werden im Rahmen von wissenschaftlichen Konferenzen und Fachpublikationen bekannt gemacht und dienen auch als Input für die Weiterentwicklung der Lehre an der AUB. Insgesamt besteht das Hauptziel dieses Forschungsprogramms darin, die Position der AUB als internationales Kompetenzzentrum im Bereich Politikwissenschaft und Europastudien zu stärken und die akademischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu festigen. Darüber hinaus umfasst das Projekt weitere Aktivitäten zur Stärkung der Beziehungen zwischen der AUB und der Schweiz, bzw. ihren Schweizer Partnerinstitutionen, Studienreisen in die Schweiz sowie ein Stipendienprogramm für Studierende und DoktorandInnen der AUB.

Seit dem Projektstart im Herbst 2023 wurde die Projektorganisation aufgebaut, und auch die Vortrags- und Lehrtätigkeit hat begonnen. Im Frühjahr 2024 wurde die erste Schweiz-Exkursion durchgeführt und Kontakte mit verschiedenen Schweizer Institutionen angebahnt. Mittlerweile konnten bereits erste Kooperationsvereinbarungen (Geneva Centre for Security Policy [GCSP], University of St. Gallen – Institute for Legal Studies and Legal Practice, Swiss Democracy Foundation) unterzeichnet werden. Im Wintersemester 2024 startete auch die erste Serie von Konferenzen zu den drei Schwerpunktbereichen, die in den folgenden drei Berichten vorgestellt werden.

Mehr Informationen zum Projekt unter diesem [Link](#).

Konferenz: Western Balkan's European future.

The role of non-EU states in shaping European Integration

Christina GRIESSLER

Am 11. Oktober 2024 fand die Konferenz „Western Balkan's European future. The role of non-EU states in shaping European Integration“ an der Andrassy Universität Budapest statt.

Die Frage der Zusammenarbeit und der bilateralen Beziehungen zwischen den europäischen Nicht-EU-Staaten und den Westbalkanstaaten war das Thema der Konferenz. Wobei die EU-Politik gegenüber den Westbalkanstaaten ebenfalls thematisiert sowie die Positionen der Nicht-EU-Staaten zur EU-Erweiterung diskutiert und hinterfragt wurden. Die Perspektive der Vortragenden aus den Westbalkanstaaten konzentrierte sich stärker auf Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Krisenmanagement in der Region. Die Konferenz thematisierte außerdem die Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), deren Mitgliedschaft sich aus europäischen Ländern zusammensetzt. Abschließend wurden die aufgeworfenen Fragen in einer Diskussion erörtert.

Die Vortragenden aus Norwegen, Øyvind Svendsen (Norwegian Institute of International Affairs Norway), der Schweiz, Edina Szöcsik (Institut für Föderalismus, Universität Freiburg) und Großbritannien, Matthew Kirlaw (UK Embassy in Budapest) präsentierten im ersten Panel die Perspektive der Europäischen Nicht-EU-Staaten und deren Positionierung zur EU-Erweiterung des Westbalkans, zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten in der Region und zur Frage, wie sich in diesem Beziehungsgeflecht auch die Beziehungen zur EU gestalten. Die Schweizer Präsentation ging auf die EU-Schweiz-Beziehungen ein, die als Grundlage für die Beziehungen der europäischen Nicht-EU-Staaten mit den West-

balkanstaaten dienen könnte. Grundsätzlich sind alle drei Staaten – Norwegen, die Schweiz und Großbritannien – Befürworter der EU-Integration der Westbalkanstaaten.

Das zweite Panel diskutierte die Perspektive der Westbalkanstaaten und deren Beziehungen zu den europäischen Nicht-EU-Staaten. Die Vortragenden aus Sarajevo, Lejla Ramić Mesihović (Burch University Sarajevo) sprach die Notwendigkeit einer Rekonstruktion des EU-geführten Krisenmanagements an, an der eine stärkere Beteiligung von Nicht-EU-Ländern begrüßenswert wäre. Miloš Petrović (Centre for Euro-Atlantic Studies, Belgrade) diskutierte die Einflussnahme der Türkei in der Region und erörterte, wie die Europäische Politische Gemeinschaft (European Political Community) einen wichtigen Beitrag leisten kann, um Nicht-EU-Länder in die politischen Entwicklungen der Westbalkanregion einzubinden. Die albanische Kollegin, Reina Zenelaj (EPOKA University), sprach über die Beziehungen zwischen Albanien und der Schweiz sowie der UK und diskutierte die Rolle Albaniens in den regionalen Organisationen des Europarats, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europäischen Politischen Gemeinschaft.

Im dritten Teil der Konferenz folgte ein Vortrag über die Aktivitäten der OSZE durch Eirini Patsea (OSCE, Programme Co-ordinator). Die Vortragende stellte einerseits die Aufgaben, Aktivitäten, die Strategien und Vorgangsweisen der OSZE vor und andererseits präsentierte sie im Detail das Projekt „Regional Trial Monitoring Project: OSCE engagement in the Western Balkans and the case of the Regional Trial Monitoring Project“. Im Anschluss folgte eine Diskussion über die Tätigkeiten der OSZE in der Region, die Probleme, die Schwächen und Stärken.



von links nach rechts: Øyvind Svendsen, Edina Szöcsik, Christopher Walsch, Matthew Kirlaw



Lejla Ramic Mesihovic [Bosnia-Herzegovina, International Burch University], Miloš Petrović [Centre for Euro-Atlantic Studies, Serbia], Laura Kromják [ELTE, Hungary], Reina Zenelaj [Epoka University, Albania]

Der letzte Teil der Konferenz versuchte in einer Abschlussdiskussion mit allen Vortragenden und dem interessierten Publikum, die wichtigsten Kernpunkte zusammenzufassen. Dabei wurde die Bedeutung von regionalen Organisationen bei der Zusammenarbeit der Europäischen Staaten diskutiert, insbesondere die europäische Politische Gemeinschaft wurde immer wieder hervorgehoben. Weitere Themen, die für die Zusammenarbeit zwischen den Nicht-EU-Staaten und dem Westbalkan relevant wären, sind Fragen der Arbeitsmigration insbesondere des *Brain Drains*, stärkere Zusammenarbeit

zwischen lokalen Institutionen auf Gemeindeebene, Austausch in Bezug auf Bürger*innenpartizipation und zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Fokus auf Jugendprojekte. Die Konferenz lieferte eine Vielzahl an durchaus unterschiedlichen Perspektiven, die in die intensiven Diskussionen einfließen und neue Ansätze und Überlegungen hervorbrachten. Dies war die erste von vier Konferenzen zum Thema der europäischen Nicht-EU-Staaten und der Beziehungen zum Westbalkan.

Diese Veranstaltung wurde im Rahmen des Projekts „Changing Orders Research Programme“ organisiert, einem umfassenden Projekt, das durch den Schweizer Beitrag mit der nationalen Kofinanzierung der ungarischen Regierung unterstützt wird.

Die Reaktion der kleinen und mittleren Staaten der mittelosteuropäischen Region auf den Krieg in der Ukraine

Sarah HESSE
 Fruzsina GERMUSKA
 Simon TAFLEK
 Joel KELLER
 András HETTYEY

Die zweitägige Konferenz widmete sich der Rolle kleinerer und mittelgroßer Staaten Europas: Wie gehen sie mit den zunehmenden Herausforderungen an ihre Verteidigung um?

995 Tage: So lange dauerte der russische Angriffskrieg in der Ukraine bereits, als am 14. und 15. November 2024 die Andrassy Universität Budapest (AUB) zur Konferenz [„One War, Many Responses: The New Security Order in Europe and its Implications“](#)



Copyright: © AUB / Vivien Neder



Tamás Csiki Varga



Dr. Christina Griessler
[Universitätsdozentin an der AUB]



Dr. Robert Diethelm

for Small and Middle-sized States“ einlud. Die zweitägige Veranstaltung, die mit Unterstützung des Swiss-Hungarian Cooperation Programme mit der nationalen Kofinanzierung der ungarischen Regierung ausgerichtet wurde, widmete sich dabei der Rolle kleinerer und mittelgroßer Staaten Europas: Wie gehen sie mit den zunehmenden Herausforderungen an ihre Verteidigung um? Wie vermeidet man es, auf der Speisekarte zu stehen, wenn man nicht am Tisch sitzt?

Um diesen Fragen einen angemessenen akademischen diskursiven Rahmen zu geben, fanden sich unter der Leitung von

Dr. András Hettyey von der AUB eine ganze Reihe an Forscherinnen und Forschern aus der Region Mittel- und Osteuropa ein.

Zum Einstieg in die Konferenz widmete sich Dr. Robert Diethelm, der zehn Jahre lang im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport tätig war, der aktuellen weltpolitischen Lage. Die europäischen NATO-Mitglieder kämen, so Diethelm, nach jahrelangem Sicherheitsversprechen durch die USA

langsam zu der Erkenntnis, dass sie in Sachen Verteidigung deutlich selbstständiger werden müssen. Denn inzwischen besetzen Russland und China ihren Platz am Tisch der geopolitischen Akteure: Mit der neuen Seidenstraße legt die Volksrepublik politisch und ökonomisch Einiges in die Waagschale der internationalen Politik. Doch habe China auch mit ernsthaften wirtschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen, so dass es gut möglich sei, dass das Land schneller alt als reich werde. Demgegenüber ist Russland weder politisch noch ökonomisch international relevant; selbst im Zusammenschluss der BRICS könnte die ehemalige Supermacht keinen Gegenpol bilden, da die zuverlässige Grundlage für Kooperation fehlt.

Christoph Schwarz vom Österreichischen Institut für Europäische und Sicherheitspolitik (AIES) beleuchtete in seinem Vortrag Theorie, Geschichte und den aktuellen Stand der österreichischen Außenpolitik mit besonderem Fokus auf deren Neutralität. Auf der Grundlage jahrzehntelanger Arbeiten zum österreichischen Verfassungsrecht bezüglich der Neutralität und anderer Regelungen besteht die aktuelle Herausforderung darin, wie Österreich die Ukraine weiterhin so stark unterstützen und gleichzeitig neutral bleiben kann. Die Antwort darauf bilden die gemeinsamen Initiativen der EU, durch die Österreich zur Unterstützung der Ukraine beitragen kann und dabei gleichzeitig den Umstand aufrechterhält, de jure mehr oder weniger neutral zu bleiben.

Den zweiten Vortrag lieferte Tamás Csiki Varga unter dem Titel „Hedging“: Eine alternative Erklärung für die ungarische Außen- und Sicherheitspolitik der 2020er Jahre. Csiki Varga zeigte die ambivalente sicherheitspolitische Rolle Ungarns auf, die gegenüber der europäischen und US-amerikanischen Linie widersprüchliche Rhetorik und Handlungen beinhaltet. Seit 2022 weicht das Handeln Budapests zunehmend von denen der anderen NATO- und EU-Mitglieder ab, was zu einer wachsenden Fehlanpassung im Vergleich zu seinen Verbündeten führt. Während Ungarn die NATO und die EU formal weiterhin unterstützt und die Sanktionen weitestgehend mitträgt, hat das Land keine Waffen geliefert oder Militärgeräte an die Ukraine übergeben, sondern nur humanitäre Hilfe geleistet und den Flüchtlingen geholfen, die nach Ungarn kamen. Die dritte Präsentation des Panels hielt Prof. Dr. Zdeněk Kříž unter dem Titel „Die tschechische Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine – eine Strategie für kleine Staaten?“. Eines der wichtigsten Ergebnisse aus Prof. Kříž' Vortrag lautete, dass eine kleine Größe nicht mit Schwäche gleichzusetzen sei. Kříž wies darauf hin, dass die Tschechische Republik ein abwei-



chendes Beispiel unter mittelgroßen und kleineren Staaten darstelle, da sie nicht versuche, in dem Konflikt zu vermitteln oder neutral zu bleiben. Stattdessen unterstützt Tschechien eindeutig die Ukraine und zeigt sein Engagement für deren Sache. Die tschechische Regierung stärkt ihre Beziehungen zur NATO und zur EU und mobilisiert deren Unterstützung für die Ukraine. Als kleiner Staat mit begrenzten militärischen Kapazitäten spielt Tschechien eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung der Ukraine, wobei die tschechische Rüstungsindustrie von dieser Hilfe profitiert.

Die slowenische Perspektive auf das Kriegsgeschehen in der Ukraine wurde von Dr. Marko Lovec von der Universität Ljubljana unter dem Titel „Slovenia's response to the Ukraine war: pro-Western elites, anti-systemic society“ vorgestellt. Er wies darauf hin, dass sich Sloweniens Einstellung zum Krieg in der Ukraine durch Wahlen verändert und neu ausgerichtet habe. So wurde unter Janez Jansas Regierung [2020 – April 2022] zu Beginn des Krieges eine starke Unterstützung der Ukraine verkündet und das Kriegsgeschehen sogar mit dem slowenischen Unabhängigkeitskrieg verglichen. Dieser Kurs wurde jedoch nach den Wahlen im April 2022, die in einem Regierungswechsel resultierten, nicht weitergeführt. Fortan leitete Robert Golob die neue Regierung und diese unterstützte die Ukraine zwar weiterhin mit allen Mitteln, jedoch zeichnete sich auch ein neuer Kurs durch einen defensiven Normativismus ab, der unter anderem eine gemäßigte Rhetorik beinhaltete und sich primär auf humanitäre Hilfe

fokussierte. Damit liege Golob laut Lovec auf der Linie seiner Wählerschaft, die den Kurs der Vorgängerregierung nicht so ohne weiteres mittrug. Folglich, so Lovec' Kernargument, habe die slowenische Wählerstimme die Unterstützungsbereitschaft Sloweniens beeinflusst und diese abgemildert.

Nach der slowenischen Perspektive stellte Dr. Paul Popa von der Babes-Bolyai Universität in Cluj-Napoca die rumänische Sicht auf den Krieg vor. Er erklärte, dass die Beziehungen zur Ukraine ambivalent seien. Das Gebiet Bukowina, dessen südlicher Teil heute zu Rumänien gehört und dessen nördlicher Teil in der Ukraine liegt, wechselte in der Vergangenheit häufiger seine Zugehörigkeit. Auch heute leben viele Rumänen im ukrainischen Teil der Bukowina, die sich jedoch von der Mehrheitsbevölkerung schlecht behandelt fühlen. Dies habe zur Folge, so Popa, dass sich Rumänien trotz seiner leidvollen Geschichte unter dem Kommunismus nicht im gleichen Maße in der Unterstützung der Ukraine engagiert wie beispielsweise Polen. Popa sprach von Rumäniens „guarded response“ auf den Ukrainekrieg und meinte dabei ein Handeln, das mit den Attributen „cautious“, „timid“ oder „shy“ semantisch beschrieben werden könne.

Abgeschlossen wurde das zweite Panel mit einem Einblick in eine Ländergruppe, deren Mitglieder ähnliche Einstellungen zum Krieg in der Ukraine haben. Hierbei handelte es sich um Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldau. Vorgestellt wurden sie von Seraina Eldada vom Geneva Centre for Security Policy und Johnny Melikyan vom Orbeli Center in Yerevan.

Nach Einschätzung der beiden Experten handele es sich bei diesen Staaten um die „frontier states“ Europas schlechthin, die sich in einer ähnlich gefährlichen Situation wie die Ukraine befinden. Eldada und Melikyan betonten, dass die Staatengruppe fürchtet, in eine Grauzone zwischen Russland und dem Westen zu geraten, was der Konsolidierung der Demokratien in Armenien und Georgien abträglich wäre.

Im letzten Vortrag über Polen hob Zsombor Zeöld von der Corvinus Universität Budapest hervor, dass die polnische Sicherheitspolitik vier strategische Richtungen priorisiert. Erstens die baltischen und nordischen Staaten, zweitens Deutschland, drittens die Ukraine und schließlich die USA. Die USA sind der zuverlässigste Lieferant polnischer Rüstungsgüter, und Polen hat ein ureigenes Interesse daran, seine eigene Sicherheitspolitik mit der Grand Strategy der USA zu verknüpfen. Dies könnte in Zukunft zu einigen strategischen Dilemmata im Hinblick auf eine sich entwickelnde europäische Grand Strategy führen. Bislang jedoch, so Zeöld, bevorzugten die US-Militärs ein starkes polnisch-deutsches Rückgrat, um ein Gegengewicht zur russischen Aggression in Osteuropa zu schaffen.

Conceptions of the State: Between Tradition and Future

Am 29. November 2024 fand die Konferenz «Conceptions of the State: Between Tradition and Future» an der Pázmány Péter Katholischen Universität und an der Andrassy Universität statt.

Die gemeinsame Forschungsgruppe «Partizipative Demokratie» der Pázmány Péter Katholischen Universität und der Andrassy Universität organisierte eine ganztägige Konferenz, in welcher der Rolle der Bürgerinnen und Bürger und der Partizipation in unterschiedlichen Staatskonzepten nachgegangen wurde. Diese Konferenz bildet die Auftaktveranstaltung zu einer Reihe von Konferenzen in der «Focus Area 1: Democratic Innovations» im Rahmen des [«Changing Orders Research Programme»](#), welches vom Swiss-Hungarian Cooperation Programme unterstützt und finanziert wird.

Zoltán Tibor PÁLLINGER

Die Krise der [repräsentativen] Demokratie wird seit Jahrzehnten insbesondere in den Rechts- und Sozialwissenschaften diskutiert. Das demokratische Institutionensystem, das sich vor allem im 19. Jahrhundert entwickelt hatte, steht heute vor einer Reihe von Herausforderungen. Das abnehmende Interesse der Wählerinnen und Wähler am politischen Geschehen, das sinkende gesellschaftliche Vertrauen in Politikerinnen und Politiker sowie politische Parteien, die parallel dazu sinkende Wahlbeteiligung, die Entstehung von Meinungsblasen, die auch in stabilen Demokratien auftreten, und die zunehmende politische Polarisierung – sind die bekanntesten Symptome dieser Krise. Auch neue Technologien wie die Künstliche Intelligenz üben einen enormen Druck auf die traditionellen Formen der demokratischen Entscheidungsfindung aus und untergraben das Vertrauen in die demokratischen Verfahren. All diese Faktoren können als Krisenphänomene interpretiert werden. Sie können aber auch als Hinweise auf die Notwendigkeit gesehen werden, die [repräsentative] Demokratie anzupassen und

weiterzuentwickeln und darüber nachzudenken, wie das traditionelle demokratische System verbessert werden kann.

Sowohl unser Verständnis des Problems als auch unsere Versuche, mögliche Lösungen und Weiterentwicklungen zu finden, hängen von unserem grundlegenden Verständnis von Staat und Demokratie ab. Um die richtigen Wege zu finden, müssen wir zunächst die begriffliche Basis klären, aus der wir unser Verständnis für die Problemlage entwickeln und die Suche nach allfälligen Lösungen ableiten. Davon ausgehend standen im ersten Panel, das an der Pázmány Péter Katholischen Universität durchgeführt wurde, die konzeptionellen Grundlagen im Vordergrund. László Komáromi [Pázmány Péter Katholische Universität] ging in seinem einleitenden Vortrag der Frage nach, über welche Tugenden die Politikerinnen und Politiker sowie die «gewöhnlichen» Menschen verfügen müssen, damit eine Demokratie funktionieren kann. Balázs Schanda [Ungarisches Verfassungsgericht und Pázmány Péter Katholische Universität] vertiefte anhand des «Böckenförde-Diktums» die Frage, welcher grundlegender Werte ein demokratischer Staat bedarf, um seine langfristige Existenz sichern zu können und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch moderne säkulare Staaten auf traditionelle, religiöse Werte zurückgreifen müssen, um einen stabilen Grundkonsens herstellen zu können. Dragan Prole [Universität Novisad] stellte die Überlegungen von Immanuel Kant in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und fragte, welche Massnahmen der Königsberger Philosoph vorschlagen würde, um die Bürgerpartizipation unter den Bedingungen einer digitalen Öffentlichkeit zu stärken. Prole argumentierte, dass Kant es als Bürgerpflicht sehen würde, an der gemeinsamen Sache mitzuwirken und deshalb eine Stimmpflicht fordern würde. Während Lilla Berkes [Pázmány Péter Katholische Universität] ausgehend von den Funktionen des heutigen Staates den Umfang sowie die Sinn- und Zweckmässigkeit unterschiedlicher Formen der Bürgerbeteiligung auslotete, zeigte Zoltán Tibor Pállinger [Andrássy Universität Budapest] die systematische Bedeutung der Partizipation für die Demokratie auf und arbeitete die Rolle die den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in unterschiedlichen modernen Demokratietheorien zugewiesen werden, heraus. Im letzten Vortrag des ersten Panels präsentierte Arne Pautsch [Hochschule Ludwigsburg] Ideen, wie die Konzepte der repräsentativen und direkten Demokratie um aleatorische Verfahren (beispielsweise durch die Schaffung von repräsentativen Bürgerräten) ergänzt werden können, um die Qualität demokratischer Entscheidungen sachlich besser und gleichzeitig legitimer machen zu können.

Im zweiten Panel, das an der Andrássy Universität stattfand, stand die Frage im Vordergrund, wie Volkssouveränität konkret institutionell und verfahrenstechnisch, umgesetzt werden kann. Henriett Kovács [Andrássy Universität Budapest] zeigte am Beispiel der Erinnerungspolitik in Ungarn, wie staatliche Identität von politischen Eliten geformt werden kann und thematisierte gleichzeitig die Grenzen einer Identitätspolitik «von oben». Während Bruno Kaufmann [Swiss Democracy Foundation] weltweite Beispiele für politische Partizipation aus Sicht der Bürgergesellschaft präsentierte, zeigte Tamás Tárnok [Universität für den Nationalen Dienst] am Beispiel der Europäischen Bürgerinitiative, wie nationale ethnische Minderheiten supranationale Instrumente in den Dienst des Minderheitenschutzes stellen können. Allerdings kam er im Hinblick auf die Wirkung dieser Instrumente zu einer skeptischen Einschätzung. Ellen Bos [Andrássy Universität Budapest] stellte in ihrem Vortrag die Entwicklung und Verbreitung des External Voting vor und arbeitete die theoretischen und praktischen Vor- und Nachteile, die mit diesem Konzept verbunden sind, heraus. Zum Abschluss befassten sich zwei Vorträge mit den Grenzen und Möglichkeiten digitaler Demokratie. Csaba Madarász [aHang] wies auf die Tatsache hin, dass die technologischen Entwicklungen, die Verfahrensinnovationen in der Demokratie vorantreiben, teilweise wenig transparent und schlecht reguliert sind, was wiederum dazu beitragen kann, dass Vertrauen in die Demokratie zu erodieren. Uwe Serdült [Zentrum für Demokratie Aarau und Ritsumeikan University] wies auf die Janusgesichtigkeit des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz im Rahmen der digitalen Demokratie hin: einerseits lassen sich grosse Datenmengen wie sie beispielsweise im Rahmen von Konsultationen und Petitionen entstehen, nur noch sinnvoll mit Künstlicher Intelligenz bearbeiten, andererseits entzieht sich diese immer mehr der menschlichen Kontrolle und kann so zu einer Verschlechterung der Demokratiequalität führen. Beide Experten waren sich einig, dass die technologischen Entwicklungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können und sie substantielle Auswirkungen auf die Politik im Allgemeinen und die Demokratie im Speziellen haben werden. Deshalb plädierten sie für eine umsichtige rechtliche Regulierung dieses Bereichs.

Die Konferenz war geprägt durch einen regen Austausch und substantielle Diskussionen. Insgesamt gelang es, die gegenwärtigen demokratischen Entwicklungen und die bereits erwähnten Krisenphänomene im Hinblick auf ein grundlegendes Verständnis des Staates zu reflektieren. Mit dieser Veranstaltung wurden die konzeptionellen Grundlagen für die weiteren Konferenzen im Rahmen der «Focus Area 1: Democratic Innovations» des «Changing Orders Research Programme» gelegt, welche sich systematisch mit demokratischen Innovationen auf lokaler, nationaler und supranationaler Ebene auseinandersetzen werden.

PERSONALIA

Das Wintersemester 2024/25 brachte zahlreiche personelle Veränderungen an der Andrassy Universität Budapest mit sich.

Natalija GRAČEVA

Zum 1. September 2024 konnten gleich drei neue Universitätsdozenten in leitender Funktion gewonnen werden: **Botschafter Dr. Robert Klink** übernahm die Leitung des Lehrstuhls für Diplomatie II, während **Dr. Michael Zimmermann** die Verantwortung für den Lehrstuhl für Diplomatie I übernahm. **Prof. Dr. Walter Grünzweig** trat zeitgleich seine Position als Leiter des Lehrstuhls für Kulturwissenschaften an. Auch im Bereich der Universitätsassistenten gab es Verstärkung. **Alina Alexenko M.Sc.**, die nun am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre tätig ist, und **Simon Konstantin Anda**, der den Lehrstuhl für Finanzwissenschaften unterstützt, sind seit September bzw. Oktober 2024 Teil unserer Universität. Kurz darauf, Mitte Oktober, schloss sich **Simon Rudolf Tafler** als Universitätsassistent am Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft unserem Kollegium an.

Im Dezernat für Marketing und Kommunikation wurde **Mór János Deák** Mitte Oktober 2024 als neuer Referent für Marketing und Kommunikation eingestellt. Gleichzeitig wurden interne Veränderungen vorgenommen: **Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper**, der am Lehrstuhl für Europäisches Öffentliches Recht und seine Grundlagen tätig ist, wurde zum Studiengangsleiter des Masters Europä-

ische und Internationale Verwaltung für das Sommersemester 2025 ernannt.

Neben diesen erfreulichen Neuzugängen und Beförderungen mussten wir uns auch von einigen langjährigen Mitarbeitenden verabschieden. **Dr. Miklós Szirbik**, Oberassistent am Lehrstuhl für Europäisches Öffentliches Recht und seine Grundlagen, schied im August 2024 aus. **Anita Katalin Fekete**, bisher Referentin im Dezernat für Marketing und Kommunikation, verließ die Universität im Oktober. Auch **Dr. Felix Dörstelmann** sowie **Dr. Jörg Dötsch** vom Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik beendeten im Herbst ihre Tätigkeit an der AUB.

Wir danken allen ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen für ihren Einsatz und ihre Verdienste um unsere Universität. Gleichzeitig freuen wir uns darauf, gemeinsam mit den neuen Mitarbeitenden die Zukunft zu gestalten und wünschen ihnen viel Erfolg in ihren neuen Aufgabenbereichen.



IM FOKUS

Das Superwahljahr 2024

Es war ein Superwahljahr. Noch nie haben sich weltweit so viele Menschen wie in diesem Jahr an Wahlen beteiligt. In mehr als 60 Staaten haben Wahlen stattgefunden, darunter mit Indien, den USA und Indonesien die drei größten Demokratien der Welt und die 27 Mitgliedstaaten der EU. Insgesamt waren im Jahr 2024 fast 3,6 Milliarden Menschen eingeladen, ihre Stimme bei den Wahlen abzugeben. Das entspricht fast der Hälfte der Weltbevölkerung und ist ein neuer Rekord (Nord et al. 2024a).

Wahlen sind der zentrale Mechanismus der modernen Demokratie. In der (griechischen) Antike jedoch wurden demokratische Entscheidungen durch die Bürger direkt in der Volksversammlung gefällt und Funktionsträger durch das Los bestimmt, deshalb galt dieses als das demokratische Verfahren schlechthin. Doch die Entstehung großer territorialer Flächenstaaten machte neue Instrumente, namentlich die Repräsentation, notwendig (Dahl 1989). Im Laufe des 19. Jahrhunderts führte der Prozess der Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft (Gebhardt 2000) zu einer irreversiblen Mobilisierung und Aktivierung der Bevölkerung, in deren Folge sich die individuellen Gesellschaftsmitglieder als die grundlegende politische Einheit zu begreifen begannen. Diese Entwicklung fand ihre Verkörperung in der Idee der Volkssouveränität, welche besagt, dass die staatlichen Tätigkeiten durch das Volk legitimiert werden müssen. Dabei ist das Volk souverän in dem Sinne, dass es die für die Wahrnehmung und Ausübung der staatlichen Gewalt oberste und diesseitig nicht weiter ableitbare Legitimationsgrundlage bildet (Fleiner-Gerster 1995).

Legt man dieses moderne Verständnis zugrunde, lässt sich im minimalistischen Konzept von Schumpeter Demokratie als ein institutioneller Mechanismus zur Erreichung politischer Entscheidungen definieren, bei welchem Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erlangen (Schumpeter 2020 [1942]). Giovanni Sartori (1992) führt diesen Gedanken weiter. Die Demokratie bedeutet einerseits Macht des Volkes und andererseits Macht über das Volk,

in ihr verbindet sich nominelle Zuschreibung von Macht und tatsächliche Machtausübung. Damit umfasst Demokratie die Elemente Wahl und Repräsentation. Die Balance zwischen diesen beiden Komponenten kann jedoch nur erhalten werden, wenn Demokratie als beschränkte Mehrheitsherrschaft aufgefasst wird, denn «[w]enn die Demokratie mit der reinen Mehrheitsherrschaft gleichgesetzt wird, so wird dadurch ein Teil des demos eo ipso zum non-demos. Wenn dagegen Demokratie als eine durch Minderheitenrechte beschränkte Mehrheitsherrschaft aufgefasst wird, so entspricht sie dem ganzen Volk, der Summe von Mehrheit und Minderheit. Durch nichts anderes als die Beschränkung der Mehrheitsherrschaft ist das ganze Volk [alle, die das Wahlrecht haben] immer im demos inbegriffen (Sartori 1992, 42).» Nach Bobbio (1988) ist Demokratie demnach ein System, dass grundlegende Freiheiten garantiert, die Existenz mehrerer miteinander im Wettbewerb stehender Parteien voraussetzt, periodische Wahlen mit allgemeinem Wahlrecht durchführt und kollektive Entscheidungen, auf der Basis von Mehrheitsentscheidungen trifft. Somit lässt sich grundsätzlich festhalten, dass im modernen Verständnis Demokratie als «liberale Demokratie» gedacht wird, in welcher Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität eine starke Verbindung eingehen.

Herausforderungen moderner Demokratien

Wahlen bestimmen das Führungspersonal einer Demokratie und verleihen Entscheidungsbefugnisse. Damit die so geschaffene politische Führung tatsächlich funktioniert, muss das Resultat der Wahlen unumstritten und legitim sein. Die Interparlamentarische Union etwa kommt in ihrer «Declaration on Criteria for Free and Fair Elections» zum Schluss, dass legitime Regierungen (und Parlamente) nur durch freie und faire Wahlen, die in regelmäßigen Abständen auf der Basis von universellem, gleichen und geheimes Wahlrecht gehalten werden, zustandekommen können. Die Organisation präzisiert dann die

Ellen BOS
Zoltán Tibor PÁLLINGER

konkrete Ausgestaltung von Stimm- und Wahlrechten, Kandidatur-, Partei und Kampagnenrechten sowie die Verantwortung von Staaten.

Obwohl Demokratie als normatives Prinzip nicht bestritten wird, hat sich in den letzten Jahren eine zunehmende Unzufriedenheit mit den aktuellen Resultaten des Regierungshandelns auch in etablierten Demokratien breitgemacht. Dies lässt sich u.a. auf soziale und technologische Entwicklungen sowie auf eine zunehmend skeptische Einschätzung der Leistungsfähigkeit der angesprochenen politischen Systeme zurückführen. Wachsende existenzielle Unsicherheit, bedingt durch wirtschaftlichen und sozialen Wandel, sowie abnehmende wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der westlichen Demokratien, stellen das Wohlstands- und Sicherheitsversprechen der Demokratie zusehends in Frage. Diese Tendenz wird durch die Veränderung der öffentlichen Kommunikation infolge der Verbreitung des Internets und der Sozialen Medien akzentuiert. Die öffentliche Debatte verläuft in Filterblasen und Echokammern und polarisiert, so dass eine Verständigung auf Fakten und Daten, mithin auf eine gemeinsame Realität, immer schwerer wird. Überdies bieten diese neuen Technologien auch neue Möglichkeiten, mittels gezielter, auf individuelle Nutzer zugeschnittener Kampagnen sowie der Verbreitung von Desinformationen und Fake News, die öffentliche Meinungsbildung und somit auch individuelle Wahlentscheidungen zu beeinflussen. Diese Möglichkeiten können sowohl von internen als auch von externen Kräften genutzt werden.

Wahlen als Eckpfeiler liberaler Demokratien

In liberalen Demokratien legitimieren Wahlen das politische System und sind die wichtigste Form der Partizipation der BürgerInnen. Sie dienen außerdem der Artikulation, Repräsentation und Integration von Interessen in Parlament und Regierung. Wahlen finden allerdings nicht nur in liberalen Demokratien statt, sondern auch in hybriden und autoritären Systemen. Deshalb sind Wahlen nicht überall frei und fair und sie dienen auch nicht überall der Auswahl der politischen Führung [Nohlen 2000].

Seit 2006 können wir eine Zunahme von autoritären und hybriden Systemen beobachten, damit scheint die Dritte Welle der Demokratisierung gebrochen zu sein und eine Gegenwelle einzusetzen. Während 2003 nur elf Staaten eine Phase der Autokratisierung durchliefen, waren es 2023 42. Insgesamt leben laut V-Dem zurzeit 71 Prozent der Weltbevölkerung in Autokratien, während es 2003 nur 50 Prozent waren [Nord et al. 2024b]. Damit sind entgegen der optimistischen Annahmen der Transitionsforschung autoritäre Systeme nicht per se als „Auslaufmodelle der Geschichte“ anzusehen, sondern haben sich in den letzten Jahren zunehmend als kompetitive Gegenentwürfe zur (liberalen) Demokratie präsentiert. Dabei zeigten sie sich durchaus innovativ und bedienten sich bei erfolgreichen Instrumenten und Verfahren von Demokratien. Autoritäre PolitikerInnen haben die starke Legitimationskraft von demokratischen Verfahren, insbesondere von Wahlen, durchaus erkannt und diese entsprechend ihren Bedürfnissen adaptiert. In autoritären Systemen sind Wahlen somit nur scheinbar ein demokratisches Instrument. Der Wahlprozess wird von den Herrschenden kontrolliert und die Ergebnisse werden manipuliert. Somit haben Wahlen auch nicht das Ziel, den unverfälschten

Volkswillen zum Ausdruck zu bringen, sondern sie dienen in erster Linie dazu, die Bevölkerung zu mobilisieren und die Unterstützung der autoritären Führung durch die Bevölkerung zu demonstrieren und dem Regime auf diese Weise eine Art von scheinbarer Legitimität zu verschaffen. In den letzten Jahren lässt sich überdies beobachten, dass sich autoritäre Systeme zunehmend aktiv als Gegenentwürfe zu den liberalen westlichen Demokratien positionieren und aktiv zusammenarbeiten, um sich gegenseitig an der Macht zu halten und gleichzeitig die Glaubwürdigkeit und damit auch die Legitimität von Demokratien zu untergraben. Dabei schrecken sie immer weniger vor direkten Einmischungen zurück und versuchen, mittels Desinformation, Fake News und Wahlen die öffentliche Meinung in den Demokratien zu manipulieren. Auf diese Weise probieren sie, sich einen Wettbewerbsvorteil in der sich verschärfenden globalen Systemkonkurrenz zu verschaffen [Applebaum 2024].

Wahljahr 2024: Politische Entscheidungen in der Europäischen Union

In hybriden Systemen, die Elemente von Demokratie und Autokratie kombinieren, sind Wahlen dagegen semi-kompetitiv, d.h. das Prinzip der Freiheit und Fairness von Wahlen ist zwar eingeschränkt, aber dennoch sind Wahlen nicht bedeutungslos. Wahlen bringen damit ein Element der Unsicherheit mit sich und können sogar zu einer Abwahl der regierenden Eliten führen. Aus diesem Grunde müssen sich hybride Systeme responsiver verhalten als Autokratien.

Im Jahr 2024 wurde in der Europäischen Union nicht nur das Europäische Parlament neu gewählt, sondern auch die Parlamente in neun Mitgliedstaaten (Portugal, Kroatien, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Litauen, Irland und Rumänien). Außerdem fanden in fünf Mitgliedstaaten der EU Präsidentenwahlen statt (Finnland, Slowakei, Litauen, Rumänien und Kroatien). In Deutschland wurden schließlich in drei Bundesländern die Landesparlamente neu gewählt. Außerdem musste die Bundestagswahl 2021 in Berlin teilweise wiederholt werden. Insgesamt konnten bei den Europawahlen und in zahlreichen nationalen Wahlen rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien Erfolge erzielen, allerdings präsentiert sich das Bild nicht so einheitlich, dass von einem Durchbruch rechter Kräfte die Rede sein kann. So blieb im Europäischen Parlament die traditionelle europafreundliche Mehrheit erhalten. Sogar in Österreich und Frankreich konnten die rechten Parteien keine Regierungsmehrheit erzielen. In den drei ostdeutschen Bundesländern konnte die AfD zwar ihre Position ausbauen und das neu gegründete

Bündnis Sahara Wagenknecht auf Anhieb beachtliche Erfolge realisieren. Aber auch hier sieht es so aus, dass die rechtsextreme AfD vorerst nicht an den Landesregierungen beteiligt sein wird.

Wahlen haben aber nicht nur in Demokratien stattgefunden, sondern auch in Autokratien wie beispielsweise in Russland. Die Präsidentschaftswahlen, die im März 2024 stattfanden und bei denen Wladimir Putin zum fünften Mal antreten konnte, waren weder frei, noch fair. Das gleiche gilt auch für die Parlamentswahlen in Belarus und die Präsidentschaftswahl in Iran.

In sich demokratisierenden Staaten, wie z.B. in der Republik Moldau und in Georgien, waren die Freiheit und Fairness der Wahlen nicht zuletzt durch Interventionen von externen Akteuren eingeschränkt.

Die Integrität der Wahlen, insbesondere ihre Freiheit und Fairness, sind aber nicht nur in autoritären und hybriden Regimen gefährdet, sondern auch in Demokratien. Das V-Dem Institut kommt in seinem 2024 erschienenen Report zur Qualität von Wahlen zu dem Ergebnis, dass in 31 der über 60 Staaten, in denen 2024 gewählt wurde, eine Verschlechterung der demokratischen Qualität festzustellen war und nur in drei Fällen eine Verbesserung. Das heißt, dass es in diesen Staaten auch ein größeres Risiko für die Integrität der Wahlen gab. Generell hat V-Dem einen weltweiten Trend zur Verschlechterung der Freiheit und Fairness von Wahlen beobachtet, wobei die Verschlechterung vor allem auf Eingriffe in die Autonomie der Wahlbehörden zurückzuführen ist. V-Dem stuft die Integrität von Wahlen deshalb weltweit als gefährdet ein. Die Freiheit und Fairness der Wahlen haben sich in 45 Ländern erheblich verschlechtert. So sei die Autonomie der Wahlbehörden in 42 Ländern eingeschränkt worden, während in jeweils 40 Ländern Gewalt und Einschüchterung bei Wahlen sowie Repression oder Schikanen durch die Regierung zugenommen haben. In vielen Ländern seien die Wahlen deshalb weniger frei und fair, als die Gewinner der Wahlen behaupten [Nord et al. 2024a].

Demokratien im Kampf gegen systemische Herausforderungen

Die Präsidentschaftswahl in Rumänien, deren erste Runde am 24. November 2024 stattfand, ist ein gutes Beispiel für die Gefährdung der Integrität von Wahlen in Demokratien durch neue Technologien und die Einmischung externer Akteure. Die erste Wahlrunde gewann völlig überraschend ein weitgehend unbekannter TikTok-Kandidat, der rechtsextreme, pro-russische und esoterische Ansichten vertritt und in den Meinungsumfragen nur auf einstellige Zustimmungsraten gekommen war. Sein Wahlkampf

war mit einer hohen Zahl koordinierter Tiktok-Konten und Empfehlungsalgorithmen sowie bezahlter Werbung massiv unterstützt worden. Das rumänische Verfassungsgericht entschied schließlich kurz vor dem Beginn der zweiten Wahlrunde die Annullierung der ersten Wahlrunde und begründete dies damit, dass die Geheimdienste einen „aggressiven russischen hybriden Angriff“ nachgewiesen hätten, durch den die Wähler manipuliert worden wären. Obwohl dies einen substantiellen Eingriff in den Wahlprozess darstellt, verdeutlicht dieser zugleich, dass Demokratien durchaus wehrhaft sind und über Instrumente zur Abwehr externer Einmischungen in demokratische Verfahren verfügen.

Global gesehen war die folgenreichste Wahl im Superwahljahr 2024 wohl die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten. Entgegen häufig geäußelter Befürchtungen verlief der Wahlprozess problemlos und hat zu eindeutigen Ergebnissen sowohl in der Präsidentschaftswahl als auch in den gleichzeitig stattfindenden Kongresswahlen geführt. Bereits wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale stand Donald J. Trump als Wahlgewinner fest und Kamala Harris hat ihre Niederlage eingestanden. Allerdings waren die Systemmängel bei Wahlen in den USA, wie etwa die unzureichende Regulierung von Wahlkampfspenden, im Wahlprozess deutlich zutage getreten. Im stark polarisierten Meinungsumfeld des Wahlkampfes spielten Großspender, die zugleich als Besitzer von Verlagshäusern und sozialen Plattformen enormen Einfluss ausüben konnten, eine bedeutende Rolle. Es scheint so, dass diese sogenannten Tech-Milliardäre auch auf die Politik der neuen Administration von Präsident Trump großen Einfluss haben werden. Ihr Einsatz im Wahlkampf wurde von Trump mit entsprechenden Posten und Politikversprechen belohnt. Befürchtungen, dass der klare Wahlsieg von Trump den Bestand der Demokratie in der USA gefährden könnte, weist die „realistische Optimistin“ Anne Applebaum aber mit folgenden Worten zurück: „Natürlich könnte der amerikanische Präsident versuchen, die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben, die Regeln der US-Politik zu ändern oder außerhalb des Gesetzes zu agieren. [...] Wir haben in den USA aber Oppositionsparteien. Wir haben Gerichte, wir haben ein politisches System, das nicht einfach so über Nacht verschwinden wird. Also lassen Sie uns nicht übertreiben“ [Zucker/Mijuk 23.11.2024].

Nach dieser Tour d'Horizon durch dieses Superwahljahr ergibt sich ein Bild mit zahlreichen Nuancen und Schattierungen. Das demokratische Ideal bleibt zwar normativ unbestritten, aber im Alltag kämpfen Demokratien mit zahlreichen Herausforderungen. Allerdings gilt weiterhin, dass Demokratien ihren BürgerInnen weit bessere Aussichten auf ein selbstbestimmtes und sinnvolles Leben bieten als ihre Konkurrenten. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist die Überlegenheit von Autokratien nicht ausgemacht. Demokratien verfügen dank der Rechtsstaatlichkeit und dem Instrument von freien und fairen Wahlen über bessere Voraussetzungen als ihre Systemgegner, um Probleme langfristig effizient anzugehen und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Allerdings gibt es Demokratie nicht umsonst, sie ist vielmehr eine anspruchsvolle Herrschaftsform, die das Engagement tugendhafter BürgerInnen voraussetzt. Demokratien können und müssen verteidigt werden. Dies funktioniert aber nur, „wenn die von uns, die in ihnen leben, sich die Mühe machen, sie zu retten“ [Applebaum 2024].

Literatur:

Applebaum, Anne [2024]: Die Achse der Autokraten. Korruption, Kontrolle, Propaganda: Wie Diktatoren sich gegenseitig an der Macht halten. München: Siedler Verlag.

Bobbio, Norberto [1988]: Die Zukunft der Demokratie. Berlin: Rotbuch.

Dahl, Robert A. [1989]: Democracy and Its Critics. New Haven: Yale University Press.

Fleiner-Gerster, Thomas [1995]: Allgemeine Staatslehre. Berlin, Heidelberg, New York: Springer [2. Auflage].

Gebhardt, Jürgen [2000]: Das Plebiszit in der repräsentativen Demokratie, in: Arnim, Hans Herbert von (Hrsg.): Direkte Demokratie. Beiträge auf dem 3. Speyerer Demokratieforum vom 27. bis 29. Oktober 1999 an der Deutschen Hochschule Speyer. Berlin: Duncker & Humblot, S. 13–26.

Nohlen, Dieter [2000]: Wahlrecht und Parteiensystem. Opladen: Leske + Budrich im UTB [3. Auflage].

Schumpeter, Joseph A. [2020 [1942]]: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie: Mit einer Einführung von Heinz D. Kurz. Tübingen: Narr Francke Atempo Verlag im UTB [10. Aufl.].

Interparliamentary Union [1994]: Declaration on Criteria for Free and Fair Elections, <https://www.ipu.org/impact/democracy-and-strong-parliaments/ipu-standards/declaration-criteria-free-and-fair-elections> [Stand: 16.12.2024].

Nord, Marina, Juraj Medzihorsky, and Staffan I. Lindberg [2024a]: Democracy's Core Institution – Clean Elections Across the World. V-Dem Thematic Report. University of Gothenburg: V-Dem Institute.

Nord, Marina, et al. [2024b]: Democracy Report 2024: Democracy Winning and Losing at the Ballot. University of Gothenburg: V-Dem Institute.

Zucker, Alain/Mijuk, Gordana [23.11.2024]: „Interview mit Anne Applebaum. Lassen Sie uns nicht übertreiben, die USA werden keine Autokratie. Auch nicht unter Trump“, <https://www.nzz.ch/report-und-debatte/anne-applebaum-putin-trump-und-die-gefahr-fuer-westliche-demokratien-ld.1857671> [Stand: 16.12.2024].

„Die Zukunft von EUropa in der Donauregion“

Blended Intensive Programme (BIP)

Fanni ELEK

Das Zentrum für Demokratieforschung der AUB hat im Sommer 2024 zum dritten Mal ein im Rahmen von Erasmus+ gefördertes Blended Intensive Programme (BIP) an der AUB organisiert. Das gemeinsam mit vier Partnerhochschulen – Bergische Universität Wuppertal, Fachhochschule Burgenland, Westböhmisches Universität Pilsen und Babes-Bolyai Universität Klausenburg – angebotene BIP zum Thema „Die Zukunft von EUropa in der Donauregion: 20 Jahre nach der Osterweiterung – Herausforderungen und Perspektiven“ bestand aus einer Kombination von Online und Präsenzphasen. Das BIP richtete sich an deutschsprachige Teilnehmende, die nach einer Bilanz der Entwicklung der EU in den letzten beiden Jahrzehnten nach der Osterweiterung die aktuellen Herausforderungen in der EU und im Donaoraum analysieren und Strategien zu ihrer Bewältigung erarbeiten wollten.

Nach einer Online-Vorbereitungsphase im Juni fand der Präsenzteil des BIP vom 26. bis zum 31. August 2024 an der AUB in Budapest statt. 35 Studierende aus Deutschland, Österreich, Rumänien, Tschechien und Ungarn, die von acht Lehrkräften der beteiligten Hochschulen betreut wurden, haben sich gemeinsam mit den aktuellen Herausforderungen der EU und den Auswirkungen der Europawahlen beschäftigt und Strategien zu deren Bewältigung erarbeitet. Dabei standen folgende Themenblöcke im Fokus: [1] Die Europawahlen 2024 und die Machtverschiebungen in den Institutionen der EU, [2] Differenzierte Integration am Beispiel der Energiegemeinschaft, [3] Zivilgesellschaft und Populismus sowie [4] Strategien au-

toritärer Akteure in der EU. Die Tage begannen jeweils mit einem inhaltlichen Input der Dozierenden und wurden in Form von Gruppenarbeiten, Diskussionen und Workshops im Laufe des Vormittags weiter vertieft. Dabei hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die Gedanken, die während der Diskussionen und Workshops entstanden sind, strukturiert über mehrere Tage zu vertiefen. Die interaktive und diskursive Struktur des Programms ermöglichte einen regen Austausch zwischen den Teilnehmenden, die nicht zuletzt durch ihre Herkunft aus unterschiedlichen Ländern und ihre unterschiedlichen fachlichen Hintergründe eine große Bandbreite an Perspektiven und Erfahrungen einbrachten. Diese Tiefe und Vielfalt bereicherte die Diskussionen und förderte ein komplexes und nuanciertes Verständnis der behandelten Themen aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive.

Die Teilnehmenden bildeten Arbeitsgruppen und diese hatten in der Präsenzphase die Aufgabe, neue (gesamt-)europäische Parteien zu gründen und für diese jeweils ein Parteiprogramm zu erarbeiten, in dem innovative und realisierbare Lösungen für die aktuellen Herausforderungen der EU angeboten werden. Als Ergebnis einer Woche intensiven Arbeitens und Diskutierens wurden

schließlich die Parteiprogramme von fünf Parteien präsentiert: „Bündnis Europa“, „You Belong to Europe“, „DriveEurope“, „Imagine Europe“ und „Union für ein starkes Europa“. Die unterschiedlichen „Parteiprogramme“ boten eine gute Übersicht über die gegenwärtigen Herausforderungen der EU und vermittelten kreative Lösungsansätze in unterschiedlichen Politikbereichen.

Das Arbeitsprogramm an den Vormittagen wurde durch ein vielfältiges Rahmenprogramm an den Nachmittagen ergänzt. Stadtführungen und Exkursionen, unter anderem zum Memento Park und zum Ungarischen Parlament, dienten dazu, die theoretischen Inhalte zu vertiefen und in den Kontext der ungarischen Geschichte und Kultur zu setzen. Die Besuche am Kossuth tér und im Burgviertel boten zudem eindrucksvolle Einblicke in die lokale Erinnerungskultur. Zusätzlich hatten die Teilnehmenden bei einem Besuch des ungarischen Außenministeriums die Gelegenheit, über die Ziele und bisherigen Ergebnisse der laufenden ungarischen Ratspräsidentschaft zu diskutieren. Ein Filmabend mit dem teilweise an der AUB gedrehten Film „1968: Rekonstruktion einer Liebe“ war einer der Höhepunkte des BIP. Der Film ermöglicht anhand einer persönlichen Geschichte einen spannenden Einblick in die Funktions-

weise des kommunistischen Systems Ende der 1960er Jahre. Nach dem Film bestand die Möglichkeit, mit Miklós Tóth, dem Mann, dessen Geschichte in dem Film erzählt wird, und Anikó Mária Tóth, einer der RegisseurInnen, zu diskutieren. Die intensive Woche in Budapest fand ihren Abschluss in einem gemeinsamen Schiffsausflug nach Szentendre. Danach trafen sich die Teilnehmenden noch einmal online am 20. September zur Nachbereitung der Woche in Budapest.

Die Resonanz auf das BIP war äußerst positiv. Die Teilnehmenden schätzten die ausgewogene Mischung aus theoretischen Inputs, praktischen Exkursionen und diskursiven Elementen. Es war sehr aufschlussreich, eine Plattform für den Austausch und die Reflexion über die Zukunft von Europa in der Donauregion zu bieten, und es steht bereits fest, dass die beteiligten Partner auch im nächsten Jahr gemeinsam ein BIP organisieren werden.



Lichtmans Fehltrug zu Trump lag nicht am Modell

Die Kunst der qualitativen Wahlprognose

Allan Lichtman prognostizierte basierend auf einer historisch abgesicherten Faktorenanalyse seit der Wahl von Ronald Reagan 1984 alle Ergebnisse der amerikanischen Präsidentschaftswahlen richtig, bis auf die Wahl von George W. Bush 2000. Am 5. November 2024 lag Lichtman wieder falsch. Statt des Sieges von Donald Trump hatte er Kamala Harris als neue US-Präsidentin vorhergesagt. Dieser Prognosefehler dürfte weniger an Lichtmans Analyseraster gelegen haben als an der vorschnellen Anwendung, die Lichtman in der dieses Mal besonders komplexen Situation unterlaufen zu sein scheint.

Mariano BARBATO

Lichtman war sich wieder sicher: Kamala Harris wird 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika [Lichtman 2024a]. Auf der Basis einer Auswertung der Wahlen des US-Präsidenten seit 1860 hat der Historiker gemeinsam mit dem russischen Geophysiker Vladimir Keilis-Borok 1981 ein Modell mit 13 Faktoren entwickelt, mit dem er das Wahlergebnis sicherer voraussagen meint als es durch Umfrageergebnisse möglich ist. Lichtman spricht von „13 Keys to the White House“ [Lichtman & Keilis-Borok, 1981, Lichtman 2020].

Das Prognosemodell basiert auf dem Grundgedanken, dass der Wahlerfolg kaum durch Wahlkampagnen beeinflusst wird, sondern vor allem von der politischen und wirtschaftlichen Bilanz der amtierenden Regierung abhängt, die vom Wähler der regierenden Partei gutgeschrieben oder angekreidet wird. Im Fokus stehen deswegen nachrangig die Kandidaten und primär die vorangegangene Präsidentschaft und deren Partei. Im Duktus von Lichtmans Metapher von den dreizehn Schlüsseln zum Weißen Haus ist es deshalb entscheidend, dass die Partei des Amtsinhabers nicht mehr als fünf Schlüssel verlieren darf. Verliert sie einen sechsten Schlüssel, geht das Weiße Haus an den Kandidaten der oppositionellen Partei.

Seit der Veröffentlichung des Modells im Jahr 1981 [Lichtman & Keilis-Borok, 1981] hat Lichtman fast alle Präsidentschafts-



Quelle: Canva

wahlen korrekt vorhergesagt. Eine Ausnahme war die Wahl im Jahr 2000. Lichtman hatte den demokratischen Vizepräsidenten von Bill Clinton, Al Gore, als zukünftigen Präsidenten vorhergesagt. Präsident wurde aber George W. Bush. Lichtman lässt diesen Fehler nicht gelten, weil er davon ausgeht, dass der Wahlausgang durch die Entscheidung des Supreme Courts über die Nachzählung von Stimmen in Florida und damit über die Besetzung des Electoral Colleges verzerrt wurde. Allerdings erkennt er eine zunehmende Schwierigkeit bei seiner Vorhersagemethode an, da das landesweite Durchschnittsergebnis von dem relevanten Ergebnis des Wahlmännergremiums 2000 und 2016 abwich. 2000 verlor Al Gore bei den Wahlmännerstimmen, gewann aber landesweit. Bei Trump war es 2016 umgekehrt. Hier liegt eine generelle Schwäche des Modells [Lichtman 2020]. Doch die Fehlprognose von 2024 liegt auf einer anderen Ebene. Lichtman räumte das auch unumwunden ein. Allerdings sah er den Fehler nicht bei seinem Urteil, sondern glaubte, dass seine Faktoren die komplexe Situation nicht mehr ausreichend erfassen können. Insbesondere machte er sich über Fehlinformationen und Propaganda Sorgen. Das historische Muster wäre gebrochen [Lichtman 2024b]. Allerdings klingt vor dem Hintergrund der amerikanischen Wahlkampfgeschichte mit ihren zahlreichen Varianten von Stimmenbeeinflussungen und der gegenwärtig etablierten Debatte um Fake News diese Argumentationslinie eher vorgeschoben. Das eigentliche Problem dürfte deswegen Lichtmans Urteilskraft gewesen sein, nicht sein Analyseraster [Barbato 2024]. Es lohnt sich deswegen, das wertvolle Analyseraster nicht vorschnell aufzugeben und noch einmal genau zu schauen. Bei den 13 „Schlüsseln“, auf die sich das Modell stützt, handelt es sich um Fragen, die mit ja oder nein beantwortet werden können. Ein Nein bedeutet den Verlust eines Schlüssels. Wenn sechs oder mehr dieser Fragen negativ beantwortet und deshalb die Schlüssel verloren gehen, verliert laut Lichtman die amtierende Partei die Wahl. Im Mittelpunkt steht die Position der Partei und die wirtschaftliche und außenpolitische Lage

während der gegenwärtigen Amtszeit. Nachrangig kommt die Persönlichkeit des Amtsinhabers und der Kandidaten zum Zuge. Die Schlüssel im Einzelnen [Lichtman 2020]:

1. **Mandat der Partei:** Bei den Zwischenwahlen gewann die Partei des amtierenden Präsidenten Sitze im Repräsentantenhaus hinzu. Trend und Stimmung sprechen für die Regierungspartei.
2. **Kein starker Konkurrent bei den Vorwahlen:** Bei den Vorwahlen der Partei des amtierenden Präsidenten gab es keinen ernsthaften Wettbewerb. Der Kandidat hat die volle Unterstützung der Partei.
3. **Amtsinhaberbonus:** Der amtierende Präsident tritt zur Wiederwahl an.
4. **Dritte Partei fehlt:** Es gibt keinen starken unabhängigen Kandidaten oder Kandidaten einer dritten Partei.
5. **Kurzfristige Wirtschaft positiv:** Es gab keinen wirtschaftlichen Abschwung bis zum Ende der Amtsperiode.
6. **Langfristige Wirtschaft positiv:** Die Wirtschaft wuchs während der Amtszeit des Präsidenten im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Amtszeiten.
7. **Politikänderung vorgenommen:** In der vorangegangenen Amtsperiode gab es einen signifikanten Wechsel in der Regierungspolitik.
8. **Keine großen Unruhen:** Die soziale Lage war weitgehend stabil. Es gab keine anhaltenden sozialen Unruhen oder Proteste.
9. **Kein großer Skandal:** Der amtierende Präsident war in keinen großen Skandal verwickelt.
10. **Erfolge in der Außenpolitik:** Der amtierende Präsident kann einen großen Erfolg in der Außenpolitik oder bei der Kriegsführung vorweisen.
11. **Kein Misserfolg in der Außenpolitik:** Der amtierende Präsident ist für keinen gravierenden Misserfolg in der Außenpolitik oder auf militärischem Gebiet verantwortlich.
12. **Großes Charisma des Kandidaten der regierenden Partei:** Der Amtsinhaber, der wieder antritt oder der Kandidat der Partei des Amtsinhabers gilt unbestritten als charismatisch oder ist ein Nationalheld.

13. Kein Charisma des Herausforderers: Der Kandidat der gegnerischen Partei ist nicht charismatisch oder ein Nationalheld.

Lichtman beantwortete 2024 acht Fragen mit ja und vier bis fünf Fragen mit nein [Lichtman 2024a]. Kamala Harris wäre damit sicher die Siegerin der Präsidentschaftswahlen gewesen. Bekanntlich war dem nicht so. Donald Trump gewann die Wahl. Woran lag es? Die Schlüsselanalyse hätte auch zu einer Vorhersage für Donald Trump führen können [Barbato 2024].

Die Demokraten hatten nach dem Urteil von Lichtman drei Schlüssel sicher verloren. Die Zwischenwahlen gingen schlecht aus, der Amtsinhaber tritt nicht mehr an und Kamala Harris gilt nicht als charismatisch. Das ist alles richtig. Vielleicht hätte man aber die Besonderheit mit in die Bewertung einfließen lassen müssen, dass mit Trump ein ehemaliger Amtsinhaber als Gegenkandidat antrat. Der Schlüssel wäre vielleicht nicht nur für die regierende Partei verloren gegangen, sondern wäre sogar doppelt für die Republikaner zu werten.

Etwas vorsichtig ist Lichtman bei der Bewertung der außenpolitischen Situation. In Gaza schien es aus seiner Sicht einen Misserfolg zu geben, die Verteidigung der Ukraine wertete er hingegen als Erfolg. Aber selbst, wenn man hier zwei Schlüssel verloren sah, weil man die Außenpolitik durchweg negativ bewertet, wären maximal fünf Schlüssel nicht mehr in der Hand der Regierungspartei. Das Weiße Haus hätte dann verteidigt werden müssen.

Die Einschätzung der Außenpolitik in ihrer positiven Bewertung erscheint tatsächlich fraglich. Der Abzug aus Afghanistan war notwendig, aber in der Durchführung ein Fiasko. Der Schaden, den das amerikanische Abschreckungspotential dadurch nahm, war so groß, dass sowohl Russland wie die Hamas einen Angriff auf die Ukraine bzw. Israel für aussichtsreich erachteten. Kein laufender Krieg wurde von der US-Administration oder ihren Verbündeten gewonnen. Die außenpolitischen Schlüssel wären zwar tatsächlich verloren, aber noch nicht das Weiße Haus. Denn dadurch wären erst fünf Fragen negativ beantwortet gewesen und die Kandidatin der regierenden Demokraten doch die neue Präsidentin geworden.

Sichere und unsichere Schlüssel

Einige der weiteren Schlüssel waren auch auf den zweiten kritischen Blick sicher in der Hand der Demokratin. Die wirtschaftliche Stimmung war inflationsbedingt schlecht, aber die Daten, auf die Lichtman sich stützte, gaben ihm recht. Wenn es nicht an der Stimmung, sondern an der

Statistik liegt, dann blieben die beiden Schlüssel sicher in der Hand der Demokraten. Der klimapolitische Inflation Reduction Act war ein signifikanter Politikwechsel. Die Kandidatur von Robert F. Kennedy Jr. war nicht besonders aussichtsreich und er zog sich zurück. Damit gab es auch keinen starken dritten Kandidaten. Vier Schlüssel wären damit unstrittig in der Hand der Demokratin Harris verblieben. Vielleicht muss man aber auch hier ein kleines Fragezeichen einfügen, da sich Kennedy in die Kampagne von Trump integrieren ließ.

Bei den weiteren Schlüsseln schienen aber die großen Fragezeichen deutlich vor der Wahl auf [Barbato 2024]. Soziale Unruhen blieben während der Präsidentschaft von Joe Biden unter der Signifikanzschwelle. Aber hier zeigt sich doch eine erste große Schwierigkeit, ein klares Urteil zu fällen. Bidens Erklärung zum Wahlsieger war von der Erstürmung des Kapitols durch Trump-Sympathisanten überschattet. Der 6. Januar 2021 ging als ein historisches Datum sozialer Unruhen in die amerikanische Geschichte ein. Gerichtsurteile gegen die Beteiligten begleiteten die Amtszeit. Dass dieser Anfang von Bidens Präsidentschaft gar nicht in die Wertung einfluss, hinterlässt zumindest eine Unsicherheit, auch wenn die Unruhen nicht direkt in seine Amtszeit fielen.

Sieben Schlüssel gegen Biden?

Noch spannender als am Beginn der Amtszeit von Joe Biden wird es bei der Bewertung ihres Endes. Kein Präsident schied so kurzfristig aus dem Rennen um eine zweite Amtszeit aus. Drei Schlüssel könnten davon betroffen sein. Der Grund für seinen Rücktritt von der Kandidatur lag in offensichtlichen physischen und mentalen Alterserscheinungen, die seine Amtszeit schon länger skandalös überschatteten. Lange verhielt sich Biden diesen Vorhaltungen gegenüber uneinsichtig, blieb im Amt und betrieb hartnäckig seine Kandidatur. Skandalisiert wurde dieses Verhalten schon bevor er seine Kandidatur bekannt gab. Mit dem Coup seines Rückzugs nach einem Covidwochenende am 21. Juli 2024 lief alles ganz schnell auf Vizepräsidentin Kamala Harris zu, die zuvor noch als zu blass galt, um sich als Alternative aufzudrängen. Biden änderte seine Haltung und unterstützte seitdem Harris. Aber lag hier nicht doch ein Skandal seiner Amtszeit vor? Damit wäre nach Lichtman der sechste Schlüssel verloren und Trump wieder im Weißen Haus.

Trump ist sicher kein nationaler Held oder jenseits seines engen Anhängerkreises eine unbestrittene charismatische Führungspersönlichkeit. Den Schlüssel hinsichtlich eines charismatischen Herausforderers sollten die Demokraten also behalten haben. Aber es gab da doch diesen einen Moment, das Attentat vom 13. Juli 2024. Hier entstanden ikonographische Bilder von Donald Trump in Heldenpose, deren Eindruck im Gegensatz zur Gebrechlichkeit von Joe Biden so stark waren, dass Biden sich keine zehn Tage später zum Verzicht auf seine Kandidatur durchrang. Der Wahlsieg schien für Trump in dieser kurzen Zeitspanne zwischen dem Attentat auf ihn und dem Rücktritt Bidens von seiner Kandidatur sicher. Allerdings machte der Augenblick noch keinen unbestrittenen Helden aus Trump. Der schnelle Wechsel hat den charismatischen Moment zügig überspielt. Der Schlüssel blieb in der Hand der Demokraten. Doch der ikonische Augenblick unterstrich doch die Tragweite des skandalösen Festhaltens eines vom Alter gezeichneten Mannes an

seiner Kandidatur. Charismatischer Moment und skandalöser Altersstarrsinn müssten in Lichtmans Matrix eine Berücksichtigung finden und zumindest etwas ausschlagen.

Diese Faktorenkombination hatte schließlich noch einen signifikanten Einfluss auf einen weiteren Schlüssel. Durch den späten Wechsel von Amtsinhaber zur Vizepräsidentin als Kandidatin fiel das große Schaulaufen der Primaries aus. Harris konnte sich die Kandidatur durch das kurzfristige Überraschungsmoment ohne Herausforderer sichern. Die Partei schloss sich ganz schnell hinter ihre Kandidatur zusammen. Lichtman wertet deswegen diesen Schlüssel als nicht verloren. Doch genau genommen fällt diese ungewöhnliche Bestimmung einer Nachfolgekandidatin völlig aus dem Rahmen des historischen Musters. Die Partei steht nicht hinter Harris, weil alle Gegenkandidaten in den Vorwahlen keine Chance gegen sie hatten, sondern weil eine zuvor als relativ schwach angesehene Vizepräsidentin die Gunst der Stunde für sich zu nutzen verstand. Die Demokraten haben diesen Schlüssel nicht verloren. Aber vielleicht ist die Situation so ungewöhnlich, dass dieses Mal der Schlüssel schlicht nicht passt? Es gäbe bei diesen Wahlen dann keine dreizehn, sondern nur zwölf Schlüssel. Im Nachhinein räumte Lichtman diesen Punkt ein [Lichtman 2024b].

Wenn man die Außenpolitik der Biden-Administration kritisch sieht, dann wären fünf sicher verloren; Lichtman ging hier noch mit. Der Kipppunkt ist erst mit einem weiteren verlorenen Schlüssel erreicht. Der sechste Schlüssel könnte bereits am 6. Januar 2021 verloren gegangen sein. Außerdem lassen sich Altersschwäche und -starrsinn auch deswegen als Skandal werten, weil sie so augenfällig waren, dass man dem Präsidenten unter dem Eindruck des charismatischen Moments von Trump in der Reaktion auf das Attentat vom 13. Juli 2024 schließlich am 21. Juli 2024 den Rückzug von der Kandidatur nahelegen konnte. Diese Gemengelage sprach für den Verlust eines Schlüssels. Am

Anfang und am Ende der Amtszeit wären zwei Schlüssel verloren gegangen. Damit waren nicht nur fünf, sondern vielleicht sogar sieben Schlüssel verloren. Der Wahlsieg Donald Trump hätte auf dieser Basis mit Lichtmans Methode vorhergesagt werden können.

Lichtmans geniales Analyseraster hat einen Interpretationsspielraum. Das Urteilsvermögen ist besonders dann gefragt, wenn die Komplexität der Situation steigt. Auch in der sehr unübersichtlichen und außergewöhnlichen Situation von 2024 lieferten Lichtmans dreizehn Schlüssel hervorragende Anhaltspunkte. Statt nach der Fehlprognose von 2024 das Modell aufzugeben, sollte es beim nächsten Mal nur nuancierter interpretiert werden.

Literatur

Barbato, Mariano. 2024. Gewinnt tatsächlich Kamala Harris oder doch Donald Trump die Präsidentschaftswahlen? Allan Lichtmans Prognose revisited. AUB [Online]. Verfügbar unter: <https://www.andrassyuni.eu/nachrichten/gewinnt-tatsachlich-kamala-harris-oder-doch-donald-trump>

Lichtman, Alan und Vladimi Keilis-Borok. 1981. Pattern Recognition Applied to Presidential Elections in the United States, 1860-1980: The Role of Integral Social, Economic, and Political Traits. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 78(11), pp.7230-7234.

Lichtman, Alan. 2020. *Predicting the Next President: The Keys to the White House 2020*. Lanham: Rowman & Littlefield.

Lichtman, Alan. 2024a. *Lichtman's 2024 Presidential Prediction / Lichtman Live #72* [Online]. Verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=okYUg_Dx1iU

Lichtmann, Alan. 2024b. What... Happened... | Lichtman Live #87 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Wu0kzSI9ySo>

18. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium im Rahmen der Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol an der EURAC Research in Bozen

Ellen BOS 

Am 26. und 27. November 2024 fand das 18. Interdisziplinäre Doktorandenkolloquium an der Andrassy Universität statt. Das Rahmenthema des Kolloquiums lautete aus aktuellem Anlass „Superwahljahr 2024“.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten der Rektor der AUB, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, sowie Dr. Georg Grote von der Freien Universität Bozen und die Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der AUB, Prof. Dr. Ellen Bos, die Teilnehmenden.

Zum Rahmenthema gab es drei Impulsvorträge, die sich mit den Ergebnissen und Folgen der Präsidentschaftswahlen in den USA, den Nationalratswahlen in Österreich und drei Landtagswahlen in Deutschland auseinandersetzten. Mariano Barbato [AUB] erläuterte die Gründe für den so nicht erwarteten Sieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA am 5. November 2024. Er ging dabei vom bekannten [Prognosemodell von Allan Lichtman](#) aus, das auf 13 soge-

nannten „Schlüsseln zum Weißen Haus“ basiert. Anders als Lichtman, der einen Wahlsieg Kamala Harris prognostizierte, zeigte Mariano Barbato auf, dass dies aufgrund des Modells keinesfalls klar war. Weiter gab er einen Überblick über die seit der Wahl von Trump angekündigten umstrittenen Personalentscheidungen für zentrale Positionen in der Regierung und Regierungsbehörden. Christina Griessler [netPOL, AUB] setzte sich in ihrem Impulsvortrag mit den Schwierigkeiten der Regierungsbildung nach den Nationalratswahlen in Österreich am 29. September 2024 auseinander, aus der die FPÖ unter Führung von Herbert Kickl als klarer Sieger hervorgegangen war. Sie zeigte auf, dass eine Koalition aus ÖVP, SPÖ und Neos zurzeit das wahrscheinlichste Ergebnis sein werde. Auf diese Weise würde eine Regierung unter einem Kanzler Kickl verhindert werden. Ellen Bos [AUB] diskutierte die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September 2024, die in allen drei Bundesländern zu einem Erstarben der Alternative für Deutschland (AfD) geführt haben. Sie erläuterte die Unterschiede in den Ausgangsbedingungen und den sich abzeichnenden Regierungsbildungen in den drei Bundesländern und reflektierte auch die bundespolitischen Auswirkungen der Wahlergebnisse, die eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik bedeuteten. Zum ersten Mal sei eine rechtsextreme Partei stärkste Kraft in einem Parlament geworden und in drei Parlamenten verfüge sie über eine Sperrminorität von einem Drittel der Sitze. Außerdem seien in allen drei Bundesländern Koalitionen aus zwei Parteien ohne die AfD oder das neue „Bündnis SahraWagenknecht“ nicht mehr möglich. Aus aktuellem Anlass gab es einen weiteren Impulsvortrag von András Hettyey [AUB], der eine vorläufige Bilanz der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft zog. Diese fiel gemischt aus. Einerseits sei die Präsidentschaft auf technischer und administrativer Ebene, auf der die laufenden Themen der EU bearbeitet werden, professionell und erfolgreich abgewickelt worden. Andererseits sei die Präsidentschaft von negativen Schlagzeilen und einem insgesamt schlechten Presseecho begleitet worden. So hätten die Konflikte zwischen den Positionen der ungarischen Regierung und den EU-weiten Vorstellungen zu Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Migration, wirtschaftlichen Fragen und der Politik gegenüber Russland und der Ukraine die Diskurse geprägt.

Wie immer hatten die DoktorandInnen die Gelegenheit, im traditionellen Ph.D.-Workshop ihre Promotionsprojekte zur Diskussion zu stellen. Diesmal nahmen zehn DoktorandInnen der AUB und drei DoktorandInnen der EURAC Research diese Gelegenheit wahr. Es wurden

so unterschiedliche Themen behandelt wie „Die Bedeutung ungarischer Filmschaffender in Hollywood“, „Das weibliche Selbstbild und Selbstbemächtigungsstrategien in der Wiener Haute volée der Jahrhundertwende“, „Digitalisierung von Verkehrsinfrastrukturprojekten des öffentlichen Sektors in Deutschland“, „Eine Unternehmensperspektive auf die Rolle von sozialen Medien im Rekrutierungsprozess von kleinen und mittleren Unternehmen“, „Die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung“, „Die Entwicklung der Rolle von Mikrostaaten und ihrer Mechanismen zur Umsetzung ihrer Interessen in internationalen Organisationen“, „Politische Partizipation von Migrant*innen in ländlichen Gebieten: Lokale Einflussfaktoren in Italien“, „Möglichkeiten und Hindernisse für die politische Partizipation von Romanja und Sintizze in Kroatien, Italien und Schweden“, „Geschichten der Ermächtigung: Politische Bildung und partizipative Demokratieansätze“, „Urban-rural linkages, spatial planning and the city-region“, „Innovation im Tourismus: Die Schaffung eines lokalen Netzwerks zur Steigerung der Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen“ und „Fervent Europeans or Orbán’s children? Youth EU attitudes across Hungary’s peripheries“.

Der dritte inhaltliche Schwerpunkt des IDK war ein Soft Skill Workshop zum Thema „KI und ihre Anwendung im Forschungsprozess“, der von Uwe Lennart [EURAC] geleitet wurde. Damit wurde ein sehr aktuelles und für alle WissenschaftlerInnen relevantes Thema aufgegriffen.

Das nächste IDK wird im Mai 2025 an der EURAC in Bozen stattfinden.

eurac
research

— Freie Universität Bozen
unibz Libera Università di Bolzano
— Università Ljedia de Bulsan

Demokratie am Scheideweg?

USA vor den
Präsidentschaftswahlen

Necati NARAN
Robert KLINKE



Cathryn Clüver Ashbrook, M.A. mult.,
spricht über eine Live-Videoübertragung
zum Publikum

Copyright: © AUB / Vivien Neder

Reges Interesse beim Talk
mit deutsch-amerikanischen Fachkundigen



Botschafter Dr. Robert Klinke im Gespräch mit Prof.
Dr. Thomas Zimmer, live zugeschaltet aus Georgetown

Harvard), Senior Advisor der Bertelsmann Stiftung, und der Historiker Prof. Dr. Thomas Zimmer (Georgetown) über Herausforderungen und Konsequenzen in zentralen Politikbereichen bei einer möglichen Harris- oder Trump-Administration.

In seiner Begrüßung unterstrich Klinke, es gelte, die Entscheidung der US-Wählerschaft am 5. November zu respektieren. Ashbrook betonte die Bedeutung der Wahlen als Richtungs-wahl. Mit den fundamental unterschiedlichen Vorstellungen beider Kandidierender über die Zukunft der USA verbänden sich verfassungsrechtliche Grundfragen. Während Harris für den Erhalt der amerikanischen Demokratie stehe, bedrohe Trump die Gewaltenteilung, Pressefreiheit und den friedlichen Machtwechsel. Als ein Ergebnis von Desinformation und ausländischer Einflussnahme erachteten ein Drittel der Amerikaner politische Gewalt unter gewissen Umständen gar als legitim. Zimmer hob seinerseits ab auf Verbindungen der amerikanischen Rechtsextremen zu der Wahlkampagne Trumps. Zwar würden die USA nicht über Nacht zu einer Diktatur, Umgestaltungspläne jedoch lägen auf dem Tisch. Anders als noch zur ersten Amtszeit Trumps sei die amerikanische Rechte heute auf einen Machtwechsel gut vorbereitet. Das US-Verfassungsgericht sei mit einer 6-3-Mehrheit von Trump-nahen Richtern besetzt. Die Heritage Foundation habe mit ihrem Strategiepapier *Project 2025* eine ernst zu nehmende Wunschliste für einen radikalen Umbau des politischen Systems vorgelegt. Hauptziel der Trump unterstützenden antipluralistischen Kräfte sei der Erhalt von white supremacy in einer sich rasant verändernden Gesellschaft. Beide Vortragende waren sich einig, dass sowohl unter Harris wie Trump die Sicherheits- und Handelsbeziehungen zu den Europäern im Lichte der wirtschaftlichen und innenpolitischen Interessen der USA neu bewertet würden. Ebenso seien beide gewillt, sich den von China ausgehenden Herausforderungen zu stellen. In jedem Fall werde Europa politisch, wirtschaftlich und finanziell gefordert und deutlich mehr in eigene Sicherheit investieren müssen.

Die anschließende lebhafte Diskussion setzten die zahlreichen Teilnehmenden bei einem Ausklang in der Uni-Cafeteria weiter fort.

„Die Amerikanerinnen und Amerikaner haben gewählt. Europa und die Vereinigten Staaten bleiben engste Partner und Verbündete.

Die transatlantische Freundschaft ist nicht festgelegt auf eine politische Partei. Dass nun Anpassungen und Veränderungen nach Innen und Außen zu erwarten sind, entspricht dem Wesen von Demokratie.“

Nachwort von Botschafter Dr. Klinke zu den US-Wahlen 2024

Prof. Dr. Walter Grünzweig



PORTRÄT

Open Your Mind

Ein Interview mit Botschafter
Dr. Robert Klinke über
die Herausforderungen
und Chancen der Diplomatie
in einer globalisierten Welt

Robert KLINKE 
Natalija GRAČEVA

■ Sie weisen eine beeindruckende diplomatische Karriere auf, unter anderem als Botschafter in diversen Funktionen. Was hat Sie ursprünglich dazu bewogen, den Weg der Diplomatie einzuschlagen?

Schon früh wusste ich, dass ich etwas Internationales machen wollte. Ich liebe Geographie, Geschichte, Sprachen, Politik, Kultur sowie den Umgang mit Menschen. Nach dem Studium von Rechts- und einigen Semestern Islamwissenschaften habe ich im Referendariat dann ausprobiert, wie sich das beruflich anfühlen könnte. Erste Erfahrungen hatte ich bei meinem Studium in der Schweiz, in Frankreich und Belgien sammeln dürfen. Ich machte eine Verwaltungsstation bei der Europäischen Kommission, absolvierte eine Wahlstation in der Rechtsabteilung der Vereinten Nationen in Genf, eine andere in der Wirtschaftsabteilung der Deutschen Botschaft in Washington. Von dort habe ich mich dann für das Auswärtige Amt beworben. Und zu meiner großen Freude: Es klappte! Das war genau das Richtige. Mich interessieren so viele Dinge. Und offen gesagt, ist in meinem Beruf bis heute keine Langeweile aufgekommen.

■ Gibt es besondere Momente oder Herausforderungen aus Ihrer diplomatischen Laufbahn, die Sie nachhaltig geprägt haben?

Es hat immer wieder Situationen gegeben, von denen ich vorher nicht einmal wusste, dass es sie überhaupt gibt. Das Entscheidende für mich besteht jedoch darin, meinem Land und den deutschen Interessen in der Welt zu dienen, die Beziehungen zum Gastland zu pflegen und, das klingt jetzt vielleicht ein wenig idealistisch, die Welt ein bisschen besser zu machen. Das sind die wichtigsten Funktionen, die jede und jeder Einzelne mit Einsatz und Persönlichkeit jeweils unterschiedlich ausfüllt. Dies erfordert Arbeit, Flexibilität und Disziplin. Das Tolle aber ist: Bei allem Eingebundensein kommt es immer wieder auf Ihre Ideen und Ihren Gestaltungswillen an. Nichts ist befriedigender, als etwas nach vorne bringen zu können, einen sinnvollen, im besten Falle nachhaltigen Beitrag zu leisten und andere dabei

mitzunehmen, überhaupt, Menschen zusammenzubringen. Ich habe viel im Bereich strategisches Management arbeiten dürfen. Zugleich habe ich jenseits der Komfortzone schon früh gelernt, was Krieg bedeutet. Ich habe gelernt, was Hunger ist, was unbedingter Freiheitswille und welchen unschätzbaren Wert Demokratie in sich birgt. Das hat mich demütig gemacht, und gleichzeitig hat es mich wachsen lassen.

■ Was hat Sie dazu motiviert, Ihre Erfahrungen nun in einer akademischen Umgebung weiterzugeben?

Das Angebot, als Dozent an die Andrassy Uni nach Budapest zu gehen, war eine große Ehre und wieder etwas ganz Anderes. Ich bin dem Vorschlag gerne gefolgt – nicht nur, weil ich Budapest von früheren Reisen als eine tolle Stadt in Erinnerung hatte. Mich reizte diese neue, andere und für einen aktiven Diplomaten eher untypische Verwendung.

In meiner bisherigen Laufbahn habe ich Einiges auf den Weg bringen und noch mehr erleben dürfen. Bei all dem haben mich viele Menschen mit Rat und Tat unterstützt und zum Gelingen beigetragen. Jetzt heißt es für mich, Danke zu sagen, etwas zurück- und vor allem jungen Menschen weiterzugeben, die sich nun anschicken, künftig zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen. Aber verlassen Sie sich darauf, ich tue das nur, wenn ich gefragt werde. Nichts ist schlimmer als ungefragter Rat sowie alte Geschichten, die niemanden interessieren. Dafür wäre ich wirklich fehl am Platz.

■ Wie möchten Sie die Studierenden der Andrassy Universität auf die Herausforderungen der internationalen Diplomatie vorbereiten?

Ich bin überzeugt, die beste Eigenschaft, die bei einem Diplomaten oder einer Diplomatin vorauszusetzen ist, lautet: Open your mind. Und vergessen Sie die Empathie nicht. Dazu gehören außerdem der reflektierte Umgang mit Sprache, Fremdsprachen, eine schnelle Auffassungsgabe, Urteilskraft sowie strategische und analytische Fähigkeiten. Hinzu kommen, wie ich finde, gute Manieren, außerdem Belastbarkeit, Organisationsvermögen, Flexibilität und Humor. All das ist durchaus auch in der universitären Ausbildung von Bedeutung – nur trägt es dort eine akademische Überschrift.

■ **Ihr Schwerpunkt an der Universität liegt auf Diplomatie und internationalen Beziehungen. Welche besonderen Themen möchten Sie in Ihren Lehrveranstaltungen hervorheben?**

Diplomatie und internationale Beziehungen sind so vielschichtig wie unsere Welt und die Aussichten auf morgen. Die Aufgabenstellung an der Uni geht nach meinem Dafürhalten weit über Staatskunst klassischer Prägung hinaus, schließt supra- und internationale Organisationen ohnehin längst ein. In der Diplomatie zählt auch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu den zentralen Anforderungen. Energie-, Klima-, Kultur-, Wissenschafts- und Genderdiplomatie sind heute ebenso unverzichtbar wie Städte- und Weltraumdiplomatie. In der globalisierten Mediengesellschaft gehört die Public Diplomacy mittlerweile zu den bedeutendsten Aufgabenfeldern.

Meine neue Veranstaltungsreihe „Querschnittsfragen der Außenpolitik“ will genau diese Themenbreite aufgreifen und in den Diskurs mit den Studierenden und einer interessierten Öffentlichkeit tragen. Es soll um grundsätzliche wie aktuelle Fragestellungen gehen, die allesamt zu dem Rüstzeug all derer gehören, die sich für internationale Materien interessieren und begeistern.

■ **Sie haben sich intensiv mit Themen wie der Bekämpfung von Antisemitismus und Antiziganismus beschäftigt. Wie wichtig sind diese Themen für die internationale Zusammenarbeit, und wie können junge Akademiker dazu beitragen?**

Dem Menschenhass und der Menschenverachtung keinen Raum zu geben, ist eine bedeutsame Aufgabe von Außenpolitik. Dies gilt für mich als deutschen Diplomaten nicht allein, wohl aber erst recht wegen der dunkelsten Kapitel der deutschen Vergangenheit und der besonderen Verantwortung, die aus dem Menschheitsverbrechen und Zivilisationsbruch des Holocaust unausweichlich erwächst. Politisch ist es ein zusätzlicher Antrieb, unmissverständlich für De-



Copyright: © Josip Niković

mokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten und sie zu leben. Auch als junger deutscher beziehungsweise europäischer Studierender kann ich mich der Auseinandersetzung mit Shoah und Porajmos nicht entziehen. In internationalen Begegnungen, seien sie beruflich oder privat, wird es stets den Punkt geben, an dem ich auch persönlich Stellung beziehen muss. Ganz sicher sind gerade auch Akademikerinnen und Akademiker gefordert, Haltung sowie Zivilcourage zu zeigen, und dies innerhalb wie außerhalb der Uni. Nicht wegschauen bei Leugnung und Relativierung des Holocaust, bei Judenhass oder Diskriminierung von Sinti und Roma! Darauf kommt es an. Umso mehr freue ich mich auf die Awareness-Woche, die die Studierenden im März 2025 organisieren wollen.

■ **Welche Rolle spielt die multilaterale Diplomatie in einer zunehmend polarisierten Welt, und wie können Hochschulen wie die Andrassy Universität dazu beitragen, den Dialog zu fördern?**

Multilateralismus ist angesichts struktureller Gegebenheiten wie nationalstaatliche Souveränität, Multipolarität und Machtdiffusion eine geradezu unerlässliche Form der internationalen Diplomatie. Damit verbindet sich die Frage, welche Prinzipien, Werte und Organisationen die internationale Ordnung bestim-

men und damit die internationale Politik prägen sollen. Wir sind nach meiner Auffassung gut beraten, weiter auf das Primat des Völkerrechts zu setzen und für eine regelbasierte internationale Ordnung zu arbeiten.

Internationale Zusammenarbeit ist für die Wissenschaft geradezu konstitutiv. Der Andrassy Universität kommt dabei eine noch weit darüber hinausgehende Rolle zu. Denn sie ermöglicht den Austausch zwischen den Ländern auch dort, wo der politische Dialog bisweilen nur schwer zu führen scheint.

■ **Gibt es Persönlichkeiten oder Ereignisse, die Sie in Ihrer Karriere besonders inspiriert haben?**

Es wäre fast leicht, eine ganze Reihe von aktuellen und früheren Entscheider*innen und Persönlichkeiten aus der ganzen Welt zu nennen, mit denen ich aus der Nähe zu tun haben durfte, die mich auf die eine oder andere Weise wirklich beeindruckt und mir etwas mitgegeben haben.

Das prägendste politische Ereignis in meinem Leben war sicher die deutsche Wiedervereinigung – ich gehöre dem ersten gesamtdeutschen Jahrgang im Auswärtigen Amt an.

Besonderer Ansporn aber entstand für mich auf jedem Posten immer wieder gerade auch aus der Begegnung mit Menschen, die gar nicht so im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit standen. Nehmen wir Afghanistan: Die Kinder und Jugendlichen, die Kulturtage in Masar-e Sharif mit Dichterlesung von Goethe und Rumi und einem Karneval auf offener Straße feierten. Ich vergesse nicht die unbändige Lebensfreude marginalisierter Schüler verschiedener ethnischer Gruppen, Schülerinnen, die im Schutze der Schulmauern das Tuch ablegten und sich halsbrecherisch im Skaten übten. Oder die aufgeweckten, hoffnungsvollen Studierenden der IT-Fakultät der Universität Masar, die nach dem Curriculum der TU Berlin ausgebildet wurden. 49% übrigens Frauen, das gab es selbst in Deutschland nicht. Es schmerzt mich, wenn ich heute an Afghanistan und seine Menschen denke. Und doch wird diese Saat eines Tages aufgehen. Menschen lassen sich auf Dauer nicht bevormunden.

■ **Welche Ziele haben Sie sich für Ihre Zeit an der Andrassy Universität gesetzt?**

Wenn man sich richtig ins Zeug legt, ist die Andrassy Uni und ihr qualifiziertes Studienangebot ein toller Baustein, um sich auf eine internationale Tätigkeit vorzubereiten, ob in einem nationalen Dienst, bei der EU, einer internationalen Organisation, einem Think Tank oder einer NGO, einem transnationalen Unternehmen und mehr. Mein Ziel ist es, die notwendige Theorie bei einer soliden Ausbildung mit Praxisbezug anzureichern und bereits im Studium auch praktische Fähigkeiten zu fördern, z.B. durch das Angebot von Medientraining und Public Speaking. Vor allem aber möchte ich den Studierenden die Mentalität und Flexibilität näherbringen, die sie brauchen, um in einem diplomatischen Beruf erfolgreich zu sein.

■ **Inwiefern sehen Sie Bildung als Schlüssel zur Förderung des internationalen Dialogs und zur Verständigung?**

Natürlich ist Bildung der Schlüssel zu gegenseitiger Verständigung, zu Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. Das

gilt national wie international. Bildung ist darüber hinaus auch grundlegend für Transformation und Nachhaltigkeit.

■ **Welche Ratschläge geben Sie jungen Menschen, die eine Karriere in der Diplomatie oder internationalen Beziehungen anstreben?**

Mein Rat wäre: Haben Sie Mut und Zuversicht. Stellen Sie sich dem Gemeinwohl und dem Interesse Ihres Dienstes. Achten Sie auf Ihr Zusammenspiel im Team und seien Sie genauso in der Lage, Verantwortung und Personalführung zu übernehmen. Und vergessen Sie nie: Die Aufgaben sind vielfältig. Heißt übersetzt: Packen Sie an. Seien Sie bereit für die Extrameile.

■ **Neben Ihrer beruflichen Tätigkeit: Welche Hobbys oder Interessen verfolgen Sie, um einen Ausgleich zu Ihrem beruflichen Engagement zu finden?**

Zu meinen großen Hobbies gehört die Botanik. Ich wollte sogar einmal Landschaftsplaner werden oder Landwirtschaft mit Schwerpunkt Pflanzenbau studieren. De facto wurde ich bei jeder meiner Auslandsverwendungen sozusagen auch zum Botanikbeauftragten erkoren (wenn es einen solchen überhaupt gibt). Ich denke gerne an meine Juryteilnahme an der Rosenauszeichnung in Westflandern oder die Zusammenarbeit mit einem österreichischen Gärtner bei der Rehabilitation des von Burle Marx angelegten Gartens der Deutschen Botschaft im UNESCO-gelisteten Brasília. Überall, wo ich gelebt habe, fing ich irgendwann an, den Garten umzugestalten, ihn neu anzulegen oder zu erweitern – oft in Zusammenarbeit mit örtlichen botanischen Gärten und anderen Pflanzenliebhaber*innen. Körperliche Betätigung, mit den Händen zu arbeiten und etwas Lebendiges zu gestalten, ist für mich ein wertvoller Ausgleich.

■ **Gibt es kulturelle oder historische Aspekte, die Sie an Budapest und der Region besonders faszinieren?**

In Budapest führte einer meiner ersten Wege direkt in den Botanischen Garten mit ihrem Arboretum. Überhaupt mag ich die Stadt, ihre Lebendigkeit und die Großzügigkeit ihrer Anlagen. Ich entdecke jeden Tag etwas Neues aus ihrer spannenden Geschichte und pulsierenden Gegenwart. Budapest ist ein wirklich er-/lebenswerter Ort in Europa. Und die Warmherzigkeit der Menschen, wenn man etwa in Etyek/Edeck beim Wein mit Blick in eine wunderbare Landschaft sitzt, beschert auch außerhalb der großen Stadt absolute Wohlfühlmomente.

SEMESTERRÜCKBLICK [WISE 2024/25]

Die deutsche Minderheit in Ungarn: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft

Eine Exkursion nach Pécs

Patrick René HAASLER

Heinrich KREFT

Pécs, die fünftgrößte Stadt Ungarns, ist ein wichtiges Zentrum der deutschen Sprache und Kultur. Als Heimat der Donauschwaben und Sitz einer Universität mit deutschsprachigen Studiengängen spielt die Stadt eine bedeutende Rolle für die deutsche Minderheit in Ungarn. Der historische deutsche Name „Fünfkirchen“ zeugt von der langen Verbindung zur deutschen Sprache und Tradition.

In diesem Semester organisierte der Lehrstuhl für Diplomatie II unter der Leitung von Dr. Heinrich Kreft eine dreitägige Exkursion nach Pécs mit den Schwerpunkten Geschichte und Kultur, deutsche und andere ethnische Minderheiten sowie ungarische Minderheitenpolitik.

Pécs – Zentrum der deutschen Minderheit in Ungarn

Pécs ist ein Zentrum für verschiedene ethnische Minderheiten, darunter die Donauschwaben, eine deutschsprachige Gemeinschaft, die seit Jahrhunderten in der Region ansässig ist. Diese haben auch das Stadtbild mitgeprägt, so der Stadtführer Johann Habel, der uns im Rahmen eines historisch-kulturellen Spaziergangs die Siedlungsgeschichte der Stadt erläuterte. Besonders beeindruckend war dabei der Besuch der ehemaligen Moschee von Pascha Quassim Ghazi, heute Kirche der Jungfrau Maria, ein beeindruckendes Beispiel osmanischer Architektur, das die wechselvolle Geschichte der Stadt widerspiegelt, und die große Synagoge.

Konferenz: Die deutsche Minderheit in Ungarn

Am zweiten Tag der Exkursion stand die Konferenz an der Universität Pécs auf dem Programm.

Mitveranstalterin war Frau Professor Dr. Szuszana Gerner, Inhaberin des Germanistik-Lehrstuhls der Universität und zugleich Honorarkonsulin der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Eröffnung der Konferenz durch Botschafter Kreft standen Vorträge von Frau Professor Dr. Gerner, Frau Ibolya Hock-Englender, Vorsitzende der Nationalen Selbstverwaltung der Ungarndeutschen und Herrn Dr. Ferenc Eiler vom Institut für Minderheitenstudien der Ungarischen Akademie der Wissenschaften auf dem Programm.

In seinem Vortrag „Ungarns Nationalitätenpolitik und die deutsche Minderheit in Ungarn 1945–1989“ stellte Dr. Eiler die Geschichte der deutschen Minderheit und ihre Rechte in Ungarn dar. Als Forscher am Institut für Minderheitenstudien ist Dr. Eiler Experte für Fragen der ethnischen und nationalen Minderheiten in Ungarn und der umliegenden Region. In seinem Vortrag legte er den Schwerpunkt auf die kulturelle und politische Entwicklung der deutschen und anderen Minderheiten in der Region. Er unterteilte die Bevölkerung Ungarns in Sprachgruppen nach ihrer jeweiligen Muttersprache, und stellte die Entwicklung der ungarischen Nationalitätenpolitik im historischen Zeitablauf dar.

Anschließend thematisierte Frau Ibolya Hock-Englender die „Situation und Organisation der deutschen Minderheit in Ungarn“ und stellte den aktuellen Status quo der deutschsprachigen Minderheit in Ungarn vor. Die deutsche Minderheit in Ungarn, auch „Ungarndeutsche“ genannt, sei nach den Roma die zweitgrößte Minderheitengruppe des Landes. Bei der Volkszählung 2011 hätten 132.000 Menschen angegeben, Deutsche zu sein. Schätzungen, die auch assimilierte „Ungarndeutsche“ einbezogen, bezifferten die Anzahl gar auf über 200.000. Die rechtliche Grundlage für die Organisation der deutschen Minderheit bilde das 2011 verabschiedete Nationalitätengesetz, dass das frühere Minderheitengesetz von 1993 ersetzt habe. Dieses Gesetz habe die Einrichtung von Minderheitenselbstverwaltungen ermöglicht. Die Nationale Selbstverwaltung der deutschen Minderheit in Ungarn [LdU] fungiere als Dachorganisation für 423 lokale Selbstverwaltungsorgane auf kommunaler Ebene und 12 auf regionaler Ebene. Die deutsche Minderheit habe im politischen Bereich beachtliche Erfolge erzielen können. Bei den Parlamentswahlen 2018 habe die LdU-Liste erstmals ein Parlamentsmandat erringen können. Mit Emmerich Ritter sei zum ersten Mal ein Vertreter der „Ungarndeut-



TeilnehmerInnen mit Prof. Gerner, Frau Hock-Englender und Dr. Kreft vor der Universität Pécs

Copyright: ©Dercks

schen“ ins Parlament gewählt worden. Die deutsche Minderheit verfüge auch über ein gut ausgebautes Bildungssystem. So gebe es 278 Kindergärten, 291 Grundschulen (davon 29 zweisprachige), 19 Gymnasien (davon 11 zweisprachige) und die einzige deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraums, nämlich unsere Andrássy-Gyula-Universität in Budapest.

Anschließend hielt Professor Dr. Gerner einen Vortrag zum Thema „Sprache und Identität am Beispiel der deutschen Minderheit in Ungarn“. Die Identität der „Ungarndeutschen“ und ihre Sprache seien tief in der Geschichte und Kultur Ungarns verwurzelt und spielten eine bedeutende Rolle im sozialen und kulturellen Gefüge des Landes. Die „Ungarndeutschen“ stammen hauptsächlich aus Südwestdeutschland und seien im 18. Jahrhundert ins Land geholt worden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Sie hätten sich hauptsächlich in Transdanubien und im Ofener-Gebirge niedergelassen. Trotz Assimilation hätten sie ihre kulturelle Identität und ihre Traditionen über die Jahrhunderte bewahrt. Bei der Volkszählung von 2011 hätten sich 185.696 Bewohner des Landes als Deutsche identifiziert, wobei die tatsächliche Zahl aufgrund von Assimilation und doppelter Identität höher geschätzt werden müsse. Die deutsche Sprache spiele eine zentrale Rolle für die Identität der Ungarndeutschen. Viele sprächen neben Ungarisch nach wie vor auch Deutsch, wobei die Erhaltung der Sprache durch ein gut ausgebautes Bildungssystem unterstützt werde. Trotz der positiven Entwicklungen sähen sich die Ungarndeutschen aber auch großen Herausforderungen gegenüber wie wachsenden Assimilationsdruck und einem schleichenden Verlust der Muttersprache. Dennoch sei eine zunehmende Bereitschaft zu beobachten, die deutsche Identität zu bewahren und diese auch offen zu bekennen, wie die steigenden Zahlen bei Volkszählungen zeigten.

Die Konferenz endete mit einer Abschlussdiskussion, gefolgt von einem Abendessen mit Vertretern der Stadt Pécs und der deutschen Minderheit im Café Paulus.

Empfang im Rathaus von Pécs

Am dritten Tag der Exkursion stand ein Besuch im Rathaus von Pécs auf dem Programm. Das Rathaus von Pécs ist ein wichtiges historisches Gebäude im Zentrum der Stadt, das sich durch eine beeindruckende Architektur sowie ein repräsentatives Treppenhaus und einen Ratssaal hervorhebt. Der stellvertretende Bürgermeister der Stadt empfing uns im Ratssaal, wo er uns die Geschichte der Stadt erläuterte und Einblicke in die Kommunalpolitik gab. Dabei hob er den Beitrag der Ungarndeutschen zur Entwicklung der Stadt und der Region hervor. Schließlich lud er uns zur Besichtigung des Rathhausturms ein, wo eine Ausstellung zur Entwicklung des Stadtbildes untergebracht ist, anhand dieser schilderte er uns die Entwicklung des Stadtbildes im Laufe der Zeit sowie die Rolle der Stadt als kulturelles und wirtschaftliches Zentrum der Region.

Die Exkursion bot insbesondere den nicht-ungarischen Studierenden einen interessanten Einblick in die Geschichte einer wichtigen Stadt und Region Ungarns sowie der deutschen Minderheit und damit auch ein wichtiges Thema der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit.

Exkursion nach Wien zu den Vereinten Nationen, der OSZE und der OPEC

Neben dem kulturellen und historischen Reiz Wiens ist die Stadt aufgrund der großen Anzahl internationaler Organisationen, die dort ansässig sind, auch für politisch Interessierte äußerst spannend. AUB-Studierende hatten die Möglichkeit, im Rahmen einer dreitägigen Exkursion einige dieser Organisationen zu besuchen.

Jannik RICKERT
Heinrich KREFT



Besuch bei der OPEC: Im Zentrum Zacher Hind [OPEC] neben Botschafter Kreft

Copyright: ©OPEC

In diesem Semester bot der Lehrstuhl für Diplomatie II unter der Leitung von Botschafter Dr. Heinrich Kreft eine dreitägige Exkursion nach Wien an, um die dort ansässigen internationalen Organisationen kennenzulernen.

Der UN-Campus in Wien

Am Mittwoch, den 3. Juli, reisten die Studierenden mit dem Zug nach Wien und bezogen dort das Porzellaneum, das älteste durchgehend bewohnte Studentenwohnheim der Stadt. Von dort ging es direkt zur UN-City. Wien ist neben New York, Genf und Nairobi ein weiterer offizieller Sitz der Vereinten Nationen [UN]. Zunächst stand eine Führung über den Campus auf dem Programm, der wie eine kleine autarke Stadt wirkt, mit eigenem Postamt, Ärztezentrum und Bankfiliale.

Das UN-Büro für Weltraumfragen

Als erster Programmpunkt stand ein Besuch im UN-Büro für Weltraumfragen an, wo der für Außenbeziehungen zuständige Beamte, Andrew Peebles, die Aufgaben und Funktionen des Büros erläuterte. Themen wie Cybersicherheit und Satelliten im Weltraum stünden hier oben auf der Tagesordnung. Herr Peebles stellte uns alltägliche Dienstleistungen und Produkte vor, die auf die Weltraumforschung zurückzuführen seien – darunter GPS-Systeme, Memory-Foam und Wasserfiltersysteme. Die meisten Menschen in Europa, die ein Smartphone besitzen, nutzen den Weltraum praktisch täglich, ohne sich dessen direkt bewusst zu sein. Der „Weltraum“ werde aber auch politisch und wirtschaftlich immer relevanter, zugleich sei er auch immer stärker gefährdet, insbesondere durch Weltraumschrott: Objekte mit einer Größe von nur 3 cm könnten bei entsprechender Geschwindigkeit verheerende Auswirkungen z.B. auf Satelli-

ten haben. Auch der Abbau von wertvollen Mineralien auf Asteroiden könne in Zukunft möglich sein. Der Einstieg von immer mehr Ländern in die Nutzung von Satelliten mache eine effiziente Kommunikation und Koordination auch auf diplomatischer Ebene unabdingbar, um zum Beispiel in Zukunft in einem immer volleren Weltraum Kollisionen zu vermeiden.

UNIDO

Anschließend konnten wir die UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) besuchen, wo wir von Kabinettschef Josef Karl Pelkan empfangen wurden. In seiner Präsentation stellte er uns die Sonderorganisation vor. Ihr Hauptziel sei es, die nachhaltige industrielle Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern und zu beschleunigen. UNIDO unterstütze Länder dabei, ihre industrielle Produktion umweltfreundlicher und nachhaltiger zu gestalten. Dazu gehöre, so Pelkan, beispielsweise die Einführung umweltfreundlicher Technologien und Produktionsmethoden, aber auch sozialer Standards. Die Organisation trage auch zur Schaffung eines günstigen Investitionsklimas bei, indem sie Beratung anbiete und Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor fördere. Eine weitere Zielgruppe seien kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Organisation setze sich für die Entwicklung von KMU ein, da diese oft das Rückgrat der Wirtschaft in Entwicklungsländern bildeten.

Die IAEA

Den Abschluss des ersten Tages bildete der Besuch der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), die eine der

wichtigsten internationalen Organisationen mit Sitz in Wien ist. Jacek Bylica, stellvertretender Generalsekretär der IAEO, berichtete ausführlich über die schwierige Arbeit der Organisation. Die beiden beherrschenden Themen seien die Zukunft des Atomdeals mit dem Iran und die Sicherheit der Kernkraftwerke in der Ukraine, insbesondere in Saporischja. Generell biete die Agentur Ländern, die einen Einstieg in die zivile Kernenergie in Erwägung zögen, Beratung und Zugang zu wissenschaftlichen Daten und Studien an. Ein solcher Schritt erfordere jeweils eine langjährige Vorbereitung, da eine Reihe von Fragen wie Reaktorsicherheit, Endlagerung, Uranlieferanten und technisches Know-how berücksichtigt werden müssten. Erschwert werde die Arbeit dadurch, dass viele Kernkraftwerke weltweit von Rosatom, einem russischen Unternehmen, betrieben würden. Gerade im Kontext des Ukraine-Krieges seien Berichterstattung, Analyse und diplomatischer Kontakt nicht einfacher geworden.

Die OSZE

Der nächste Tag bot ein ebenso volles und abwechslungsreiches Programm, beginnend mit einem Besuch der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Leider sei seine Organisation in der Öffentlichkeit nicht sehr bekannt, leiste aber äußerst wichtige diplomatische

Besuch bei der OSZE



Arbeit, so Andrea Salvoni, italienischer Diplomat und Berater der OSZE-Generalsekretärin. Russland sei nach wie vor Mitglied der OSZE, erschwere aber permanent die Arbeit der Organisation. Der Alltag der OSZE sei von internen Konflikten geprägt, z.B. über Budgetfragen und über die Besetzung von hochrangigen Positionen. Trotz dieser Herausforderungen bliebe die OSZE eine wichtige Plattform für Dialog und Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Sie vereine 57 Mitgliedsstaaten, darunter auch die Kriegsgegner Russland und die Ukraine. Die Aktivitäten der Organisation reichten von Wahlbeobachtung und Förderung der Menschenrechte bis hin zur Konfliktprävention. Ihre Effizienz werde jedoch zunehmend unterminiert, was die Zukunft der OSZE gefährde.

OPEC

Anschließend besuchten wir die OPEC, die Organisation erdölexportierender Länder. Hind Zaher von der Informationsabteilung schilderte uns die Geschichte der OPEC, die ursprünglich als arabisches Projekt begann. Politisch hat die OPEC im Laufe der Jahrzehnte, insbesondere seit den 1970er Jahren, an Einfluss gewonnen und neue Mitglieder aufgenommen. Trotz der grünen Transformation in vielen Ländern würden fossile Brennstoffe wie Öl noch auf Jahrzehnte hinaus relevant bleiben, auch wenn Mitglieder wie Saudi-Arabien – der größte Ölexporteur der Welt – mit ihrer Vision 2030 eine grundlegende Verringerung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von Ölexporten anstrebten. Die Debatte über die verstärkte Nutzung der emissionsfreien Kernenergie flamme derzeit wieder auf und werde auch die Arbeit der OPEC maßgeblich beeinflussen.

Die Internationale Kommission zum Schutz der Donau

Äußerst interessant war auch der Besuch der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau, die ebenfalls auf dem UN-Campus ansässig ist. Die Donau ist der zweitlängste Fluss Europas und durchquert 10 Länder, mehr als jeder andere Fluss der Welt. Dass hier Umwelt- und Gewässerschutz eine große Rolle spielen, liegt auf der Hand, da die Verschmutzung mehrere Länder direkt betrifft. Eine Herausforderung für die Kommission, so die Leiterin, die uns empfing, sei die Integration unterschiedlicher Interessen, da sowohl EU- als auch Nicht-EU-Länder Mitglied der Kommission seien, die zum Teil sehr voneinander abweichende Regelungen hätten. Dennoch könne die Arbeit der Kommission als erfolgreich angesehen werden: Der Fluss gelte als weitgehend sauber und sei daher auch für den Tourismus in der Region von großer Bedeutung.



Die Ständige Vertretung Deutschlands und die Botschaft

Der letzte Programmpunkt der Exkursion war ein Treffen in der „Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen“. Die stellvertretende Ständige Vertreterin, Karin Foistner, konnte uns einen tiefen Einblick in ihre tägliche Arbeit vermitteln. Insbesondere die Atomenergiebehörde, aber auch die OSZE seien, so Foistner, für Deutschland die relevantesten Organisationen in Wien. So setze sich Deutschland für die Rettung des Wiener Atomabkommens mit dem Iran ein, das 2018 von den USA aufgekündigt worden sei. Neue Verhandlungen seien jedoch im Jahr 2022 vorerst gescheitert. Schließlich schilderte Botschafter Cecere von der bilateralen deutschen Botschaft in Österreich die interessante Arbeit seiner Vertretung in der Alpenrepublik.



Prof. Fried wird von den Kolleginnen und Kollegen gefeiert



Copyright: © Collegium Hungaricum Wien / Erika Csik

Mehrfache Bindungen und Verflechtungen im Königreich Ungarn im 18.–19. Jahrhundert

Eine Veranstaltung der AUB, des Collegium Hungaricum Wien und der Universität Wien zum 90. Geburtstag des Komparatisten István Fried

Orsolya TAMÁSSY-LÉNÁRT

Anlässlich des 90. Geburtstages von István Fried fand am 2. und 3. September 2024 eine Jubiläumskonferenz statt, die dem Thema „Mehrfache Verbindungen und Verflechtungen im Königreich Ungarn“ gewidmet war und eine Plattform für den Austausch von Ideen und Forschungsergebnissen auf diesem faszinierenden Gebiet bot. Die Veranstaltung wurde in Kooperation der Andrassy Universität Budapest, des Collegium Hungaricum Wien und der Abteilung Finno-Ugristik der Universität Wien organisiert.

Im Collegium Hungaricum Wien trafen sich international renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Österreich und Ungarn, um István Fried zu ehren, der auf den Gebieten der Hungarologie, Komparatistik, Slawistik und Germanistik ein bleibendes Werk geschaffen hat. Im Mittelpunkt der Tagung stand einer seiner Forschungsschwerpunkte, nämlich die historische Mehrsprachigkeit des Königreichs Ungarn vom

18. Jahrhundert bis zum Zerfall dieses Staatsgebildes. Ziel der Vorträge war es, das Wirken jener Dichter, Wissenschaftler, Künstler und anderer kulturschaffender Intellektueller zu thematisieren, die das multiethnische und multilinguale Land in der europäischen Kultur positioniert und vor allem mit dem deutschsprachigen Raum verbunden haben.

In der ersten Sektion der Tagung befassten sich Andrea Seidler (Universität Wien) und Márton Szilágyi (Loránd-Eötvös-Universität Budapest) mit Vertretern der ungarländischen Literatur in der Epoche der Aufklärung (Karl Gottlieb Windisch und György Bessenyei), die sich durch ihre Werke und Tätigkeit für die Entwicklung der ungarischen Presse und Literatur einsetzten. Die drei Vortragenden der nächsten Sektion führten bereits in die Literatur des frühen 19. Jahrhunderts über: Piroska Balogh (Loránd-Eötvös-Universität Budapest) beschäftigte sich mit dem Hungarus-Patriotismus der Intellektuellen im historischen Oberungarn. Katalin Blaskó (Universität Wien) analysierte die publizistische Tätigkeit von Johann Christian Engel, der auch als Historiker bekannt war. Orsolya Tamássy-Lénárt (Andrássy Universität Budapest) stellte einen Teil des Wiener Netzwerks des kulturschaffenden Magnaten Graf Johann Mailáth vor. Thematisch wurde die Sektion am nächsten Tag mit dem Vortrag von Kálmán Kovács (Universität Debrecen) über die historischen Epen von Johann Ladislaus Pyrker fortgesetzt.

Einen Ausblick boten die Beiträge von András F. Balogh (Loránd-Eötvös-Universität Budapest/Babes-Bolyai-Universität Klausenburg) und János Szabolcs (Christliche Universität Partium/Károly-Eszterházy-Universität Eger), die sich mit zwei Hungari aus Siebenbürgen, mit dem politisch engagierten Stephan Ludwig Roth und mit dem aus England stammenden Reisenden John Paget auseinandersetzten.

Die vier Vorträge der Nachmittagssektion befassten sich mit dem Hungarus-Phänomen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ágnes Deák (Universität Szeged) beschäftigte sich mit dem anfangs altkonservativen, dann oppositi-



Feierliche Begrüßung

onellen und für den Ausgleich kämpfenden Journalisten und Zeitungsründer Mór Ludassy. Hedvig Ujvári (Péter-Pázmány-Katholische-Universität Budapest) stellte ebenso einen „Zeitungsmenschen“, Adolf Dux, in den Mittelpunkt ihres Vortrags, der als Kulturkritiker des Pester Lloyd die Interessen der ungarischen Literatur vertrat. Attila Verók (Károly-Eszterházy-Universität Eger) leitete schon zur Jahrhundertwende über und setzte sich mit der Tätigkeit von Robert Gragger und mit der Geschichte der Hungarologie auseinander. Schließlich stellte Iván Bertényi (Collegium Hungaricum Wien) die Frage, ob es um 1900 überhaupt noch möglich war, das Hungarus-Bewusstsein aufrechtzuerhalten und ob die nicht-magyarische Intelligenz ihre loyale Position bewahren konnte.

An dieser Stelle sei auch der Aktion Österreich-Ungarn für die finanzielle Unterstützung der Tagung gedankt.



Prof. Fried subsummiert die Ergebnisse der Tagung



Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2024/2025 und Diplomübergabe an der Andrassy Universität Budapest

Am 6. September 2024 fand an der Andrassy Universität Budapest die feierliche Eröffnung des Studienjahres 2024/2025 statt, begleitet von der traditionellen Diplomübergabe.

Bence BAKONYI



Copyright: © Képzéskeresztőség / AUB

Wie jedes Jahr versammelten sich Studierende, Absolvent*innen und Lehrkräfte der AUB sowie zahlreiche Ehrengäste, um den Beginn des neuen akademischen Jahres zu feiern.

Eröffnungszeremonie

Die Veranstaltung wurde von Prof. Dr. Stefan Okruch, dem Prorektor für Lehre und Studierende, moderiert. Nach der Begrüßung der Anwesenden, zu denen auch der ungarische Staatspräsident Dr. Tamás Sulyok zählte, begann die Zeremonie traditionsgemäß mit der Ungarischen Nationalhymne. Anschließend hielt der Rektor der Universität, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, eine Ansprache, in der er die Bedeutung der Andrassy Universität als internationalen Bildungsort hervorhob.

Ansprache des Staatspräsidenten Dr. Tamás Sulyok

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Ansprache von Dr. Tamás Sulyok, dem Staatspräsidenten von Ungarn. In seiner Rede betonte er die wichtige Rolle der Andrassy Universität in der Ausbildung zukünftiger Juristen*innen, Volkswirte, Historiker*innen und Diplomaten, die maßgeblich zur Zukunft Europas beitragen werden. Er stellte die Frage nach dem Zweck des Handelns und betonte, dass Gerechtigkeit, Moral und das Gemeinwohl die Grundpfeiler jedes professionellen Handelns sein sollten. Er erinnerte an historische Persönlichkeiten wie



Prof. Dr. Stefan Okruch,
Prorektor für Lehre und Studierende an der AUB



Feierliche Diplomübergabe



Prof. Dr. Joachim Beck (Rektor der Hochschule Kehl)
und Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger (Rektor der AUB)
mit der unterzeichneten Kooperationsvereinbarung



■ Patricia Marity, Co-Präsidentin des AUB Alumni-Klubs



■ Markus Jakobasch, Vorsitzender der Studierendenschaft sowie der Vertreter der Doktorand*innen



■ Rektor Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger und Staatspräsident Dr. Tamás Sulyok



■ Absolventen und Absolventinnen der AUB



Gyula Andrassy und Ferenc Deák, die durch ihre Realpolitik und moralische Integrität Europa geprägt haben. Dr. Sulyok ermutigte die Studierenden, die europäische Einheit und Zusammenarbeit aktiv zu fördern.

Grußworte der Studierenden und Alumni

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung erhielten auch Vertreter der Studierenden die Gelegenheit, ihre Grußworte zu übermitteln. Der Vorsitzende der Studierendenschaft, Markus Jakobasch sowie der Vertreter der Doktorand*innen, Nikolas Hatz, sprachen über die Herausforderungen und Chancen des Studiums an der Andrassy Universität. Patrícia Marity, Co-Präsidentin des Alumni-Klubs, hob in ihrem Grußwort die Bedeutung des Netzwerks zwischen ehemaligen und aktuellen Studierenden hervor, das als Brücke in die berufliche Zukunft fungiert.

Musikalisches Intermezzo und Diplomübergabe

Die feierliche Stimmung der Veranstaltung wurde durch musikalische Einlagen bereichert. Die Künstler Géza Szajkó (Violine) und Barnabás Beer (Klavier) führten Werke von Béla Bartók und Edward Elgar auf, was dem Anlass eine besonders festliche Atmosphäre verlieh.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Diplomübergabe an die Absolvent*innen. Insgesamt erhielten 31 Absolvent*innen ihre Urkunden. Die Übergabe erfolgte durch den Rektor der Universität, begleitet von einem Foto, das diesen besonderen Moment für die Absolvent*innen festhielt.

Schlusswort und Ausblick

Zum Abschluss der Veranstaltung bedankte sich Prof. Pállinger bei allen Mitwirkenden und betonte die Bedeutung der Universität als internationalen Ort der Begegnung und des Lernens. Die feierliche Eröffnung endete mit der Europahymne, und die Absolvent*innen versammelten sich für das traditionelle Abschlussfoto.

Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger als Rektor der Andrassy Universität Budapest für eine weitere Amtszeit bestätigt

Am 11. September durfte Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger seine Ernennungsurkunde für eine weitere Amtszeit als Rektor der Andrassy Universität Budapest entgegennehmen.

Andrassy Universität Budapest



Copyright: © Sándor-palota



Dr. Sulyok Tamás, der Staatspräsident von Ungarn, hat Dr. Pállinger offiziell für den Zeitraum vom 1. September 2024 bis zum 31. August 2027 mit der weiteren Leitung der Andrassy Universität beauftragt. Dr. Zoltán Tibor Pállinger erhielt im Rahmen einer kleinen Feier zusammen mit vier weiteren Kolleginnen und Kollegen aus den Händen des Staatspräsidenten seine Ernennungsurkunde.

Dr. Pállinger, der die Universität bereits seit mehreren Jahren erfolgreich leitet, wird seine Bemühungen fortsetzen, die Andrassy Universität als eine der führenden deutschsprachigen Universitäten in Mittel- und Osteuropa weiter zu stärken. [Berichterstattung](#) zur Übergabe der Berufungsurkunde an Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger [auf Ungarisch].

Warschau – Berlin – Prag – Wien – Budapest

Stipendienprogramm für angehende Führungskräfte Mitteleuropas

Die AUB konnte als Partner der ELTE am Stipendienprogramm des CENTRAL-Netzwerks der zentraleuropäischen Hauptstadtuniversitäten teilnehmen.

Heinrich KREFT

Das Netzwerk CENTRAL besteht seit acht Jahren. Die großen Hauptstadtuniversitäten Österreichs [Universität Wien], Polens [Universität Warschau], Tschechiens [Karls-Universität Prag], Ungarns [ELTE Budapest] und Deutschlands [HU Berlin] streben einerseits danach, eigene Positionen in der Region Mitteleuropa zu stärken und andererseits den Zusammenhalt dieser Region sowohl akademisch als auch gesellschaftlich durch eine stabile, produktive und vielfältige Kooperation zu fördern. Neben rein wissenschaftlichen Projekten konzentriert sich das Netzwerk zunehmend darauf, sein akademisches Potenzial zum Nutzen der Gesellschaften Mitteleuropas einzusetzen. In diesem Zusammenhang entstand die Idee des „CENTRAL Leadership Program“.

In einem Gespräch mit dem zuständigen Beauftragten, Vito Cecere, in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts [das AA unterstützt das Programm finanziell] bot mir dieser an, die AUB als Partner der ELTE mit in das Programm einzubeziehen. Da er auch gleichzeitig die Übernahme der damit für die AUB verbundenen finanziellen Kosten zusagte, fiel der AUB die Entscheidung für eine Teilnahme nicht schwer.

Grundidee des Programms ist, dass Führungskräfte, die in Europa Verantwortung übernehmen wollen, insbesondere in Politik, Diplomatie und Gesellschaft, dies – ganzheitlich europäisch – nur können, wenn sie auch über ausreichende Kenntnisse der Diversität und der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Realitäten Mitteleuropas verfügen.

Die Erweiterung der Europäischen Union um die mitteleuropäischen Staaten vor nunmehr 20 Jahren hat einerseits zu einer stärkeren Beteiligung und einer größeren Rolle dieser Länder in der EU geführt und andererseits das Interesse



Gruppenbild in der Humboldt-Universität zu Berlin mit Marie Hesse und Hanna Öpp

Copyright: © Heinrich Kreft

im westlichen Teil Europas für diese Region wachsen lassen. Auch ist der Bedarf an Kenntnissen der Region entsprechend gewachsen. Studierende und Doktoranden verfügen zwar häufig über akademisches Wissen über die Kultur und Geschichte der Region, aber selten über ein praktisches Verständnis ihrer Politik und ihres politischen Zusammenhalts. Zu diesem Zweck hat das CENTRAL-Netzwerk ein spezielles Programm entwickelt, das Einblicke in die Theorie und Praxis der [Außen-]Politik Mitteleuropas bietet. Dieses Programm wird mit Unterstützung der Diplomatischen Akademien der fünf Länder und der teilnehmenden Universitäten realisiert. In einem breiteren Rahmen sollen Diplomatie und Gesellschaft einander nähergebracht werden, Diplomatische Akademien sollen mit Hochschuleinrichtungen und mit NGOs zusammengebracht werden. Zielgruppe sind fortgeschrittene Masterstudierende und Doktoranden mit grundlegenden Vorkenntnissen und Interesse an der Politik und Geschichte Mitteleuropas und die eine berufliche Laufbahn, insbesondere in den internationalen Beziehungen, anstreben. Sie sollen mittels des Programms vertiefte Kenntnisse über die politische Praxis der Region erhalten. Dieses Wissen soll es ihnen ermöglichen, ihre akademische Forschung auf fundiertere Weise durchzuführen und ihre Karriere entsprechend zu planen.

Aus gegebenem Anlass wurden auch Studierende aus der Ukraine in das Programm einbezogen.

Beteiligte Akteure sind Dozenten der sechs teilnehmenden Universitäten mit einschlägigem wissenschaftlichem und theoretischem Fachwissen und die Ausbildungseinrichtungen der jeweiligen Außenministerien, die praktische Einblicke und Kompetenzen vermitteln.

Jede Partneruniversität konnte vereinbarungsgemäß sechs KandidatInnen für die Teilnahme am Programm benennen. Unsere sehr viel kleinere Universität konnte zwei TeilnehmerInnen benennen. Von der AUB haben sich die beiden IB-Studierenden, Hannah Öpp und Marie Hesse, erfolgreich für das Programm beworben.

Dieses begann zu Beginn des Sommers mit einem Online-Speed-Dating zum ersten Kennenlernen der Teilnehmer untereinander. Das Hauptprogramm fand zwischen dem 25. August und dem 15. September statt.

Die gesamte Gruppe reiste mit dem Zug und einem Interrail-Ticket zu allen fünf Orten, in der Reihenfolge: Warschau, Berlin, Prag, Wien und Budapest. An jedem Ort fand ein dreitägiger Kurs, ergänzt durch ein Kulturprogramm, statt. Pro Reise war ein zusätzlicher Reisetag vorgesehen. Als letzte Station der Reise kam die Gruppe am 11. September aus Wien in Budapest an, wo zunächst ein Programm an der ELTE und anschließend ein Programm an der AUB stattfand. Dieses umfasste Vorträge des ungarischen Russland-Experten András Racz und meinerseits sowie einer historischen Führung durch das Festetics Palais durch Henriett Kovacs. Das inhaltliche Programm endete mit abschließenden Workshops, die von Kristina Karnahl, der Programmverantwortlichen der HU, die die Gruppe auf der Reise begleitet hatte, und mir moderiert wurden. Zum Abschied wurde im Hof der AUB zünftig gegrillt und gefeiert.

„No Stress on Cres“ und trotzdem (oder gerade deswegen) eine gelungene Summer School

Auch dieses Jahr fand wieder die „Cres Summer School“ vom 22. bis 27. September 2024 auf der kroatischen Insel Cres statt, die sich jährlich mit der Zukunft Europas beschäftigt und bei der sich die nächste Generation Europas auf die Suche nach Antworten begibt. Die „Cres Summer School“ ist eine Fortsetzung der Netzwerkaktivitäten, die mit dem Projekt „Europeanisation meets democracy from below: The Western Balkans on the search for new European and democratic Momentum [WB2EU]“ im Oktober 2020 gestartet wurden. Die AUB ist Partner des Netzwerks und konnte sich auch dieses Jahr mit einer Studentin an der Summer School beteiligen.

Als Vertreterin der Andrassy Universität Budapest wurde die Studentin Lisa Sophie Jochens für einen Platz an der „Cres Summer School“ ausgewählt. Der inhaltliche Fokus der Veranstaltung

Lisa Sophie JOCHENS

lag auf der Erweiterungspolitik der Europäischen Union (EU) gegenüber den Westbalkanstaaten und den neuen Beitrittskandidaten in Osteuropa.



Copyright: © ÖGfE / Susan und Christian Milford-Faber

In einer Reihe von Vorträgen, Inputs, Workshops und Präsentationen wurden die Thematiken rund ums Thema der EU-Erweiterung aufgearbeitet, analysiert und diskutiert. Frau Jochens konnte ihr Wissen über den aktuellen Stand des europäischen Erweiterungsprozesses vertiefen. Die „Cres Summer School“ zeichnet sich nicht nur durch die wunderschönen Veranstaltungsorte aus, sondern auch durch die Vielzahl an Teilnehmenden aus den unterschiedlichen Ländern Europas, die gemeinsam mehr über Europa erfahren wollen.

Die internationale Sommeruni wurde auch dieses Jahr von mehreren Organisationen organisiert und geleitet, u.a. der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), dem Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip), dem Institute for Development and International Relations (IRMO) in Zagreb und dem Royal Institute Elcano in Madrid.

Unter anderen berichtete Mariam Khotenashvili, die Geschäftsführerin der Trans European Policy Studies Association (TEPSA), über den aktuellen Beitrittsprozess von Georgien und Moldau, welche die östlichsten Beitrittskandidaten der EU darstellen. In der anschließenden Diskussion sprachen die Teilnehmenden vor allem über den Einfluss Russlands, welcher durch die geografische Nähe gegeben ist. Der Konsum von russischen Medien in Georgien und Moldau ist sehr weit verbreitet und prägt maßgeblich die öffentliche Meinung gegenüber Russland, aber auch gegenüber der EU. Trotz der weit verbreiteten russischen Medien sind die

Zustimmungswerte in Georgien für die Europäische Union hoch, was einen wichtigen Grundstein für weitere Verhandlungen im Beitrittsprozess zur EU darstellt.

Neben dem Einfluss Russlands, der auch auf dem Westbalkan zu spüren ist, stellte Ruth Ferrero Turrión [Professorin für Politikwissenschaften an der Complutense Universität Madrid] weitere Herausforderungen für Europa vor und wie diese Europas Zukunft verändern werden. Diskutiert wurde vor allem über den Klimawandel, aber auch über eine schwächer werdende Demokratie in manchen Staaten Europas. Dabei spielt auch Ungarn eine wichtige Rolle, welches aufgrund seiner illiberalen Demokratie immer mehr als Vorbild für Serbien fungiert. Es ging in der Diskussion also auch um Probleme, die innerhalb der EU bestehen, aber auch darüber hinaus Wirkung zeigen – sowohl positiv als auch negativ.

Der österreichische Botschafter in Kroatien Josef Markus Wuketich und der spanische Botschafter Jeronimo Fuentes Candau, ebenfalls für Kroatien zuständig, haben in ihren Vorträgen interessante Einblicke in die Perspektiven ihrer jeweiligen Staaten auf die EU gegeben und die Positionen Österreichs und Spaniens zu aktuellen europäischen Herausforderungen und Entwicklungen erläutert. Zentrales Thema war unter anderem die Schwierigkeit, Kosovo in die EU aufzunehmen, wenn gleichzeitig fünf EU-Mitgliedstaaten Kosovo bis heute nicht anerkannt haben, darunter eben auch Spanien. Aus der fehlenden Anerkennung des Kosovos durch mehrere Mitgliedstaaten der EU entsteht eine Vielzahl an Problemen im Beitrittsprozess.

Am letzten Tag der „Cres Summer School“ beschäftigten sich die Teilnehmenden nochmals detaillierter mit dem EU-Erweiterungsprozess der Staaten auf dem Westbalkan. Dafür gab uns Benjamin Couteau, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter im



AUB-Studentin Lisa Sophie Jochens beim Interview

Bereich Erweiterung, Westbalkan und Türkei am Jacques Delors Institute arbeitet, einen umfangreichen Überblick. In der anschließenden Diskussion wurden die Möglichkeiten, die ein Beitritt des Westbalkans der EU eröffnen könnte, diskutiert.

Einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Summer School stellten die vielen persönlichen Beiträge der Teilnehmenden dar, die es ermöglichten, die rationalen Fakten zum EU-Erweiterungsprozess aus der Perspektive von Personen aus der Region zu betrachten. Für Frau Jochens war dies eine der größten Bereicherungen durch die „Cres Summer School“.

In einer Videoaufnahme erhielten die Teilnehmenden die Chance, ihre Gefühle und Gedanken bezüglich der Zukunft der EU zum Thema „Europe at a crossroads – what needs to be done?“ auszudrücken. Dadurch, dass Frau Jochens, als deutsche Studentin in Budapest, in Gesprächen mit den anderen Studierenden der AUB täglich mit dem langsamen Zerfall der ungarischen Demokratie konfrontiert wurde, thematisierte sie diese Problematik auch in ihrer Videoaufnahme. Auf die Frage „What needs to be done?“ gibt es unzählige Dinge, die getan werden müssen, um einen Zerfall der Demokratie zu verhindern. Frau Jochens unterstreicht die Bedeutung von politischer Bildung als wesentlichen Faktor, um Kompetenzen zu vermitteln, die zur Problem- und Konfliktlösung beitragen. Die junge Generation ist gefordert, sich für den Erhalt der Demokratie in Ungarn, der EU und der Welt einzusetzen.

All die Eindrücke und das neue Wissen durften die Teilnehmenden auch in einem sogenannten Op-Ed verarbeiten. Dabei setzten sie sich mit der Frage auseinander, wie Europa zu einem lebenswerten Ort gemacht werden könnte. Zunächst wurden Überlegungen angestellt, inwiefern die EU kein lebenswerter Ort ist, trotz der zahlreichen bestehenden Standards. In einem zweiten Schritt galt es dann zu beantworten, was für die Teilnehmenden ganz persönlich ein lebenswertes Europa bedeutet. Dabei wurden aufgrund der unterschiedlichen Herkunftsländer

und den individuellen Erfahrungen sehr verschiedene Vorstellungen, aber viele Überschneidungen entdeckt, die im Op-Ed festgehalten wurden. In einem letzten Statement wurde ein mögliches Vorgehen formuliert, um diese ausgearbeiteten Vorstellungen von einem lebenswerten Europa zu verwirklichen. Der Op-Ed reflektiert die unterschiedlichen Emotionen und Gefühle, die die Teilnehmenden bezüglich der EU haben.

Trotz des intensiven Programms hielten sich die beiden Hauptorganisatoren Paul Schmidt (ÖGfE) und Vedran Džihčić (ÖIIP) an das Motto der Summer School: „No Stress on Cres“, was die „Cres Summer School“ prägte und letztlich zu einem sehr positiven Outcome führte.

www.wb2eu.eu



Tag der offenen Tür und Lange Nacht der Wissenschaften an der AUB

Zsuzsanna DÓRÓ

Am 27. September 2024 fand an der AUB im Rahmen des Programms der „Langen Nacht der Wissenschaften“ gleichzeitig der Tag der offenen Tür statt!

Die „Lange Nacht der Wissenschaften“ ist eine europaweite Veranstaltungsreihe, die darauf abzielt, Forschung für ein breites Publikum zugänglich zu machen.

Die AUB beteiligte sich erneut mit einem abwechslungsreichen Programm und hieß gleichzeitig alle Studieninteressierten herzlich willkommen, die die Universität und ihre vielfältigen Angebote näher kennenlernen wollten. Durch Vorträge, interaktive Veranstaltungen und die Möglichkeit einer umfassenden Studienberatung konnten die Gäste nicht nur tief in die wissenschaftlichen Themen und die Forschungswelt der Universität eintauchen, sondern auch in einen direkten Dialog mit den Lehrenden und Beratern treten. Die Studienberatung, die parallel zum allgemeinen Programm stattfand, ermöglichte es den Interessierten, individuelle Fragen zu klären und sich intensiv über Studiemöglichkeiten auszutauschen. So entstand eine lebendige und persönliche Atmosphäre, in der die Besucher:innen ihre Interessen teilen und wertvolle Kontakte knüpfen konnten.

Gebäudeführung: "Historische Entdeckungsreise an der AUB"

Der Tag für die Besucher:innen begann mit einer Führung durch die geschichtsträchtigen Räumlichkeiten des Universitätsgebäudes, dem Festetics-Palais. Die Erkundungstour startete im prächtigen Treppenhaus und führte weiter durch die beeindruckenden Festsäle im Obergeschoss. Besonders die Haptik der Stuckmarmorwände im Marmorsaal sowie das visuelle Erlebnis des hell erleuchteten Spiegelsaals mit seinen zahlreichen Kronleuchtern sorgten für große Begeisterung. Über Wendeltreppen gelangten die Gäste schließlich in den Innenhof, wo die Tour in einer



Rollenspiel: Führung von Mitarbeitern mit Dr. habil Georg Trautnitz

geselligen Gesprächsrunde zwischen der Universitätsbibliothek und der Cafeteria ihren Abschluss fand.

Rollenspiel: Führung von Mitarbeitern mit Dr. habil Georg Trautnitz

Herr Dr. habil. Georg Trautnitz, Leiter des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre und Experte für Unternehmensführung sowie soziale Unternehmensverantwortung, sprach über die verschiedenen Führungsstile von Vorgesetzten. Anhand spannender Beispiele aus der Unternehmenspraxis und interessanter Theorien der Betriebswirtschaftslehre stellte er verschiedene Perspektiven und Methoden der Mitarbeiterführung vor. In diesem Zusammenhang betonte er die Bedeutung der Einbeziehung zwischenmenschlicher Aspekte, wobei er das Auditorium aktiv einbezog und einen lebendigen Austausch anregte.

International Trade Game mit Prof. Dr. Stefan Okruch

Die Veranstaltung wurde von Herrn Prof. Dr. Stefan Okruch, Prorektor für Lehrende und Studierende sowie Leiter des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik, geleitet. Nach einer kurzen Einführung in das Thema fesselte das Spiel die Teilnehmenden mit seinem interaktiven und kommunikativen Charakter. Gefragt waren dabei soziale Kompetenzen, Verhandlungsgeschick, das Denken in globalen Zusammenhängen sowie die Freude an gemeinsamer Problemlösung.

Internationale Beziehungen – Quiz mit Dr. András Hettyey und Dr. Henriett Kovács

Diese wechselseitige Veranstaltung in Form eines Quiz widmete sich den großen Fragen unserer Zeit: Bewegt sich die

International Trade Game
mit Prof. Dr. Stefan Okruch



Copyright: © Képzéskészítőség / AUB

Dr. Henriett Kovács



Ein wenig Filmgeschichte –
Ungarn in Hollywood mit Vivien Neder



Dr. Mariano Barbato beim Workshop





Quiz mit Dr. András Hettyey und Dr. Henriett Kovács

Menschheit in die richtige Richtung? Ist die Welt in den letzten Jahrzehnten zu einem besseren Ort geworden? In unserer schnelllebigen Zeit ist es nicht einfach, mit den Nachrichten Schritt zu halten. Wir hören, sehen und lesen eine Menge und verlieren manchmal den Überblick in der Informationsflut. Dieses Quiz versuchte, Antworten auf diese Fragen zu finden und testete das Wissen der Teilnehmenden. Geleitet wurde das Quiz von Frau Dr. Henriett Kovács und Herrn Dr. András Hettyey, beide Dozierende am Lehrstuhl für politische Theorie und europäische Demokratieforschung. Die Anwesenden konnten ihre Perspektiven teilen und unter Beweis stellen, wie aktuell sie sind!

Ein wenig Filmgeschichte – Ungarn in Hollywood mit Vivien Neder

Der Workshop wurde von Vivien Neder, Doktorandin der Geschichtswissenschaften, geleitet. Kernthema war der Ungar Adolph Zukor, der weltberühmte Filmmacher und Gründer von Paramount Pictures. Interessierte an Geschichte und Filmkunst erfuhren Spannendes über die Anfänge des Films und der Filmindustrie und lernten Schritt für Schritt den Übersetzungsprozess von fiktiven Ideen in Bewegtbilder. Anschließend hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre Fä-

higkeiten als Kreativdirektor:innen auszuprobieren und selbst ein kurzes Drehbuch zu verfassen.

Prognosen in der Politikwissenschaft – Forschung oder Hellseherei? Mit Dr. Mariano Barbato

Den Abschluss des ereignisreichen Tages an der Andrásy Universität markierte der Workshop von Herrn Dr. Mariano Barbato. Als Dozent am Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaften ist er Experte für deutsche und europäische Außen- und Geopolitik. Hauptfokus der Veranstaltung waren die Möglichkeiten und Grenzen der Politikwissenschaft, mit besonderem Augenmerk auf ihre Prognosefähigkeit. Als Grundlage dafür diente Dr. Barbatos Buch „Wetterwechsel. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz“, das in zweiter, aktualisierter Auflage erschienen ist. Die Teilnehmenden erhielten einen Einblick in politikwissenschaftliche Methoden und hatten zudem die Möglichkeit, ihre eigene Prognosefähigkeit zu testen und über die fließenden Grenzen zwischen Idee und Wissenschaft zu diskutieren.

Wir danken herzlich allen Professor:innen, Dozent:innen, Vortragenden und Mitwirkenden für ihr Engagement sowie allen Gästen und Teilnehmenden für ihre aktive Teilnahme!



„Bildung und Innovation im ländlichen Raum“

Bayern-Exkursion der AUB
vom 16.–19. Oktober 2024

Martina ECKARDT
Stefan OKRUCH
Simon ANDA

Bildung und Innovation im ländlichen Raum – unter diesem Thema fand die diesjährige Bayern-Exkursion der Andrassy Universität Budapest vom 16. bis 19. Oktober nach München und Deggendorf statt.

Unter Leitung von Prof. Dr. Martina Eckardt und Prof. Dr. Stefan Okruch besuchten 15 Studierende der Studiengänge *International Economy and Business, Management and Leadership* sowie *Internationale Beziehungen* die bayerischen Städte München und Deggendorf. Ziel der Exkursion war es, Einblicke in die Bildungs- und Innovationspolitik im ländlichen Raum zu gewinnen.

In München standen Besuche der Bayerischen Staatskanzlei und des Bayerischen Landtags auf dem Programm. Dr. habil. Georg Trautnitz von der AUB begleitete die Gruppe ab der Staatskanzlei. Die Studierenden erhielten Einblicke in die Arbeit der Staats-

regierung und diskutierten mit Mitarbeitenden Strategien zur Stärkung des ländlichen Raums, wie die gezielte Ansiedlung von Hochschulen und Technologietransferzentren sowie den Ausbau kultureller Angebote und der Infrastruktur.

Im Bayerischen Landtag wurden die Studierenden von Prof. Dr. Michael Piazzolo (Freie Wähler), Robert Brannekämper (CSU) und Gabriele Triebel (Die Grünen) begrüßt. Im Dialog ging es um die Förderung der Hochschullandschaft Bayerns, die Erhöhung der Studierendenzahlen und Professuren sowie um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der deutschen und der ungarischen Bildungspolitik.

In Deggendorf besuchte die Gruppe die Technische Hochschule Deggendorf (THD). Hochschulpräsident Prof. Waldemar Berg und Vizepräsidentin Prof. Dr. Heigl-Murauer stellten die

Die Exkursionsgruppe vor dem Haupteingang der Bayerischen Staatskanzlei



Die Exkursionsgruppe im Plenarsaal des Bayerischen Landtags



Copyright: © AUB

Hochschule und ihre Rolle im ländlichen Raum vor. Ein Schwerpunkt war die Internationalisierung der Hochschullandschaft und ihre Chancen und Herausforderungen.

Anschließend folgte der Besuch des ITC1, eines technologieorientierten Gründerzentrums, das gemeinsam mit der THD betrieben wird. Die Studierenden erhielten Einblicke in Geschäftsmodelle ansässiger Startups. Besonders anschaulich war der spontane Pitch des Mitgrün-

ders von „Career Captain“, einer Plattform zur spielerischen Berufsorientierung für Jugendliche.

Zum Abschluss der Exkursion fand ein gemeinsames Abendessen statt, bei dem auch die Doktorandengruppe von Dr. habil. Tim Herberger anwesend war, die ihr jährliches Treffen in Deggendorf abhielt.

Ein besonderer Dank gilt dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und dem Freistaat Bayern für die finanzielle Unterstützung sowie allen Beteiligten für ihre engagierte Mitwirkung!



Kleine Nation, große Bühne: Die Diplomatie Liechtensteins im Fokus

Maurice FRITZ

Auch kleine Länder können international großen Einfluss ausüben. I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von und zu Liechtenstein, berichtete, wie sich das Fürstentum Liechtenstein auf dem internationalen Parkett behauptet.



I.D. Maria-Pia Kothbauer,
Prinzessin von und zu Liechtenstein



Dr. Michael Zimmermann,
Universitätsdozent am Lehrstuhl
für Diplomatie an der AUB
[ehemaliger österreichischer
Botschafter in Ungarn]

Unter dem Titel „Vaduz und die Welt – die Diplomatie des Fürstentums Liechtenstein“ fand am 21.10.2024 im Andrassy-Saal eine offene Vorlesung des Lehrstuhls für Diplomatie I statt. Referentin war I. D. Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von und zu Liechtenstein, die als außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein in Österreich und der Tschechischen Republik sowie als ständige Vertreterin bei der OSZE und den internationalen Organisationen in Wien tätig ist. Die Veranstaltung wurde von den Studierenden Lea Stöckel und Leon Stank moderiert.

Nach der Begrüßung durch Dozent Dr. Zimmermann gab Botschafterin Kothbauer Einblicke in die diplomatische Arbeit des Fürstentums Liechtenstein und die besonderen Herausforderungen, die kleine Länder auf internationaler Ebene bewältigen müssen. Gerade für Länder wie das ihre, so die Botschafterin, sei es immer wieder eine Freude, Einblicke in die eigene dip-



diplomatische Tätigkeit geben zu können. Sie betonte die engen diplomatischen Beziehungen zu Österreich und der Schweiz, mit deren diplomatischen Apparaten die liechtensteinische eng verzahnt ist. Maria-Pia Kothbauer berichtete über ihren Karriereweg, der 1989 begann und in der Anfangszeit besonders vom Fall des Eisernen Vorhangs geprägt gewesen war. Sie beleuchtete die Rolle Liechtensteins im Multilateralismus und die Integration in die Europäische Union, insbesondere den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum [EWR].

Botschafterin Kothbauer hob auch hervor, wie Liechtenstein mit Bedacht seinen diplomatischen Apparat aufbaute und besonders in internationalen Organisationen engagiert ist.

Ein weiterer Schwerpunkt ihres Vortrags waren die Beziehungen zur Tschechischen Republik, die durch Differenzen über beschlagnahmte Besitztümer des Hauses Liechtenstein bis heute belastet sind – 2020 reichte Liechtenstein eine Staatenbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Trotzdem habe man es geschafft, enge diplomatische Beziehungen aufzubauen und gemeinsam in die Zukunft zu blicken.

Abschließend beantwortete Frau Kothbauer Fragen aus dem Publikum zu den Themen der Diplomatenausbildung in Liechtenstein, der kulturellen Zusammenarbeit mit Österreich, der Rolle Liechtensteins in der Konflikt diplomatie

und des von Liechtenstein eingebrachten Vergleichsvorschlages im Disput mit der Tschechischen Republik.

Die Veranstaltung bot wertvolle Einblicke in die Tätigkeit des diplomatischen Apparates Liechtensteins und verdeutlichte die strategische Bedeutung Liechtensteins in der globalen Politik.



BAYHOST-Workshop an der Andrassy Universität Budapest

Vom 24. bis 25. Oktober 2024 veranstalteten das Bayerische Hochschulzentrum für Mittel-, Ost- und Südosteuropa (BAYHOST), das Forschungszentrum Deutsch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (FZ DiMOS), der Lehrstuhl für Slavische Philologie – Sprachwissenschaft des Instituts für Slavistik der Universität Regensburg und die Andrassy Universität Budapest (AUB) einen Workshop zur Kooperation mit der Ukraine in den Geisteswissenschaften. Die Veranstaltung fand in Budapest in einem hybriden Format statt und zog über 60 Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen aus der Ukraine, Ungarn, Deutschland und anderen Ländern der Region an.

Der Workshop widmete sich insbesondere der Fortführung und dem Ausbau akademischer Partnerschaften in herausfordernden Zeiten, insbesondere für ukrainische Institutionen, die von den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges betroffen sind. Im Fokus standen dabei Themen wie Mehrsprachigkeit, digitale Geisteswissenschaften und digitale Bildung, die als Grundlage für neue Kooperationswege diskutiert wurden.

Ergebnisse des Workshops

Der Workshop führte zu mehreren vielversprechenden Ergebnissen, die in verschiedenen thematischen Sitzungen erarbei-

BAYHOST
und AUB

tet wurden. Ein zentrales Thema war die reiche sprachliche Vielfalt der Ukraine und die sich verändernde Rolle der Sprache in der Bildung, die im Kontext der Mehrsprachigkeit ausführlich diskutiert wurde. Die Teilnehmenden entwickelten ein vertieftes Verständnis für diese Thematik, das als Grundlage für weitere Forschungs- und Bildungsinitiativen dienen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf innovativen Ansätzen zur Integration digitaler Hilfsmittel in das Studium von Sprache, Kultur und Geschichte. Die vorgestellten Konzepte aus dem Bereich der digitalen Geisteswissenschaften eröffneten neue Perspektiven für interdisziplinäre und internationale Kooperationen. Zudem wurden praktische Strategien zur Nutzung digitaler Bildungswerkzeuge erarbeitet, die speziell darauf abzielen, die Bildungskontinuität in Krisensituationen si-



Dr. habil. Orsolya Tamássy-Lénárt,
Lehrstuhl für Kulturwissenschaften an der AUB



herzustellen. Diese Ansätze werden nun auf ihre Umsetzbarkeit in ukrainischen sowie anderen europäischen Bildungseinrichtungen überprüft. Besonders inspirierend waren die präsentierten „Good Practice“-Beispiele, die erfolgreiche Partnerschaften zwischen ukrainischen und bayerischen Universitäten verdeutlichen. Sie dienen als Modell für zukünftige Kooperationen und bieten einen wertvollen Rahmen für die Entwicklung neuer Partnerschaftsformate.

Wir danken allen Vertretern aus der Ukraine, Ungarn, Deutschland und darüber hinaus sowie unseren Partnern, einschließlich der DAAD- Lektorinnen und Lektoren, die maßgeblich zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben, ganz herzlich. Ihr Engagement für die Förderung der internationalen akademischen Zusammenarbeit ist von entscheidender Bedeutung, und wir sind gespannt auf die zukünftigen Möglichkeiten, die dieser Workshop eröffnet hat.

Lesen Sie auch den Bericht von Bayhost [hier](#).



Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger mit Nikolas Djukić, Geschäftsführer von BAYHOST



Copyright: © Képzéskészítő / AUB

Nachrichten aus dem RRF-Projekt

Im Rahmen des Projekts AnDTIES [RRF-2.1.2-21-2022-00016] wurden im Laufe des Jahres 2024 mehrere Anschaffungen getätigt, die es ermöglichten, dass wir neue Studiencurse eingeführt und bestehende [mit Unterstützung des Instrumentes für Aufbau- und Resilienzfazilität der Europäischen Union] fortgesetzt haben.

Die Englisch- und Deutschkurse für Studierende und Verwaltungspersonal wurden fortgesetzt und mit Business English ergänzt. Das Verwaltungspersonal durfte darüber hinaus erneut an einem Word-Kurs teilnehmen.

Nach einem erfolgreichen Ausschreibungsverfahren wurde im SoSe 2024 der Data Science-Kurs von Dozenten der Fakultät für Informatik der Eötvös Loránd Universität [ELTE] im Rahmen eines Blockseminar durchgeführt, gefolgt von einem zweiten Big Data-Kurs im Herbst.

Zum zweiten Mal in den letzten zwei Jahren konnte dank des Projektes ein Medientraining-Kurs, durchgeführt von der Deutschen Welle Akademie, finanziert werden. Der dreitägige Kurs war mit mehr als 20 Studierenden sehr gut besucht.

Iringó NEMES

Auch die Druckinfrastruktur konnte aus Projektmitteln grundlegend erneuert werden. Dank einer im Sommer 2024 getätigten Ausschreibung konnten alle Bürodrucker und die großen Fotokopierer ersetzt werden. In der ersten Phase wurden im September 30 Bürodrucker an die AUB geliefert, in der nächsten Phase wurden bis Ende des Jahres auch die neuen großen Kopiermaschinen und damit das neue Kopiersystem in Betrieb genommen.





Daniela Wiesler, Trainerin und Leiterin des Medientrainings, durchgeführt durch DW



Data Science Kurs

Energiepolitik – Systemintegration für die Transition zum Netto-Null

Chancen und Herausforderungen der deutschen Energiewende

Der Zusammenhang von Energie und Klima und die Frage, wie die vielbeachtete deutsche Energiewende technisch und wirtschaftlich umgesetzt werden könne, standen am 3. Dezember 2024 im Mittelpunkt eines weiteren öffentlichen Vortrags im Rahmen der Gesprächsreihe „Querschnittsfragen der Außenpolitik“, zu der das Zentrum für Diplomatie und der Lehrstuhl für Diplomatie II seit Oktober dieses Jahres in loser Folge einladen. Mit Unterstützung der Deutschen Botschaft Budapest ging es diesmal um die Bedeutung von Energiepolitik für das Erreichen der globalen Klimaziele.

Jonas DEDERING

In seiner Einführung erinnerte Botschafter Dr. Robert Klinke, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II, daran, dass die Weltgemeinschaft mit dem Pariser Klimaabkommen 2015 erstmals verbindlich vereinbart habe, die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad gegenüber dem Niveau vor der industriellen Revolution zu begrenzen. Auf den jährlich stattfindenden VN-Konferenzen – und so auch im November 2024 auf der COP 29 in Baku – legten die Unterzeichnerstaaten internationale Regeln fest, die gewährleisten sollen, dass die Klimaziele erreicht würden. Zugleich verlangten die Klimaziele ein höheres Tempo in der Energiepolitik.

Prof. Dr. Christof Wittwer vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesystem [ISE] in Freiburg im Breisgau konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die Energiewende in Deutschland. In anschaulichen Einzelschritten legte er dar, dass es für den Übergang zu einem klimaneutralen (Netto-Null-)Energiesystem entscheidend auf die Integration bestehender und weiterzuentwickelnder Systeme ankomme, d.h. insbesondere den Einbezug erneuerbarer Energien wie Photovoltaik, Wasserstoff und Wärmepumpen. Besondere Herausforderungen bei der Transition stellten die zeitliche Verfügbarkeit von Energie sowie die Notwendigkeit flexibler Backup-Kraftwerke dar. In der Vergangenheit sei die Energieversorgung „von oben nach unten“, von den Energieproduzierenden zu den Energiekonsumierenden gedacht worden. Durch technologischen Fortschritt sei es heute möglich, dass jede Privatperson Energie produzieren und einspeisen könne. Dies mache ein neues Marktdesign erforderlich, um die Energieversorgung effizient zu gestalten. Wittwer hob hervor, dass Deutschland nur zwei Prozent der globalen Emissionen verursache. Umso bedeutsamer seien internationale Zusammenarbeit und Instrumente wie der schrittweise eingeführten CO₂-Grenzausgleichsmechanismus [CBAM], der Importe mit einem Emissionspreis belege. Die Digitalisierung spiele eine zentrale Rolle bei der Flexibilisierung von Energienetzen. Nachhaltigkeit im Materialverbrauch, etwa durch Kreislaufwirtschaft, sei ebenso entscheidend. Insge-

samt erachtete Wittwer die deutsche Energiewende als Erfolgskonzept. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz habe sich als besonders wirksam bei der schrittweisen Senkung der Produktionskosten erneuerbarer Energie erwiesen. Bei der Stromerzeugung liege der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland mittlerweile bei 61,5 Prozent (Stand Ende Juni 2024). Mithilfe intelligenter Netze und einer Digitalisierung des Energiemarkts könne die notwendige Flexibilität hergestellt werden, um alle Sektoren in das Energiesystem zu integrieren. Hilfreich seien zudem dynamische Tarife. Die – auch in Ungarn wichtige – Batterietechnologie habe mit weiter fallenden Preisen mittlerweile den Durchbruch geschafft; ihr stationärer Einsatz ebenso wie die Abgabe von Strom aus Antriebsakkus von Elektro- und Hybridautos zurück in das öffentliche Stromnetz (Vehicle to grid, V2G) werde dazu beitragen, die Solarproduktion auf kurze Sicht zu verlagern. Für die letzte Phase des Übergangs würden Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe benötigt; Flugkraftstoffe könnten der Ausgangspunkt sein. Die enormen Potenziale erneuerbarer Energien würden weiter dazu beitragen, die Preise für saubere Energie zu senken. Systemintegration bedeute außerdem auch, dass Wasserstoffkraftwerke in die lokalen Stromnetze integriert würden.

In der anschließenden Diskussion ging es um Forderungen an nationale Gesetzgeber, eine stringente Reduktion von Emissionen vorzusehen sowie stabile politische Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Darüber hinaus könne die Digitalisierung zu mehr Transparenz in der internationalen Energiewirtschaft beitragen.



Prof. Christof Witter:
Erfolgreicher Umbau durch Systemintegration

Copyright: © AUB / Vivien Neder

Taiwan – Demokratie und Hotspot zwischen China und USA

Heinrich KREFT

Cynthia Hung, 1. Sekretärin und stellvertretende Leiterin der Vertretung Taipehs in Ungarn, stellte ihr Land vor und diskutierte mit den Studierenden.

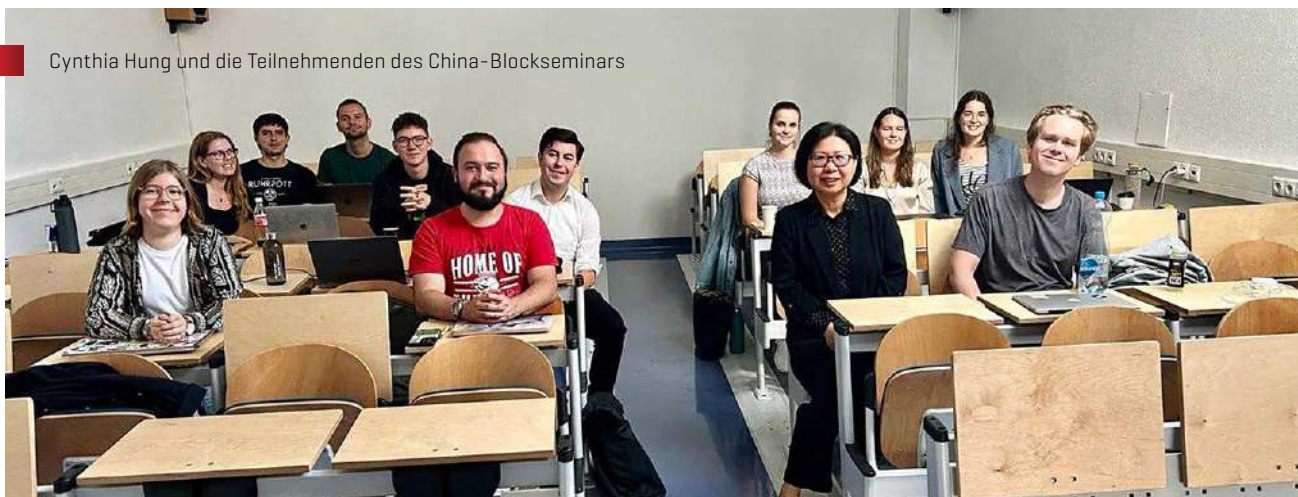
Taiwan habe sich zu einer vorbildlichen Demokratie und zu einem führenden Industrie- und High-Tech-Land entwickelt, so Frau Hung. Allerdings unterhielten nur noch wenige Staaten



Cynthia Hung und
Dr. Heinrich Kreft

Andrássy Nachrichten

Cynthia Hung und die Teilnehmenden des China-Blockseminars



Copyright: © AUB / Heinrich Kreft

diplomatische Beziehungen zu ihrem Land, da die Volksrepublik China auf ihre „Ein-China-Politik“ pocht. Viele ihrer Landsleute fürchteten einen Konflikt mit China, da Präsident Xi auf eine Vereinigung mit der Insel dränge.

Seit dem WS 2020 gehört das Seminar zum Aufstieg Chinas und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Welt zum festen Kanon der Wahlpflichtfächer des Studiengangs IB. Ein wichtiges Thema sind dabei die Beziehungen Chinas zu Taiwan und der sog. Taiwankonflikt. Taiwan wird von der Volksrepublik China als unverhandelbarer Teil Chinas und als „abtrünnige Provinz“ bezeichnet und als interne Angelegenheit betrachtet.

Für das Wintersemester hatte die stellv. Leiterin der Taipeh-Vertretung in Ungarn Frau Cynthia Hung zugesagt, den Studierenden ihr Land und seine außen- und sicherheitspolitische Lage vorzustellen und darüber mit ihnen zu diskutieren. Laut Frau Hung weist ihre Regierung die Position Beijings zum Status ihres Landes zurück und unterstreicht, dass Taiwan nie Teil der Volksrepublik gewesen ist. Alle Umfragen zeigten zudem, dass die überwältigende Mehrheit ihrer Landleute keine Vereinigung mit der Volksrepublik wolle.

Die Insel Taiwan, von 1683 bis 1895 unter chinesischer Herrschaft und von 1895 bis 1945 unter Herrschaft des japanischen Kaiserreichs, sei erst mit Ende des Zweiten Weltkriegs an die Republik China gefallen. 1949 – nach der Niederlage im Bürgerkrieg gegen die Kommunistische Partei Chinas und der Gründung der Volksrepublik auf dem Festland – hätten sich die Regierung, Eliten und Streitkräfte der Republik China unter der Führung Chiang Kai-sheks auf die Insel Taiwan zurückgezogen. Zunächst sei die Wirtschaft Taiwans erfolgreich aufgebaut worden und gegen Ende der 1980er Jahre sei dann die schrittweise Demokratisierung Taiwans erfolgt.

Auch nach der Ausrufung der Volksrepublik China 1949 habe die Regierung der Republik China den chinesischen Staat zunächst bei den Vereinten Nationen vertreten und sei sogar ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats gewesen. Als Folge der Ein-China-Politik der Volksrepublik hätten aber immer mehr Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zur Republik China abgebrochen. 1971 habe man durch die VN-Resolution 2758 auch die VN-Mitgliedschaft an die Volksrepublik abgeben müssen. Viele ihrer Landleute würden es bis heute als Verrat betrachten, dass 1979 schließlich auch die USA

die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrachen, nachdem Washington offizielle Beziehungen zur Volksrepublik aufgenommen hatte. Man sei allerdings dem US-Kongress gegenüber dankbar, dass dieser parallel in der „Taiwan Relations Act“ die US-Regierung verpflichtet habe „to help maintain peace, security, and stability in the Western Pacific“. Man erwarte, dass sich die USA auch in Zukunft daran halten und für die Sicherheit Taiwans eintreten.

Nur eine Minderheit der Staatengemeinschaft unterhalte heute noch formal diplomatische Beziehungen mit ihrem Land, in Europa leider nur der Vatikan.

Von den wachsenden Drohungen aus Beijing lasse man sich aber nicht beirren. Taiwan floriere, politisch wirtschaftlich und auch kulturell.

Die Demokratie sei inzwischen konsolidiert. Man sei stolz darauf, dass Taiwan im Demokratieindex 2024 Platz 10 von 167 Ländern belege und man damit die beste Platzierung aller Länder Asiens inne habe.

Auch wirtschaftlich gehöre das Land mit seinen knapp 25 Mio. Einwohnern zur Spitzengruppe der Industriestaaten. Frau Hung wies darauf hin, dass mehr als die Hälfte aller weltweit hergestellten Halbleiter-Bauteile in ihrem Land hergestellt würden. Mit TSMC verfüge das Land zudem über den weltweit führenden Hersteller der leistungsstärksten Halbleiter.

Frau Hung stand anschließend für eine längere Diskussion mit den Studierenden zur Verfügung, die sich vor allem um die Frage drehte, wie hoch die Gefahr ist, dass der Taiwankonflikt zu einem Krieg zwischen China und den USA führen könnte. Frau Hung gab sich vorsichtig optimistisch, dass China Taiwan nicht angreifen werde, da die Taiwaner ihr Land genauso verteidigen würden wie die Ukrainer.

Frau Hung zeigte sich nach der Veranstaltung beeindruckt über die Diskutierfreudigkeit der Studierenden.

Ihr sollt wissen, dass wir noch da sind: Die *Second-Generation-Holocaust* Autorin Esther Safran Foer im Dialog mit Studierenden der Andrásy Universität Budapest

Walter GRÜNZWEIG



Esther Safran Foer und Walter Grünzweig mit einigen Mitgliedern der Seminargruppe, von links nach rechts: Khrystyna Halamai, Zsófia Szilágyi, Alina Horváth und Júlia Horogh.

Copyright: © AUB / Prof. Dr. Walter Grünzweig

Als Kind zweier Holocaustüberlebender gehört Esther Safran Foer zur sogenannten „Zweiten Generation“, die eine Reihe von bedeutenden Autorinnen und Autoren hervorgebracht hat – darunter Art Spiegelman mit seinem berühmten Cartoon *Maus*, Eva Hoffman, Elizabeth Rosner und, in Österreich, Robert Schindel. Foer, geboren 1946 in Łódź, deren Eltern jeweils die einzigen Überlebenden ihrer Familie waren und in die Vereinigten Staaten auswanderten, begann in den 1980er-Jahren Dokumente zu sammeln, um die Vergangenheit ihrer Familie zu rekonstruieren.

Davon beeindruckt, entschloss sich ihr Sohn, der bekannte US-amerikanische Romancier Jonathan Safran Foer, zu einer Reise in die Herkunftsregion seiner Eltern – die Ukraine. Zwar fand er wenig; sein Romanerstling *Alles ist erleuchtet*, der 2002 erschien und 2005 verfilmt wurde, führte jedoch zu einer Fülle von Mitteilungen aus aller Welt, die im Buch der Mutter verwertet werden konnten. Ihr Buch, das 2020 unter dem Titel *„Ihr sollt wissen, dass wir noch da sind“* erschien, ist das Ergebnis eines globalen kommunikativen

Netzwerks, das von ihrem Wohnort Washington, D.C. aus geknüpft wurde. Es beweist die Möglichkeiten digitaler Recherche und Kommunikation für die Rekonstruktion einer verloren geglaubten Familiengeschichte.

Esther Safran Foers Buch erschien im Herbst 2024 in ungarischer Übersetzung im Budapester Vince Verlag. Bereits im Frühjahr lasen und analysierten Studierende der Kulturdiplomatie an der Andrásy Universität in einem Seminar zur *Zweiten Generation* Foers Buch, trafen sich mit der Autorin per Zoom und überlegten sich Möglichkeiten, die ungarische Ausgabe nach Erscheinen vorzustellen. Glücklicherweise ergab sich mit Unterstützung durch die Andrásy Universität, durch Mittel des Österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung und durch den Vince Verlag die Möglichkeit, Esther Safran Foer Ende September 2024 an die Universität und auch zur gleichzeitig stattfindenden Buchmesse, dem Budapest International Book Festival, einzuladen. Im Rahmen einer Veranstaltung an der Universität diskutierten die Studierenden mit der Autorin die Bedeutung des Holocaust in der internationalen Kulturdiplomatie – insbesondere in Mitteleuropa. Bei der bilingualen Buchvorstellung auf dem Book Festival stellten drei Studierende Fragen an die Autorin, die die Bedeutung des Buches für den Dialog zwischen den Nachkommen der Holocaustopfer und vor allem jungen Menschen in Ungarn und ganz Mitteleuropa hervorhoben.

Innovation im Lehrbetrieb – AUB auf dem Weg zu einer europäischen Universität im Studiengang „Management and Leadership“

Georg TRAUTNITZ

Schon seit 2021 gibt es im Rahmen der neuen Erasmus+-Programmgeneration [2021-2027], ein neues Element, welches sich „Blended Intensive Programme“ (BIP) nennt. Es ermöglicht die Finanzierung von [Lehr-]Veranstaltungen, die sich aus einem Online-Teil und einem Präsenzteil von mindestens fünf Tagen zusammensetzen. Voraussetzung ist allerdings, dass mindestens drei Universitäten aus drei unterschiedlichen [Programm-]Ländern beteiligt sind. Die „Blended Intensive Programme“ sind eine wichtige Weiterentwicklung des bisherigen Erasmus+Programms, weil sie erstens Online-Elemente einschließen und zweitens stärker die institutionelle Zusammenarbeit zwischen Universitäten im Bereich innovativer Lehrformen fördern. Die AUB hat in diesem Wintersemester auf dem Weg zu einer Europäischen Universität einen weiteren, strategisch wichtigen Entwicklungsschritt im Studiengang „Management and Leadership“ (MML) vollzogen: Erstens wurde die Möglichkeit des BIPs zur vollständigen Finanzierung einer Lehrveranstaltung genutzt, die im Kerncurriculum des Studienganges MML enthalten ist. Zweitens ist damit ein Pilotprojekt gelungen, das in den folgenden Jahren regelmäßig und in einem dauerhaften Modus zwischen den drei Partneruniversitäten durchgeführt werden soll. Das bedeutet, dass das BIP von nun an jährlich abwechselnd von je einer der drei Partneruniversitäten beantragt und durchgeführt wird. Die Studierenden aus allen drei Partneruniversitäten, in denen die entsprechende Lehrveranstaltung im jeweiligen Curriculum verankert ist, werden also jährlich abwechselnd einmal von der AUB, von der Technischen Universität Dresden / IHI Zittau und von der Technischen Universität Liberec [Tschechien] betreut und auf ihrem jeweiligen Campus empfangen.

In diesem Jahr wurde das BIP in Bezug auf die MML-Lehrveranstaltung „Managing the Multinational Company“ erstmals von der TU Dresden beantragt, aber entgegen den üblichen Gepflogenheiten in seinem Präsenzteil dennoch an der AUB durchgeführt. Die Lehrveranstaltung wurde von Herrn Prof. Dr. Stefan Eckert (Professur für Internationales Management, insbes. Kommunikations- und Wissensmanagement, TU Dresden / IHI Zittau) konzipiert und geleitet. Prof. Eckert ist zusammen mit Herrn Dr. habil. Georg Trautnitz der Initiator des erfolgreichen Doppelmasterprogrammes zwischen dem Studiengang MML der AUB und dem Studiengang „Internationales Management“ [M.Sc.] an der TU Dresden / IHI Zittau. Im Rahmen dieser seit Jahren erfolgreichen Zusammenarbeit ist auch die Idee zur Nutzung eines BIPs für die Lehrveranstaltung „Managing the Multinational Company“ entstanden. Nach einer mehrwöchigen Vorbereitung der Studierenden im Rahmen einer Online-Vorlesung müssen die Studierenden anschließend im Rahmen der fünftägigen Präsenzveranstaltung die Inhalte im Rahmen von Präsentationen und Rollenspielen anwenden und vertiefen. Gerade im Hinblick auf die Vernetzung der Studierenden und der Lehrenden aus drei EU-Ländern ist die Veranstaltung als ein voller Erfolg zu werten. Die Studierenden der AUB haben „ihre“ Gäste im Rahmen des Mentorenprogrammes intensiv betreut und einen bleibend positiven Eindruck hinterlassen. Der Studiengang MML hat in Gestalt des Studiengangsleiters Dr. habil. Tim Herberger zudem auch durch die Organisation von weiteren Abendvorträgen im Rahmen der Kamingespräche zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen. Vor allem aber hat unser International Office in Gestalt von Frau Kürti die administrativen Vorgänge rund um dieses innovative Format intensiv betreut und damit die Durchführung der Veranstaltung an der AUB überhaupt erst möglich gemacht. Im Januar 2025 soll dann die AUB das BIP für das kommende Wintersemester beantragen. Allen Beteiligten, die zum großen Erfolg dieses Pilotprojektes beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön!

Die TeilnehmerInnen des BIP „Managing the Multinational Company“ an der AUB



Copyright: Georg Trautnitz / Stefan Eckert
Sommersemester 2025

Kurzzeitmobilitäten – Eine Erasmus-Möglichkeit speziell für DoktorandInnen

In der Erasmus Programmphase 2021–2027 wurde ein neues, für DoktorandInnen sehr vielversprechendes Element eingeführt. Dies ist die **Kurzzeitmobilität für DoktorandInnen, welche eine kurze Auslandserfahrung – in Form eines Studienaufenthalts oder Praktikums – ermöglicht.**

Die aktuelle Erasmus Programmphase hat viele neue Aspekte mit sich gebracht. Zum einen hat sich die Erasmus-Administration zu einem großen Teil digitalisiert, das grüne Reisen während der Mobilität wird unterstützt, zum anderen sind mehrere neue Mobilitätsformen entstanden. Eine solche, relativ neue Form ist die Kurzzeitmobilität für DoktorandInnen.

Dieser Mobilitätstyp wurde explizit für PhD-Studierende konzipiert, einerseits aus dem Grund, die Welt der Hochschulinstitutionen mit der Forschung und Innovation zu verlinken. Andererseits möchte diese Möglichkeit durch ihre Flexibilität mehr auf die Bedürfnisse von DoktorandInnen eingehen. Viele DoktorandInnen sind während ihres PhD-Studiums berufstätig, so könnten sie eine Semestermobilität eher schwieriger wahrnehmen. Andererseits beschäftigen sich DoktorandInnen sehr intensiv mit ihrem Forschungsthema, benötigen mehrere spezifische Quellen, die nur von einer Empfangshochschule nicht angeboten werden kann. Daher sind mehrere, kürzere Auslandsaufenthalte an mehreren Institutionen sehr hilfreich.

Kurzzeitmobilitäten für DoktorandInnen müssen mindestens 5 bis maximal 30 Tage umfassen, wobei das Zielland weder Ungarn, noch das Land des Lebensmittelpunktes sein darf. Die Mobilität kann als Kurzzeitmobilität für Studien- oder Praktikumszwecke wahrgenommen werden. Konferenzbesuche können leider nicht dadurch gefördert werden.

Die Kurzzeitmobilität für Studienzwecke kann gewählt werden, wenn eine [Erasmus Partneruniversität der AUB](#) eine Lehrveranstaltung für PhD-Studierende über 5 Tage anbietet und diese

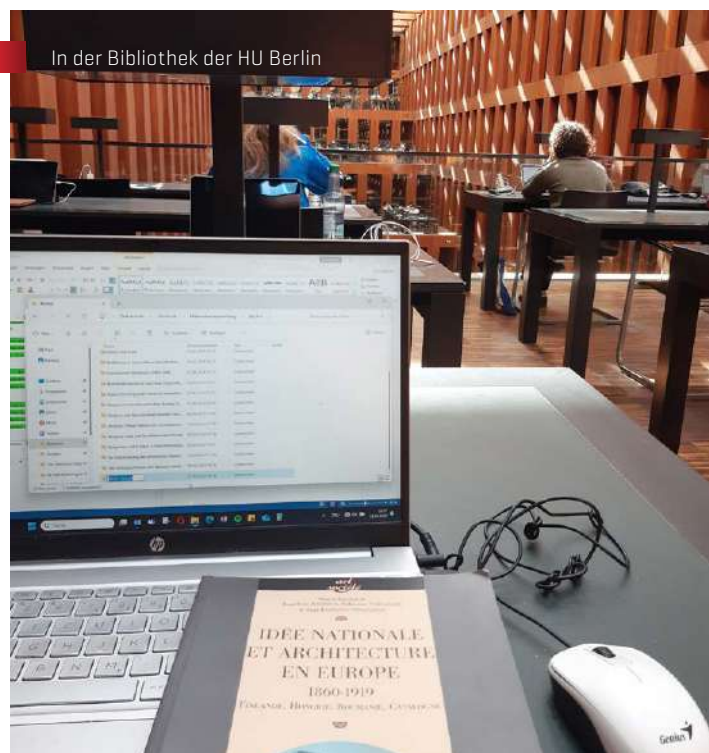
Emese KÜRTI

zum Studium oder Forschungsthema der PhD-Studierenden passt. Inhaltlich dient die Kurzzeitmobilität für Studienzwecke dazu, dass DoktorandInnen sich inhaltlich weiterbilden, verschiedene Fähigkeiten und Fertigkeiten weiterentwickeln oder zu ihrem Thema forschen.

Die Kurzzeitmobilität für Praktikumszwecke kann bei einer beliebigen Empfangsorganisation, welche im Bereich der DoktorandInnen agiert, stattfinden. PhD-Studierende sollten sich im Rahmen einer solchen Mobilität hinsichtlich Fähigkeiten und Fertigkeiten weiterbilden, die ersten Berufserfahrungen – gerne auch im nicht-akademischen Bereich – sammeln oder Forschung für Ihre Dissertation betreiben.

Die detaillierten Beschreibungen bzw. weitere Informationen zu diesen Mobilitätstypen sind bereits auf der AUB-Webseite, im Menüpunkt *Erasmus* „von der AUB ins Ausland“ und „Kurzzeitmobilitäten für DoktorandInnen“ zu finden.

Eine kleine Anzahl an PhD-Studierenden konnten bereits die ersten Erfahrungen sammeln. Einige hatten davor auch eine Langzeitmobilität abgeschlossen, so haben sie über ihre Erfahrungen der Referentin für Erasmus kurz berichtet.



Erasmus+

Copyright: ©Martin Böhm
Sommersemester 2025



Copyright: © Képszerkesztőség / AUB

Martin Böhm, PhD-Studierender an der AUB in Geschichtswissenschaften, hat auf meine Fragen wie folgt geantwortet:

EKÜ: Während deines Masterstudiums an der AUB warst du zweimal auf einer Erasmus Langzeitmobilität. Seitdem du PhD-Studierende bist, hast du an einer Kurzzeit-Mobilität teilgenommen. Die Möglichkeit ist relativ neu und eine Langzeitmobilität wäre bestimmt bekannter für dich. Gibt es einen Grund, warum du trotzdem die Kurzzeit-Mobilität gewählt hast?

M.B.: Mein Doktorarbeitsthema speist sich in erster Linie aus ungarischen, rumänischen und englischen Quellen, doch es gibt auch einen Bestand an deutschsprachiger Literatur, zu dem ich in Budapest aber nur sehr begrenzt Zugang habe. Deshalb habe ich einen Forschungsaufenthalt in Berlin geplant, um Zugang zu den wichtigsten Bibliotheken zu erhalten. Zwei Wochen hätten aber, das wusste ich schon im Voraus, gereicht,

um das Wichtigste abzudecken. Daher war die Erasmus Kurzzeitmobilität die beste Wahl. Zudem ist der Bewerbungsprozess deutlich einfacher als vergleichbare Forschungsstipendien.

EKÜ: Im Rückblick, hat dir die Kurzzeit-Mobilität trotz der Kürze neue (Er)kenntnisse, Fähigkeiten usw. gebracht? Oder hat es dich in irgendeiner Weise bereichert?

M.B.: Natürlich! Neue Fähigkeiten vielleicht nicht, dafür ist es doch etwas zu kurz. Doch meine Forschung hat damit auf jeden Fall einen Sprung nach vorne gemacht, ohne dass dies zu knapper Kasse geführt hätte.

Die Andrassy Universität Budapest startet den deutschsprachigen Bachelorstudiengang „Internationale Beziehungen“

Neue Perspektiven
für internationale Talente

Ab dem Wintersemester 2025 erweitert die Andrassy Universität Budapest (AUB) ihr Studienangebot um den Bachelorstudiengang „Internationale Beziehungen“.

Damit schließt die Universität eine entscheidende Lücke im Bildungsangebot und bietet erstmals die Gelegenheit zu einer vollständig deutschsprachigen akademischen Laufbahn vom Bachelor bis zur Habilitation an – einzigartig außerhalb des deutschen Sprachraums.

Der Studiengang richtet sich an ambitionierte Studierende, die sich für globale Themen und die Arbeit in einem interkulturellen Umfeld begeistern. Das Studium erfolgt überwiegend auf Deutsch, dabei werden einige Veranstaltungen auch in englischer Sprache angeboten, um die Internationalität der Ausbildung zu stärken. Der neue Bachelorstudiengang vermittelt fundierte Kenntnisse in Politikwissenschaft, Diplomatie, Ökonomie, internationalem Recht, Geschichts- und Kulturwissenschaften mit einem besonderen Schwerpunkt auf der europäischen Integration. AbsolventInnen sind bestens gerüstet, um in internationalen Organisationen, NGOs, öffentlichen Verwaltungen, der Diplomatie oder der Privatwirtschaft tätig zu werden.

„Mit dem Bachelorstudiengang ‚Internationale Beziehungen‘ schlagen wir ein neues Kapitel auf. Wir schaffen eine akademische Brücke zwischen den Kulturen und setzen neue Maßstäbe für ein internationales Studium in Ungarn“, erklärt Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Rektor der AUB.

Interdisziplinär und praxisnah

Das sechssemestrige Studium (180 ECTS) ist interdisziplinär ausgerichtet und legt besonderen Wert auf einen hohen Praxisbezug. Die Studierenden lernen, die aktuellen globalen Herausforderungen zu analysieren und sind in der Lage, entsprechende Lösungsstrategien zu entwickeln. Dabei bilden internationale Beziehungen in allen Facetten (Politik, Wirtschaft und Gesellschaft) mit besonderer Berücksichtigung der Politiken der Europäischen Union den Schwerpunkt des Studiums.

Exzellente Voraussetzungen für die Zukunft

Neben einer fundierten wissenschaftlichen Qualifikation erwerben die Studierenden wertvolle interkulturelle Kompetenzen und (Fach-)Sprachkenntnisse. Dies eröffnet ihnen vielfältige Karriereperspektiven in Europa und darüber hinaus.

Weitere Informationen zum neuen Studiengang finden Sie [hier](#).



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

**VON
BUDAPEST
IN DIE WELT!**

↓ ↓ ↓
**B.A.
INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN**

WWW.ANDRASSYUNI.EU



www.andrassyuni.eu



www.andrassyuni.eu



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



